

„In meiner Studienzeit las ich über der Tür eines  
Übungssaales in einem geographischen  
Universitätsinstitut statt eines schlichten  
Willkommensgrußes die seltsame Devise „Wissen  
ist Macht – geographisches Wissen ist Weltmacht“. Es  
tut nicht viel zur Sache, wo dieser aufmunternde  
Gruß geschrieben stand, denn der Geist von dem er  
zeugt, war sehr weit verbreitet.“

A. Portmann<sup>843</sup>

## **Kapitel 4. Angewandte Geopolitik und die kaspischen Energieressourcen: Die Renaissance einer Politikwissenschaft**

### **4.1. Einführung**

Als sich die Sowjetunion 1991 auflöste und der Kalte Krieg zu Ende ging, verbreitete sich Aufbruchstimmung. Es schien, als ob eine neue Ära angebrochen war, welche das Ende der Geschichte in Form der globalen Liberalisierung der Wirtschaften und Demokratisierung der Gesellschaften der Welt versprach.

Heute, fast 15 Jahre später, ist dieser Optimismus verfliegen und die Welt ist erneut von Zerwürfnissen geprägt. Durch die Angriffe vom 11. September 2001 auf die „Twin Towers“ und das Pentagon, den darauf folgenden Antiterrorfeldzug gegen die Taliban und Al Qaida in Afghanistan, und die Ausbreitung der militärischen Präsenz der USA in der Kaspischen Region, durch den Krieg im Irak und seine Folgen, den anhaltenden Anschlägen islamistischer Terroristen sowie den militärischen Praktiken der „Alliierten“ bei ihrem martialischen Installierungsversuch von „freedom and democracy“ hat sich der Horizont verdunkelt.

In jüngster Vergangenheit haben die Bilder der Folteraffäre im irakischen Gefängnis Abu Ghurieb, diese Zeugnisse der systematisch angewandten sadistischen Gewalt in der Praxis der US-Armee im Irak, die Atmosphäre von Abscheu und Scham in der Welt verdichtet. Doch die Welt erschrak bereits bei der Hinrichtung von westlichen Geiseln, wie bspw. Nick Berg. Sie wurden und werden mit archaischer Brutalität von islamistischen Gruppen enthauptet, die sich nach eigenen Angaben auf diese Weise für die Praktiken der US-Armee rächen wollen.

---

843 Z.n. Sprengel Rainer; Kritik der Geopolitik; Berlin (Akademie Verlag); 1996; S. 9 u. z.n. Mitscherlich Alexander, Mitscherlich antwortet, in: Göttinger Universitätszeitung, 2. Jg. 1947, Nr. 17/18, S. 6-7.

Die mediävale Brutalität der Hinrichtungen wurde durch die öffentliche Zurschaustellung über das Massenmedium Internet unterstrichen. Stellen wir uns vor, was für eine Schockwelle über unseren Planeten gefegt wäre, wenn der Tod eines jeden der mehreren tausend irakischen und afghanischen Männer, Frauen und Kindern, die von den Koalitionstruppen erschossen, von deren Bomben enthauptet oder zerfetzt wurden, in den Medien gezeigt worden wären. Die meisten dieser Menschen waren nicht weniger friedliebend wie Nick Berg oder die 3.000 unschuldigen und ahnungslosen Opfer des 11. September, die in den teuflischen Flammen des Zornes von Gotteskrieger um kamen, die angeblich Gerechtigkeit über ihren eigenen Tod und den Tod von tausenden anderer Mitmenschen herstellen wollen.

Die Frage ist, wohin driftet unsere Welt, und was sind die Motive dieser Gewalttaten?

Einer der schärfsten Kritiker der Folterpraktiken der amerikanischen Armee, Vietnamveteran und ehemaliger Gefangener der Vietkong, der amerikanische Senator McCain, der den Antiterrorkrieg unterstützt, kommentiert die Geschehnisse wie folgt: „Ich glaube an die Prinzipien der Demokratie und dafür gibt es kein besseres Beispiel als die Vereinigten Staaten von Amerika.“<sup>844</sup>

Es drängt sich die Frage auf, ob es bei dem Krieg gegen den Terror in Afghanistan, die Ausbreitung der Militärpräsenz der USA in der Kaspischen Region und dem Feldzug gegen den Irak um die Etablierung der Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in der Großregion „Greater Middle East“<sup>845</sup> geht, wie es von der US-Administration behauptet wird, oder um die Durchsetzung strategischer Interessen hinter der Fassade der Verbreitung westlicher Normen und Werte.

Mit der Hervorhebung der Demokratisierung umgeht Senator McCain die Tatsache, dass sich die „Kollateralschäden“ der Folteraffäre im Irak in Form der nachhaltigen Dekonstruktion der Vorstellung von Freiheit, Moral und Menschenrechten der Menschen im Nahen Osten äußern.

Wenn man in Washington nun von der Ausbreitung der Demokratie spricht, scheint es als hätten die Entscheidungsträger dort nicht begriffen, wie schwer und dauerhaft der Folderskandal den Ruf der Vereinigten Staaten als selbsternannte „internationale Menschenrechtsadvokaten“ beschädigt hat. Daran konnte sogar der Versuch des US-Präsidenten George W. Bush, die Gemüter der islamischen Öffentlichkeit zu beruhigen, nichts

---

844 Pitzke, Marc; Rumsfeld-Kritiker McCain; Der zornige Amerikaner; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,299753,00.html>; 14.05.2004.

845 „Greater Middle East“ bezeichnet die geographische Großregion vom Horn von Afrika über den Nahen und Mittleren Osten, die Kaspische Region bis Pakistan und Afghanistan. Dies entspricht dem Gebiet, welches vom Militärstützpunkt auf der Insel Diego Garcia im indischen Ozean kontrolliert werden kann.

ändern. „Die Täter repräsentierten nicht die USA“, sagte Bush in einem Interview. Er erklärte weiter: „In einer Demokratie sei nicht alles perfekt“. Es würden Fehler gemacht. „In einer Demokratie werden Fehler aber auch aufgedeckt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen.“<sup>846</sup>

Interessanterweise soll, nach Angaben der „Washington Post“, der ranghöchste US-General im Irak, Ricardo Sanchez, von den Häftlingsmisshandlungen im Gefängnis Abu-Ghureib gewusst haben. Das Blatt beruft sich auf die Aussage von Hauptmann Robert Shuck, des Anwalts eines der Hauptbeschuldigten, Ivan Frederick. Sollte sich die Anschuldigung bestätigen, wäre die Haltung der US-Regierung ad absurdum geführt, dass es sich bei den Misshandlungen um Einzelfälle Untergebener gehandelt habe.<sup>847</sup> Diese These wird zudem durch das Ausmaß der bisher veröffentlichten Nachrichten über den Einsatz der Folter in den von US-Amerikanern verwalteten Gefängnissen in den und außerhalb der USA untermauert.<sup>848</sup>

Angesichts immer neuer Folterbilder und -berichte aus den über die Welt verstreuten und von den USA kontrollierten Gefängnissen und Gefangenenlagern von Afghanistan bis Guantanamo ist es schwer nachvollziehbar, dass US-Soldaten ein exklusives Recht auf Straffreiheit vor dem Internationalen Strafgerichtshof besitzen, für das sich die US-Regierung auch weiterhin vehement einsetzt. Washington verlangt, die seit 2002 zwei Mal für jeweils ein Jahr bestätigten Sonderkonditionen zur Immunität von Amerikanern um ein weiteres Jahr zu verlängern.<sup>849</sup>

Unter diesen Bedingungen erübrigen sich die Förmlichkeiten wie die Entschuldigungen vor den Folteropfern. „Der Schaden ist da“, sagte der Palästinenser Reem Hosari. „Die Iraker haben das Vertrauen in die großen Ideen der amerikanischen Demokratie und Freiheit verloren.“ Sie hätten etwas anderes erlebt, als ihnen versprochen worden sei. „Unter einer Demokratie hätten solche Dinge nicht geschehen dürfen.“<sup>850</sup>

---

846 Vgl. Autor unbekannt; Bushs Worte verhallen. Für Araber „leeres Gerede“; in: n-tv Online; <http://www.n-tv.de/5241796.html>; 05.05.2004.

847 Vgl. n-tv nachrichten; Folterskandal von Abu Ghraib: US-General unter Verdacht; in: n-tv Online; <http://www.n-tv.de/5247107.html>; 23.05.2004.

848 Vgl. Pitzke, Marc; Häftlingsmissbrauch in den USA. „Willkommen in der Hölle“; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,300777,00.html>; 22.05.2004.

849 Vgl. Internationaler Gerichtshof; Washington beharrt auf Immunität von US-Soldaten; Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,300981,00.html>; 21.05.2004.

850 Vgl. Autor unbekannt; Bushs Worte verhallen. Für Araber „leeres Gerede“; in: n-tv Online; <http://www.n-tv.de/5241796.html>; 05.05.2004.

„Leeres Gerede“, sagte der Jordanier Dschumana Ahmad. „Was passiert ist, ist passiert. Bushs Worte im arabischen Fernsehen machen das nicht ungeschehen.“ Die 29-jährige Libanesin Dschihan sagte: „Das ist nur eine Show. Sie versuchen, es zu vertuschen. Wenn es nicht rausgekommen wäre, Bush hätte nichts gesagt.“<sup>851</sup>

„Bush ist der größte Lügner, und seine Lügen, von der Invasion im Irak bis hin zum Gefängnissskandal sind raus gekommen“, sagte die Ägypterin Magda Ghazaly. Wenn Bush wolle, dass man ihm glaubt, dann solle er die Besetzung des Iraks beenden und Israel bewegen die besetzten Gebiete zurück zugeben.<sup>852</sup>

Die aktuelle Änderung des Rufes der USA in der islamischen Welt deutet daraufhin, dass die Befreiung und Demokratisierung der islamischen Welt zu einer Besetzung mutiert und die US-Armee in die Rolle eines Unterdrückers abgerutscht ist. Mit diesem verstümmelten Demokratieverständnis, mit dem Washington im Rahmen des US-Plans für die Demokratisierung „Greater Middle East“ alle Menschen von der Kaspischen Region bis zum Horn von Afrika nach wie vor beschenken möchte, droht diese Region in ein endloses Chaos zu stürzen.

Der frühere US-Vizepräsident Al Gore äußerte diesbezüglich scharfe Kritik an der Irakpolitik der Regierung von Präsident Bush. „Die Misshandlungen irakischer Gefangener durch US-Soldaten seien nicht der Fehler von Einzelnen, sondern die natürliche Folge der Politik der US-Regierung. Die Krise in Irak habe starke anti-amerikanische Gefühle hervorgerufen und Terrorgruppen Zulauf gebracht. Bush habe Amerikaner im In- und Ausland wegen seiner Arroganz und Halsstarrigkeit einer größeren Gefahr von Anschlägen ausgesetzt“, sagte Gore.

Trotz nationaler und internationaler Proteste werden die US-Streitkräfte, Äußerungen von Präsident George W. Bush zufolge, auch nach den Skandalen im Irak bleiben und an ihrem Einsatz „für die Unabhängigkeit und die nationale Würde des irakischen Volkes festhalten“.<sup>853</sup> (Hervorhebung vom Autor)

Dementsprechend bestätigt eine der jüngsten Studien des britischen „International Institute for Strategic Studies“ (IISS), dass „der Irak-Krieg das Terrornetzwerk al-Qaida gestärkt habe.“<sup>854</sup>

---

851 Ebenda.

852 Ebenda.

853 Vgl. Autor unbekannt; Bush beendet die Spekulationen. US-Armee bleibt im Irak; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,300051,00.html>; 15.05.2004.

854 Vgl. The International Institute for Strategic Studies (IISS); Strategic Survey 2003/4: An Evaluation and Forecast of World Affairs; in: <http://www.iiss.org/home.php>; 25.05.2004 u. The International Institute for Strategic Studies (IISS); Strategic Survey 2003/4: Der Irak-Krieg hat die Al-Qaida gestärkt; in: BBC Online (Persisch); [http://www.bbc.co.uk/persian/news/story/2004/05/040525\\_shr-alqaida-iiss.shtml](http://www.bbc.co.uk/persian/news/story/2004/05/040525_shr-alqaida-iiss.shtml); 25.05.2004.

Das IISS geht in seiner Beurteilung des internationalen Terrorismus sogar so weit zu sagen, Osama Bin Ladens Terrornetz habe durch den Antiterrorkrieg der US-Armee wieder zur alten Stärke zurückgefunden. Bis zu 1000 islamistische Kämpfer seien in den Irak eingedrungen und arbeiteten dort mit einheimischen Widerstandskämpfern zusammen. Außerdem verfügt Al Qaida weltweit noch immer über eine funktionierende Führung und 18.000 potenzielle Kämpfer. Schätzungen zufolge sei die Organisation in mehr als 60 Staaten aktiv. „Die Bombenanschläge von Madrid im März 2004 legen den Schluss nahe, dass al-Qaida sich neu formiert hat, die USA und deren engste westliche Verbündete in Europa ins Auge gefasst und einen neuen und effektiven Modus Operandi eingerichtet hat“, heißt es in der Studie.<sup>855</sup>

Zudem haben die Recherchen von „New York Times“ Journalisten über den neuen irakischen Regierungschef eine andere Dimension des internationalen Terrorismus beleuchtet.

In einem Bericht der „New York Times“ über den neu ernannten Premierminister des Iraks Ijad Allawi, wird dargestellt, dass er in den frühen 90er Jahren für den US-Geheimdienst CIA an der Planung von Sabotageakten im Irak mitgewirkt haben soll. Alawis Gruppe habe mit Autobomben und anderen vom Nordirak nach Bagdad geschmuggelten Sprengsätzen versucht, Saddam Hussein aus dem Amt zu drängen. Alawis Gruppe habe mit Autobomben und anderen vom Nordirak nach Bagdad geschmuggelten Sprengsätzen versucht, Saddam Hussein aus dem Amt zu drängen. Allerdings sei die Herrschaft des Staatsoberhauptes dadurch nie gefährdet worden. Die Regierung habe damals erklärt, bei den Anschlägen seien zahlreiche Zivilisten getötet worden. Einer der Bomben fielen die Besucher eines Kinos in Bagdad zum Opfer. Die „New York Times“ beruft sich in ihrem Bericht auf frühere CIA-Mitarbeiter.<sup>856</sup>

Interessanterweise hatte Ijad Allawi nach seiner Machtübernahme im Irak zu Recht die Aufständischen und Saboteure für den schleppenden Wiederaufbau des Landes verantwortlich gemacht. Er erklärte, dass allein in den vergangenen sieben Monaten Saboteure mit ihren Angriffen auf Ölanlagen Verluste von mehreren hundert Millionen Dollar verursacht hätten. Weitere Folgen der Sabotageakte seien ökologische Schäden in der Landwirtschaft, die Verschmutzung der Wasserressourcen und eine weitere Verschlechterung der Stromversorgung. Er behauptete, dass die Saboteure sich in vielen Fällen bewusst Ziele in der Nähe von Kanälen oder wichtigen Wasserstraßen aussuchten, um so das Trinkwasser zu verschmutzen. Er sagte: „Gruppen, die versuchten, die Infrastruktur des Landes zu zerstören

---

855 Ebenda.

856 Vgl. Autor unbekannt; Iraks Präsident Alawi: Sabotage für die CIA?; in: Die Presse Online; [http://www.diepresse.com/textversion\\_article.aspx?id=425988](http://www.diepresse.com/textversion_article.aspx?id=425988); 09.06.2004 u. Autor unbekannt; Irak: Die CIA-Verstrickung des Ministerpräsidenten Alawi; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,303396,00.html>; 09.06.2004.

seien keine Friedenskämpfer, sondern Terroristen und ausländische Kräfte, die den Irakern ihre neue Freiheit nicht gönnten.“ Er rief alle Iraker zu erhöhter Wachsamkeit auf. „Jeder Dollar, der durch den Ölverkauf eingenommen wird, kommt direkt dem Wiederaufbau unseres Landes zu Gute“, betonte Allawi.<sup>857</sup>

Wenn Herr Allawi heute die Saboteure, welche den Terror als politisches Handwerk verwenden und dadurch Zivilisten töten und deren Lebensgrundlage verseuchen, ausdrücklich als Terroristen bezeichnet, wie sollte er dann seine eigenen Taten bezeichnen? Die USA hatten Herrn Allawi und seine Schläger-Truppe als Saboteure und Terroristen instrumentalisiert. Wenn sie den Terror als politisches Mittel einsetzten, haben sie die Verpflichtung, der Öffentlichkeit zu erklären, welche Aktivitäten und welche Vorgehensweisen sie unter dem Begriff „Terror“ fassen.

Auf Grund dieser Praktiken hat Präsident Putin den westlichen Staaten, die einerseits bestimmte Terrorgruppen unterdrücken, aber die tschetschenischen Fundamentalisten unterstützen, Doppelmoral vorgeworfen, obwohl seine Regierung mit Duldung des Westens die Tschetschenen terrorisiert.<sup>858</sup>

Putin kritisierte, der in London lebende Sprecher der tschetschenischen Rebellen, Achmed Sakajew, reise weiterhin ungehindert durch europäische Staaten. Die USA beherbergten den „Terroristen-Abgesandten“ Iljas Achmadow. Terrorismus sei nicht auf Westeuropa und die USA beschränkt, sondern ein Phänomen, das alle Staaten und Gesellschaften betreffe. Die Situation im Irak nannte Putin alarmierend.<sup>859</sup>

Auf jeden Fall sind der mit zweifelhaften Verdachtsmomenten legitimierte Antiterrorkrieg, die Unterstützung von Tschetschenen mit terroristischer Vergangenheit sowie die Unterstützung eines Ministerpräsidenten mit terroristischer Vergangenheit weitere Indizien, dass es die US-Regierung mit der Schaffung von Freiheit und Demokratie in „Greater Middle East“ nicht ernst meint. Sie wird vielmehr als letzte Instanz das zukünftige politische Schicksal der Region zwischen dem Kaspischen Meer und dem Horn von Afrika kräftig mitgestalten, und des Weiteren ihre militärische Präsenz in der Region legitimieren.

So erscheint das Festhalten der US-Außenpolitik an der Demokratisierung des „Greater Middle East“ zunehmend wie ein modifizierter Werbeslogan, der die Verschleierung der

---

857 Vgl. Blockierter Wiederaufbau; Allawi klagt Saboteure an; in: n-tv Online; <http://www.n-tv.de/5252901.html>; 10.06.2004.

858 Vgl. Malek, Martin; Russische Förderung, in: ÖMZ, Nr. 1/02, S. 90-93.

859 Vgl. Autor unbekannt; Terror in Tschetschenien; Putin wirft dem Westen Doppelmoral vor; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,330837,00.html>; 03.12.2004.

Wahrheit hinter den Szenarien des Krieges und der Kriegsvorbereitung zum Ziel hat. Im Zeitalter des „Informationskrieges“, in dem Werbeagenturen beauftragt werden, nicht nur die Täuschung des Feindes, sondern auch der Verbündeten zu ermöglichen,<sup>860</sup> ist das Erkennen der Realität ungemein schwer, da den Auseinandersetzungen meist reale Spannungen und Konflikte zu Grunde liegen, die, wenn sie aufgebauscht und angeheizt werden, explodieren.

Demgemäß verbergen sich hinter „humanitären Gründen“ für das Eingreifen in Konflikte häufig handfeste Interessen, die über den sichtbaren Konfliktstoff hinausgehen, aber die in diesem Zusammenhang nicht angesprochen werden. Daher liegen die weltweiten Engagements der US-Armee wohl kaum in Altruismus und Sorge um das Wohlergehen für alle Menschen in „Greater Middle East“ begründet, auch wenn dies meist in den Vordergrund gerückt wird. Dem steht schon allein die Gewichtung „vitaler Interessen der USA im persischen Golf“, die zurzeit die Kaspischen Region mit Umfasst und in „Greater Middle East“ verwandelt wurde, entgegen.<sup>861</sup>

Viele Konflikte auf dieser Welt und das Handeln der Akteure lassen sich sicherlich besser verstehen, wenn die Aspekte von Konflikten untersucht werden, die öffentlich nicht angesprochen werden und Gegenstand der so genannten „stillen Diplomatie“ sind. Ein Blick auf die strategischen Konzeptionen und Doktrinen der Akteure sowie auf ihre Feindbilder offenbart, was ihre eigentlichen Ziele sind.

Ein wichtiges Argument vieler Gegner der Antiterrorpolitik der Bush-Administration ist der Vorwurf, es ginge hier vor allem um den Zugriff auf die Öl-Reserven der Großregion „Greater Middle East“. „Kein Blut für Öl“ lautet die häufigste Losung, die den Plakaten und Transparenten der Friedensdemonstrationen während des dritten Golfkrieges entnommen werden konnte. Wen wundert es da, dass diese These von allen Befürwortern eines Antiterrorkrieges der USA vehement attackiert wird – und nicht nur von ihnen. Auch Kritiker der Kriegspolitik der USA argumentieren sehr häufig, dass der Vorwurf, es ginge im gegenwärtigen Konflikt vorwiegend um Öl, zu kurz greift.

„Die Mär vom Ölkrieg“, so titelt bspw. Thomas Kleine-Brockhoff in der „Zeit“. Der Ölvorwurf, schreibt er, gehöre zum „Grundbestand transatlantischer Vorurteile.“ Bushs riskante Nahost-Politik hätte eine schlagkräftigere Kritik verdient: Eine Kritik, „die

---

860 Vgl. Flounders, Sarah; Die bosnische Tragödie: Die unbekannte Rolle der USA; Freiburg (Ahriman Verlag); 1996; S. 21-23.

861 Vgl. Boesch, Joseph; Schläpfer, Rudolf; Weltgeschichte 2: Vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart; Zürich (Orell Füssli Verlag); 1997; S. 289.

amerikanische Außenpolitik nicht auf zwei Buchstaben reduziert. Das Problem ist nicht der Regimewechsel, obwohl ein bisschen mehr Demokratie nicht nur Arabien, sondern der ganzen Welt gut täte. ... Die Ent-Saddamisierung des Irak“, so Kleine-Brockhoff, würde „aus der Angst geboren und nicht aus der Gier – aus der Asche der Wolkenkratzer, nicht aus Bauzeichnungen für Bohrtürme.“<sup>862</sup>

Gibt es wirklich keine Belege dafür, dass das Öl ein treibendes Motiv der gegenwärtigen Politik der USA gegenüber dem Irak ist? Oder kann die jetzige Politik der USA in „Greater Middle East“ sogar nur auf energiepolitische Interessen reduziert werden?

Auf jeden Fall wirft die Verdichtung der Indizien die Frage auf, welche Ziele die USA dann im Rahmen dieses Feldzuges in der Region „Greater Middle East“ verfolgen. Vielleicht kann uns ein Blick auf die US-amerikanische Geopolitik und die der anderen Hauptakteure helfen, die Politik der „einzigen Weltmacht“ zu entmystifizieren. Beantwortet werden kann diese Frage mit Hilfe der Analyse der Präsenz der US-Truppen an anderen Schauplätzen des „Antiterrorkrieges“.

#### **4.2. Der Antiterrorkrieg: regionaler Ausdruck einer globalen Interessenspolitik?**

Unmittelbar nach dem 11. September 2001 war es weit verbreitet, den Terrorakt und den darauf folgenden Antiterrorkrieg als eine Art Wettstreit zwischen westlichem Liberalismus und islamischem Fundamentalismus zu interpretieren.

Unabhängig von dieser emotionalen Debatte thematisierte Michael Klare, in einem Artikel unter dem Titel „The Geopolitics of War“, der in der konservativen Zeitschrift „The Nation“ veröffentlicht wurde, seine Auffassung über die geopolitischen Aspekte dieses Krieges. Er schrieb: „There are many ways to view the conflict between the United States and Osama bin Laden’s terror network: as a contest between Western liberalism and Eastern fanaticism, as suggested by many pundits in the United States; as a struggle between the defenders and the enemies of authentic Islam, as suggested by many in the Muslim world; and as a predictable backlash against American villainy abroad, as suggested by some on the left. But while useful in assessing some dimensions of the conflict, these cultural and political analyses obscure a

---

862 Kleine-Brockhoff, Thomas; Kriegseinsatz. Die Mär vom Ölkrieg. Falsche Argumente gegen einen gefährlichen Waffengang; in; Die Zeit; Nr. 05/2003; [http://www.zeit.de/2003/05/01Leit1\\_05\\_2f03](http://www.zeit.de/2003/05/01Leit1_05_2f03); 05.02.2003.

fundamental reality: that this war, like most of the wars that preceded it, is firmly rooted in geopolitical competition.”<sup>863</sup>

Michael Klare zu Folge ging es hier, wie bei den meisten Kriegen, tatsächlich um geopolitische Konkurrenz, deren Gegenstand Saudi-Arabiens Erdölreserven seien. Michael Klare entsprechend kann dies verstanden werden, wenn in der Geschichte der US-Präsenz in der Region nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgegangen wird, als die US-Regierung begann, strategische Pläne für die von ihr dominierte Welt nach dem Krieg zu formulieren.

Für den Wohlstand der USA würden demnach die Vereinten Nationen ebenso benötigt wie das Bretton-Woods-System und die Beschaffung entsprechender Ölversorgung. Diese Ressource wurde laut Klare so hoch geschätzt, weil sie beim Erfolg der Alliierten gegen die Achsenmächte entscheidend war. Schließlich sei es Mangel an Öl gewesen, der für die Niederlage von Deutschland und Japan ursächlich war, da die ganze Mobilität im Krieg auf Öl angewiesen war.

Daraus ließe sich der Schluss ziehen, dass, wenn die USA ausreichend Zugang zu Öl hätten, sie auch in zukünftigen Konflikten siegreich seien würden. Klare beschreibt weiter, dass sich die USA während der ersten beiden Weltkriege aus dem Südwesten des eigenen Landes, aus Mexiko und Venezuela ausreichend versorgen konnten. Man nahm jedoch nicht an, dass das auch für die Erfordernisse der USA und Europas in der Nachkriegsära genügen wird. So gab das State Department eine Studie in Auftrag, um andere Ölquellen zu lokalisieren. Bei allen Untersuchungen landete man im Mittleren Osten. Genauer gesagt: das größte unangetastete Vorkommen befand sich im Königreich Saudi-Arabien. Aber wie sollte man da herankommen? Zuerst schlug das State Department vor, eine staatliche Ölgesellschaft zu bilden, die Konzessionen in Saudi-Arabien erlangen und das Öl fördern sollte.

Diese Aufgabe übernahm damals die „Arabian American Oil Company“ (ARAMCO), die eine Allianz aus den größeren amerikanischen Ölgesellschaften war. Man war auch besorgt wegen der langfristigen Stabilität in Saudi-Arabien, was bedeutete, dass die USA die Verantwortung für die Verteidigung des Königreiches übernehmen mussten. Aus diesem Grunde traf Präsident Roosevelt nach der Konferenz von Jalta zur Aufteilung der Nachkriegswelt im Februar 1945 den saudischen König Abd al-Aziz Ibn Saud auf einem Kriegsschiff. Details über diese Begegnungen wurden nie veröffentlicht, aber es wird

---

863 Klare, Michael T.; The Geopolitics of War; in: The Nation Online; <http://www.thenation.com/doc.mhtml?i=20011105&s=klare>; 05.11.2001.

angenommen, dass Roosevelt dem König den Schutz der USA versprach, wenn im Austausch der Zugang amerikanischer Gesellschaften zum Öl ermöglicht würde.

Diese Übereinkunft sei, so Klare, auch heute noch wirksam und der zentrale Bestandteil der Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien. Sie brachte für beide Seiten sehr große Vorteile: Die USA bekamen Zugang zum Öl, so dass sie mehr als ein Sechstel ihres Rohölbedarfs auf diese Weise decken konnten. ARAMCO und ihre Partner haben dabei riesige Profite erwirtschaftet, nicht zuletzt auf Grund der weltweiten Veräußerung saudischen Öls. Die Holdings von ARAMCO in Saudi-Arabien gingen 1976 in saudischen Besitz über, doch am Vertrieb des Öls in der ganzen Welt änderte sich nichts. Saudi-Arabien bezieht pro Jahr Waren im Wert von sechs bis zehn Milliarden Dollar aus den USA. Die saudische Königsfamilie konnte dank der Geschäfte mit den USA einen sehr großen Wohlstand erzielen und ist zudem durch den amerikanischen Schutz sicher vor internen wie externen Angriffen.

Es gibt allerdings auch eine Reihe unbeabsichtigter Konsequenzen. So weiteten die USA in ihrer Beschützerfunktion ihre militärische Präsenz in der Region beständig aus. Und zum Schutz der königlichen Familie gegen Feinde im eigenen Land wurden die USA in den internen Sicherheitsapparat eingebunden. Zugleich hat die Anhäufung von Reichtümern durch die Königsfamilie diese von der saudischen Bevölkerung entfremdet und zum Vorwurf systematischer Korruption geführt. Das Regime hat deswegen jede Form einer politischen Debatte untersagt. Es gibt kein Parlament, keine Meinungsfreiheit, keine politischen Parteien und keine Versammlungsfreiheit. Die von den USA trainierten Sicherheitskräfte schlugen offene Proteste nieder. So wurde eine verdeckte Opposition geschaffen, die sich gelegentlich durch Gewaltakte artikuliert. Aus diesem Untergrundmilieu hat Osama Bin Laden seine Inspiration und einige seiner Gefolgsleute bezogen.

Zwischen 1945 und 1972 übertrugen die USA die offene Militärpräsenz in Saudi-Arabien vorwiegend an Großbritannien. Dies änderte sich mit der Entsendung von US-Militärberatern und einem riesigen Waffenarsenal nach Saudi-Arabien. Nicht alles sollte ausschließlich der Verteidigung nach außen dienen; das US-Verteidigungsministerium spielte auch bei Ausrüstung, Training und Management der internen Sicherheitskräfte, der „Saudi Arabian National Guard“ (SANG), eine bedeutende Rolle.

1979 erreichte das amerikanische militärische Engagement einen neuen Höhepunkt, als die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte, der Schah im Iran gestürzt wurde und militante Islamisten im saudiarabischen Mekka eine kurze Revolte veranstalteten. Präsident Carter formulierte in dieser Situation die US-Sicherheitsdoktrin neu: Jeder Versuch einer feindlichen

Macht, die Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, wird als „Angriff auf die vitalen Interessen der USA“ betrachtet, dem mit allen notwendigen, auch militärischen Mitteln Widerstand zu leisten ist. Die „Carter-Doktrin“ bestimmt seither die US-Politik in der Region. Zur Durchsetzung der Doktrin schuf der Präsident die „Rapid Deployment Force“, die aus einzelnen Kampfeinheiten zusammengestellt wurde. Sie waren in den USA stationiert, aber jederzeit in den Persischen Golf abrufbar. Carter sorgte auch dafür, dass US-Kriegsschiffe im Persischen Golf patrouillierten, sowie US-Truppen auf Basen in Bahrain, der britisch kontrollierten Insel Diego Garcia im Indischen Ozean, in Oman und in Saudi-Arabien präsent waren. Diese Basen bestehen bis heute.

Da die Präsenz der UdSSR in Afghanistan als Bedrohung für die US-Dominanz im Golf angesehen wurde, autorisierte Carter verdeckte Operationen gegen das sowjetgestützte Regime in Afghanistan. Saudi-Arabien war darin tief verwickelt, u.a. weil antisowjetische Rebellen finanziell unterstützt wurden und die Regierung den eigenen Bürgern erlaubte, an diesem Krieg als Kämpfer und Financiers teilzunehmen. Zum Schutz der saudischen Königsfamilie verstärkte Carter die amerikanische Beteiligung an den internen Sicherheitsoperationen.

Unter Reagan erreichten die offenen und verdeckten Aktionen einen neuen Höhepunkt. So bekamen die Mujaheddin Waffen im Wert von über drei Milliarden Dollar. Ferner erweiterte der neue Präsident die Carter-Doktrin insofern, dass die USA es nicht zulassen würden, dass das saudische Regime, wie der Schah im Iran, gestürzt würde.

Als irakische Truppen 1990 in Kuwait einmarschierten, galt die Besorgnis von George Bush Senior weniger dem besetzten Land als Saudi-Arabien. Zwei Tage nach der Invasion sprach er von sofort erforderlichen militärischen Maßnahmen der USA, um Saudi-Arabien vor einem möglichen irakischen Angriff zu schützen. Bush sandte den damaligen Verteidigungsminister Cheney nach Riad, wo er die Königsfamilie überredete, der Stationierung weiterer amerikanischer Truppen im Land zuzustimmen und Basen für Luftangriffe auf den Irak zur Verfügung zu stellen.

Nach dem Sieg über den Irak wurde die amerikanische Präsenz niemals völlig aufgegeben. Amerikanische Flugzeuge starteten regelmäßig von kuwaitischen und saudischen Basen, um die „Flugverbotszone“ im Südirak zu sichern.

Unter Präsident Clinton wurde die amerikanische Position am Golf weiter ausgebaut. Nebenbei ging er dazu über, den Einfluss der USA auf das kaspische Becken auszuweiten, eine Region reich an Energieressourcen nördlich des Persischen Golfs.

Nicht ohne Grund erklärte US-Senator Robert Dole schon 1992, die Grenzen amerikanischer Sorgen um die Kontrolle von Erdöl- und Erdgasressourcen seien von der Golfregion nach Norden, einschließlich des Kaukasus, Kasachstans und Sibiriens vorgerückt. Übereinstimmend mit dieser Aussage wurde im Sommer 1997 eine neue Außenpolitik der USA verkündet; sie kennzeichnet die Kaspische Region als „nationale Interessenssphäre“ der USA.<sup>864</sup>

Laut Michael Klare hat sich auf diese Weise die Region der vitalen Interessen der USA vom Golf bis zur Grenze Russlands und noch weiter ausgedehnt. Hingegen verfolgen die islamischen Terroristen von Al Qaida zwei Ziele: Erstens die Vertreibung der „ungläubigen“ Amerikaner aus Saudi-Arabien und zweitens den Sturz des saudischen Regimes. Das erkläre die Terroranschläge auf US-Militärbasen und Einrichtungen im Mittleren Osten sowie die Anschläge vom 11. September. Schließlich gab es schon 1993 einen Anschlag auf das World Trade Center, und 1995 wurde das Hauptquartier der „Saudi Arabian National Guard“ in Riad angegriffen. 1996 wurde ein Sprengstoffanschlag auf die Khobar Towers bei Dhahran verübt, 1998 auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania sowie im Herbst 2000 das Attentat auf die USS Cole.

Klares These ist daher, dass sich ein roter Faden durch diese Attentate zieht und dass das 1945 getroffene Abkommen zwischen Roosevelt und Ab al-Aziz Ibn Saud dekonstruiert werden soll. „A Saudi regime controlled by Osama bin Laden could be expected to sever all ties with US oil companies and to adopt new policies regarding the production of oil and the distribution of the country's oil wealth-moves that would have potentially devastating consequences for the US, and indeed the world, economy. The United States, of course, is fighting to prevent this from happening“.<sup>865</sup>

Natürlich setzen die USA alles daran, um dies zu verhindern und ihre geopolitische Dominanz am Golf beizubehalten. Klare erwartet aber nicht, dass dies öffentlich eingestanden wird. „As the conflict unfolds, we are unlikely to hear any of this from the key figures involved. In seeking to mobilize public support for his campaign against the terrorists, President Bush will never acknowledge that conventional geopolitics plays a role in US policy“.<sup>866</sup>

---

864 Vgl. Cremer, Ulrich; Lutz, Dieter S.; Nach dem Krieg ist vor dem Krieg; Hamburg (VSA Verlag); 1999; S. 29.

865 Klare, Michael T.; The Geopolitics of War; in: The Nation Online; <http://www.thenation.com/doc.mhtml?i=20011105&s=klare>; 05.11.2001.

866 Ebenda.

Obwohl Präsident George W. Bush niemals zugeben wird, dass er im Rahmen seines Anti-Terror-Krieges konventionelle Geopolitik betreibt, zeigen seine Militäroperationen, dass er das Werk seines Vorgängers Präsident Clinton ergänzen möchte. Er versucht die dominante Position der USA am Persischen Golf durch die Angriffe auf Afghanistan und die Militärpräsenz der USA im kaspischen Raum zu erweitern. Daher haben die US-Truppen mit verhältnismäßig wenig medialem Aufsehen unter dem Aushängeschild des „Antiterrorkriegs“ neben Irak und Afghanistan auch ihre Militärpräsenz in der Kaspischen Region etabliert; d.h. in der Interessensphäre der russischen Föderation und in der Nachbarschaft der westchinesischen Provinz Xinjiang (Ostturkestan). Ohne Frage konnte diese Präsenz ohne Duldung der russischen Föderation nicht realisiert werden. Den US-Diplomaten war es gelungen, die russische Regierung davon zu überzeugen, dass sich das US-Militär nach dem Ende des Anti-Terrorkrieges in Afghanistan aus den neu erworbenen Basen wieder zurückziehen werde.

#### **4.3. Die USA und der geostrategische Vorstoß auf dem Eurasischen Balkan**

Die Gründe dieser Entschlossenheit, militärisch die „Region zwischen kaspischen Meer und Horn von Afrika“ zu kontrollieren spiegeln sich sehr deutlich in den geopolitisch geprägten Schriften Henry Kissingers wider. Er schreibt diesbezüglich: „Geopolitisch betrachtet, ist Amerika eine Insel weitab der riesigen Landmasse Eurasiens, dessen Ressourcen und Bevölkerung die der Vereinigten Staaten bei weitem übertreffen. Und nach wie vor ist die Beherrschung einer der beiden Hauptsphären Eurasiens – Europas also und Asiens – durch eine einzige Macht eine gute Definition für die strategische Gefahr, der sich die Vereinigten Staaten einmal gegenübersehen könnten, gleichviel, ob unter den Bedingungen eines Kalten Krieges oder nicht. Denn ein solcher Zusammenschluss wäre imstande, die USA wirtschaftlich und letztlich auch militärisch zu überflügeln, eine Gefahr, der es selbst dann entgegenzutreten gälte, wenn die dominante Macht offenkundig freundlich gesinnt wäre. Sollten sich deren Absichten nämlich jemals ändern, dann stieße sie auf eine amerikanische Nation, deren Fähigkeit zu wirkungsvollem Widerstand sich erheblich vermindert hätte und die folglich immer weniger in der Lage wäre, die Ereignisse zu beeinflussen.“<sup>867</sup>

Er argumentiert beiläufig, „dass Russland – gleichviel, von wem es regiert wird – unverrückbar auf jenem Gebiet sitzt, das Halford Mackinder das geopolitische Herzland

---

<sup>867</sup> Kissinger, Henry; Die Vernunft der Nationen; Über das Wesen der Außenpolitik; Berlin (Siedler Verlag); 1996; S. 904.

genannt hat, und dass es der Nachkomme einer der mächtigsten imperialen Traditionen überhaupt ist.“ Selbst wenn die politische Wandlung tatsächlich eintreten sollte, die das Gegenteil der imperialen Vergangenheit Russlands bestätigte, sollten die USA diese Zeit nutzen, um sich vor eventuellen Veränderungen in der Zukunft zu schützen.<sup>868</sup> Dafür sei die Einkreisung Russlands an seiner internationalen Grenze unabdingbar.

Kissingers Analyse ist, wie der Leiter der Abteilung Osteuropäische Geschichte des Historischen Seminars der Universität Zürich, Carsten Goehrke schildert, immer noch von der westlichen Sicht der aufgelösten Sowjetunion geprägt. Artikuliert werde diese Sichtweise in Schlagworten wie „Rote Gefahr“ oder „Rote Flut“ und über die Vorstellung vom „russischen Bären“ mit seiner ungezähmten wilden Kraft vermittelt. Diese Bilder, die das westliche Bewusstsein nicht nur während der Sowjetzeit, sondern annähernd über die letzten 200 Jahre beeinflusst haben, wurzeln in tiefsitzenden Bedrohungsängsten vor einem Riesenreich, das als unberechenbar, expansionslüstern und barbarisch interpretiert wurde.<sup>869</sup> Daher verlangt Kissinger von der Regierung die Entwicklung eines Konzeptes zur Durchsetzung der nationalen Interessen der USA, auch mit dem Ziel, Russland unter Kontrolle zu halten. Aus diesem Konzept muss ersichtlich werden, wie diesem vitalen Interesse in Eurasien gegen Russland durch die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Kräfte gedient werden kann.<sup>870</sup>

Historisch betrachtet geht die politische Strategie der Erhaltung des Gleichgewichtes der Kräfte auf den Wiener Kongress von 1814-15 zurück. Sie wurde konzipiert von Klemens Wenzel Fürst von Metternich sowie Robert Stewart Castlereagh und wurde fester Bestandteil britischer Außenpolitik.<sup>871</sup> Solange die Rivalität zwischen den kontinentaleuropäischen Mächten, welche in annähernd kongruenten Blöcken zusammengeschlossen waren, eine Bedrohung Großbritanniens verhinderte, konnte man sich in London weltpolitischen Ambitionen zuwenden. Ende des 19. Jahrhunderts, in einer Zeit, in der außenpolitische Bündnisse sich nicht langfristig angelegen ließen, konnte die traditionelle, auf dauerhaften Bündnissen basierende Gleichgewichtspolitik das britische Sicherheitsbedürfnis nicht mehr befriedigen.<sup>872</sup> Dementsprechend ging Großbritannien dazu über, seine Sicherheit zunehmend

---

868 Ebenda; S. 905.

869 Vgl. Goehrke, Carsten; Zwischen Expansionsgelüsten und Invasionsängsten: Russland im europäischen Mächtesystem der Neuzeit; in: <http://www.vbs.admin.ch/internet/ZGV/zgv2405.htm>; 09.11.1998.

870 Vgl. Kissinger, Henry; Die Vernunft der Nationen; Über das Wesen der Außenpolitik; Berlin (Siedler Verlag); 1996; S. 901.

871 Vgl. Kissinger, Henry; Das Gleichgewicht der Großmächte; Zürich (Manesse Verlag); 1986.

872 Vgl. Etschmann Wolfgang; Shaping The Empire: Eine historische und geopolitische Betrachtung der britischen Staatsidee und Weltmachtpolitik (Teil I bis III); in: Österreichischen Militärischen Zeitschrift (ÖMZ); Nr. 2/1996; S.157-170; ÖMZ; Nr. 3/1996; S. 307-318 u. ÖMZ; Nr. 4/1996; S. 425-432.

in Form von schnellem Bündniswechsel – ein Mittel der Gleichgewichtspolitik – zu gewährleisten. Beflügelt wurde diese Politik sowohl von der Angst vor Isolation als auch der Entschließung über die Manifestierung eines gegen Großbritannien gerichteten „Kontinentalblocks“ von Deutschland und Russland.<sup>873</sup> Dieser vermeintliche Block ist tatsächlich später die Grundlage der theoretischen Gedanken Karl Haushofers zur Herstellung eines eurasischen Balanceakts gegen Großbritannien geworden.<sup>874</sup>

Eine äquivalente Isolationsangst scheint das Leitmotiv von den geostrategischen Überlegungen Kissingers zu sein, welche er mit gleichen Mittel zu verhindern sucht. Er schreibt: „Die Vereinigten Staaten werden Partner benötigen, um das Gleichgewicht in den unterschiedlichsten Regionen der Welt zu bewahren; diese Partner wird man nicht immer allein auf der Grundlage moralischer Erwägungen auswählen können. Eine klare, eindeutige Definition der nationalen Interessen muss dann in gleichem Maße zur grundlegenden Richtschnur der amerikanischen Politik werden.“<sup>875</sup>

Aus der Sicht Kissingers heiligt das Ziel die eingesetzten Mittel. Deshalb bräuchten die USA für die Durchsetzung ihrer Interessen nicht immer auf der Grundlage moralischer Erwägungen zu handeln, vielmehr wird der Einsatz von Gewalt als legitimes Mittel für eine Drohkulisse autorisiert. Kissingers Erfahrung nach ist „in der Diplomatie ist ein geladenes Gewehr oftmals wirkungsvoller als ein juristischer Schriftsatz; Hitler hat dafür den Beweis angetreten.“<sup>876</sup>

In diesem Sinne inspiriert Kissinger die Amerikaner, im Namen der Demokratie voranzuschreiten, und ihr Land zu Taten von „großer schöpferischer Kraft“ zu führen, aber auch zu so katastrophalen Kreuzzügen wie dem Krieg in Vietnam und jüngst im Irak.

Auf jeden Fall entwickelte das Pentagon, basierend auf Kissingers und analogen strategischen Gedanken ein Strategiepapier, um die USA nicht in die Isolation treiben zu lassen sowie ihre Fähigkeit zu wirkungsvollem Widerstand gegenüber einem mächtigen imaginären Kontinentalblock der Eurasiaten nicht einzubüßen. Das Dokument wurde am 8. März 1992 von Paul Wolfowitz der „New York Times“ in Auszügen zugänglich gemacht.<sup>877</sup>

---

873 Eine interessante Analyse liefert hierfür Gade Christe. Vgl. Gade, Christe; Gleichgewichtspolitik oder Bündnispflege; Maximen britischer Außenpolitik; Göttingen, Zürich (Vadenhoeck & Ruperecht); 1993.

874 Vgl. Haushofer Karl; Der Kontinentalblock, Mitteleuropa-Eurasien-Japan; in; Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.); Karl Haushofer, Leben und Werke (Band I); Boppard am Rhein (Harald Boldt Verlag); 1979; S. 606-634.

875 Kissinger, Henry; Die Vernunft der Nationen; Über das Wesen der Außenpolitik; Berlin (Siedler Verlag); 1996; S. 901.

876 Ebenda; S. 898-899.

877 Tyler, Patrick E.; Excerpts from Pentagon's Plan: Prevent the Re- Emergence of a New Rival; in: New York Times; 08.03.1992; S. 1/14.

Obwohl man damals auf Grund der Schwäche Russlands eine unmittelbare Bedrohung der US-Interessen („From Eurasian Heartland“) in absehbarer Zeit nicht für wahrscheinlich hielt, zog sich der Geist Kissingers durch das gesamte Strategie-Dokument. Es wurde die Notwendigkeit der uneingeschränkten politischen und militärischen Weltherrschaft der USA betont. Andere Länder, die auch nur den Gedanken entwickeln könnten, eine umfassendere Rolle zu spielen, müssten eingeschüchtert werden. Diese öffentlichen Drohungen sind unverkennbar an die Adresse Russlands, der europäischen Staaten, Chinas und Japans gerichtet.

In diesem Papier stellte der momentane Verteidigungs- und ehemalige Vizeverteidigungsminister Donald Rumsfeld fest, dass es das vorrangige Ziel der USA sei, zu verhindern, dass jemals wieder ernsthafte Konkurrenz für sie erwächst: „Our first objective is to prevent the re-emergence of a new rival, either on the territory of the former Soviet Union or elsewhere“. Zunächst müssten die USA jedoch die Führungseigenschaften unter Beweis stellen, die notwendig sind, um eine neue Ordnung herbeizuführen und zu erhalten – eine Ordnung, welche potentielle Konkurrenten davon zu überzeugen vermag, dass sie keine stärkere Machtposition anzustreben brauchen oder gar eine aggressivere Haltung einnehmen, um ihre Interessen zu sichern: „First, the U.S. must show the leadership necessary to establish and protect a new order that holds the promise of convincing potential competitors that they need not aspire to a greater role or pursue a more aggressive posture to protect their legitimate interests.“<sup>878</sup>

Ferner kämen die USA nicht umhin, den Interessen der entwickelten Industrienationen in ausreichendem Maße Rechnung tragen, um diese von Versuchen abzuhalten, die etablierte politische und wirtschaftliche Ordnung von Grund auf zu verändern: „We must account sufficiently for the interests of the advanced industrial nations to discourage them from challenging our leadership or seeking to overturn the political and economic order“.<sup>879</sup>

Schließlich seien die USA gehalten den Mechanismus beizubehalten, bei potentiellen Konkurrenten erst gar nicht die Idee aufkommen zu lassen, eine bedeutendere regionale oder gar globale Position einzunehmen. „Finally, we must maintain the mechanisms for deterring potential competitors from even aspiring to a larger regional or global role. An effective

---

878 Ebenda.

879 Ebenda.

reconstitution capability is important here, since it implies that a potential rival could not hope to quickly or easily gain a predominant military position in the world.”<sup>880</sup>

Im weiteren richtet sich das Dokument speziell an die Adresse Europas: „NATO continues to provide the indispensable foundation for a stable security environment in Europe. Therefore, it is of fundamental importance to preserve NATO as the primary instrument of Western defense and security, as well as the channel for U.S. influence and participation in European security affairs. While the United States supports the goal of European integration, we must seek to prevent the emergence of European-only security arrangements which would undermine NATO, particularly the alliance’s integrated command structure.”<sup>881</sup>

Das Strategiepapier des Pentagon eröffnet einen bemerkenswerten Einblick in das geostrategische Denken der außenpolitischen Elite der USA. Für die Klärung der Frage, in welchem Umfang diese strategischen Überlegungen das politische Verhalten der USA bestimmen, ist es sinnvoll, sich mit anderen führenden amerikanischen Vertretern dieser Ansichten auseinanderzusetzen.

Vor allem Samuel P. Huntingtons Theorie vom „Clash of civilizations“, die erstmals im Sommer 1993 in „Foreign Affairs“ veröffentlicht wurde und seit 1996 als Buch vorliegt, ist die latente Darstellung von Geopolitik, die vorrangig die islamische Welt vom Horn von Afrika bis kaspischen Becken betrifft.

Huntington versucht über seine Theorie einen effizienten politischen Ersatz für die Rolle der Sowjetunion im Kalten Krieg in Form eines „stellvertretenden Feindes“ zu entwickeln, welcher einen glaubwürdig bedrohlichen Charakter und genügend Macht besitzt, um die Interessen des Westens in seiner Gesamtheit zu bedrohen.

In seiner Darstellung tritt gegenwärtig und in der Zukunft die Auseinandersetzung der Kulturkreise oder Zivilisationen an die Stelle der ideologischen Konfrontation der beiden Supermächte.

Es existiere nicht mehr ein Ost-West- oder Nord-Süd-Konflikt, vielmehr entwickelten sich Konflikte der verschiedenen Kulturkreise untereinander. Huntington zufolge sind Konflikte innerhalb von Kulturen zwar auch künftig möglich, in der Tendenz jedoch werden die Konflikte zunehmend zwischen den verschiedenen Kulturkreisen erfolgen. Interkulturelle Konflikte werden sich durch größere Intensität, Veränderungen in der Kriegsführung und

---

880 Ebenda.

881 Ebenda.

Brutalität auszeichnen. Diese Kollisionen werden sich, so Huntington, zwischen sechs oder sieben von ihm definierten Kulturkreisen ereignen. Er unterscheidet einen „westlichen“ Kulturkreis, einen „russisch orthodoxen“, einen „islamischen“, einen „chinesisch-konfuzianischen“, einen „hinduistischen“ und einen „lateinamerikanischen“. Ferner definiert er einen „afrikanischen“ Subkulturkreis, welcher die Staaten südlich der Sahara bis Südafrika umfasst; von seinen Anlagen jedoch nicht an Huntingtons Kriterien eines eigenständigen Kulturkreises heranreicht. Er untersucht derzeitige Konflikte und gibt Prognosen für zukünftige ab. Huntington geht in seiner Theorie soweit, dass er sogar einen möglichen Weltkrieg im Jahre 2010 illustriert.

Geographisch gesehen liegt laut Huntington der Schwerpunkt der künftigen Konflikte zwischen dem Westen auf der einen Seite und mehreren islamisch-konfuzianischen Staaten auf der anderen Seite. Huntingtons als unvermeidlich angenommenen Konfrontation des Westens mit der islamisch-konfuzianischen Welt erklärt sich so: „Oberflächlich betrachtet hat sich die westliche Kultur gegen den Rest der Welt durchgesetzt. Grundsätzlich jedoch unterscheiden sich westliche Vorstellungen ganz entscheidend von denen, die in anderen Kulturen vorherrschen. Die westlichen Ideen des Individualismus, des Liberalismus, des Konstitutionalismus, der Menschenrechte, von Gleichheit, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Handelsfreiheit oder der Trennung von Kirche und Staat finden oft nur wenig Widerhall in nichtwestlichen Kulturen. Versuche des Westens, solche Ideen zu propagieren, provozieren statt dessen eine Abwehrhaltung gegen den »Menschenrechtsimperialismus« und eine Rückversicherung auf die ureigenen Werte. ... Konflikte zwischen Gruppen aus unterschiedlichen Kulturen werden häufiger auftreten, länger andauern und gewalttätiger sein als Auseinandersetzungen zwischen Gruppen innerhalb derselben Kultur. Gewaltsame Konflikte zwischen Gruppen unterschiedlicher Kulturen sind die wahrscheinlichste und gefährlichste Quelle für Eskalationen, die bis hin zu weltweiten Kriegen führen könnten. Der Brennpunkt künftiger Konflikte wird zwischen dem Westen und mehreren islamisch-konfuzianischen Staaten zu finden sein.“<sup>882</sup>

Damit soll ausgedrückt werden, dass sich die Konfrontation des Westens mit der islamisch-konfuzianischen Welt über die gleichsam „normale“ antagonistische Position des Islam sowie des Konfuzianismus gegenüber dem Westen und seinen Wertvorstellungen erklären. Huntingtons präventive Vorschläge gegenüber diesen beiden Kulturen skizziert er im Interesse des Westens wie folgt:

---

882 Vgl. Huntington, Samuel P.; Im Kampf der Kulturen, in: Die Zeit; 13.08.1993; S. 9.

Eine stärkere Zusammenarbeit und größere Einheit innerhalb der eigenen Kultur, also insbesondere zwischen den europäischen Staaten und Nordamerika zu fördern;

die osteuropäischen und lateinamerikanischen Staaten, deren Kultur der westlichen nahe steht, in den Westen einzubinden;

gute Beziehungen zu Russland und Japan zu entwickeln und zu erhalten;

die Eskalation lokaler Konflikte zwischen Kulturen zu großen Kriegen zu verhindern;

die Ausweitung militärischer Stärke der konfuzianischen und islamischen Staaten zu begrenzen;

den Abbau der westlichen Militärmacht zu verlangsamen und die militärische Überlegenheit in Ost- und Südwestasien zu bewahren;

Unterschiede und Konflikte zwischen konfuzianischen und islamischen Staaten zu nutzen;

innerhalb anderer Kulturen jene Gruppen zu unterstützen, die westlichen Werten und Interessen zugeneigt sind, und

Internationale Einrichtungen zu stärken, die westliche Interessen und Wertmaßstäbe repräsentieren, und zugleich die Mitarbeit nichtwestlicher Staaten in diesen Einrichtungen zu fördern.<sup>883</sup>

Das politische Konzept Huntingtons propagiert den skrupellosen Einsatz des zweifelhaften Mittels der Ethnopolitik als Regulator der „Balance auf Power“. Mit der Empfehlung, Unterschiede und Konflikte zwischen konfuzianischen und islamischen Staaten zu nutzen<sup>884</sup> bedient sich Huntington theoretisch erkennbarer Zentrifugalkräfte innerhalb islamischer Staaten und Chinas und will so die Zentralstaaten durch Sezessionen schwächen. Dafür sollte, wenn nötig unter dem Deckmantel der Demokratie und Menschenrechte, für ethnische und religiöse Selbstbestimmung eingetreten, und jene destabilisierenden Auswirkungen ethnischer religiöser Gruppen nicht berücksichtigt werden, die nichts anderes als angestaute Rivalitäten und alte Hassgefühle vertreten.

So könne das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Vorwand genommen werden, um hinderliche staatliche Machtgebilde unter dem Vorwand der „failing states“ in Kleinstaaten zu zerlegen. Dieses Konzept ist eine ideologische Begründung der Politik des „divide et impera“,

---

883 Vgl. Huntington, Samuel P.; Im Kampf der Kulturen, in: Die Zeit; 13.08.1993; S. 9.

884 Die Managements der regionalen Konflikte wie die chinesisch-taiwanesischen Differenzen oder die aktuelle Politik der USA im Irak zeigen die außenpolitische Reichweite solcher Konzeptionen.

welche die hegemoniale Stellung der USA durch die Konstruktion von Feindbildern des radikalen Islam und des fundamentalen Konfuzianismus, basierend auf geopolitischen Überlegungen legitimiert.

Ein berühmt-berüchtigtes Beispiel für diese Form der Politik stellt das Britische Empire dar, welches die Strategie des „divide et impera“ bis zur Perfektion brachte und diverse Völker über ein gegenseitiges Ausspielen in blutige Kriege getrieben hat.

In der huntingtonschen Beschreibung und Analyse von Feindbildern wird unter dem Deckmantel der Demokratie und der Menschenrechte, die man mittels militärischer Eindämmung, wirtschaftlicher Integration kultureller Manipulation und wenn nötig durch direkten Einsatz von Gewalt herstellen sollte, „vernunftgemäß“ das „Kriegsrecht“ des Stärkeren legitimiert.

Obwohl die afghanischen „Mujaheddin“ mitnichten ein westlich inspiriertes Streben nach Freiheit und Demokratie verkörperten, führte das Fehlen dieser zivilisatorischen Normen und moralischen Bindungen an die westliche Wertegemeinschaft nicht zum politischen Liebesentzug des Westens. Vielmehr bekamen sie den positiven Decknamen der „Widerstandskämpfer“, um eine legitime Unterstützung zu gewährleisten. Die Bindeglieder, welche die US-Administration und die Mujaheddin miteinander verknüpften, waren das gemeinsame Feindbild und das Ziel der geostrategischen Behinderung der Expansion der UdSSR. Heute genießen die tschetschenischen Milizen die Vorzüge des Daseins als „Widerstandskämpfer“.<sup>885</sup>

„Wäre es auf die allgemeine Weltanschauung angekommen, hätten die »Islamisten«, die im afghanischen Widerstand eine dominierende Rolle spielten, eher ein »Feindbild« als ein »Freundbild« der USA abgegeben. Hekmatyar, der am meisten von der US-Hilfe profitierte, wäre, was seine Denk- und Handlungsweise, seinen Opportunismus, seine Verbindungen zur PDPA und zur sowjetischen Besatzungsmacht oder seine Missachtung des Kriegsrechts betrifft, vermutlich das Paradebeispiel eines amerikanischen »Feindbilds« gewesen, wenn ihm nicht die Rolle des »Freiheitskämpfers«, der sein Land von den Sowjets befreien sollte, zgedacht worden wäre.“<sup>886</sup>

---

885 Vgl. Abdolvand, Behrooz; Etzbach, Harald; Der zweiten Tschetschenienkrieg; in: Welttrends Nr. 27/2000; S. 121-140.

886 Meier, Thomas; Die Reagan Doktrin; Die Feindbilder Die Freundbilder; Bern (Peter Lang Verlag); 1998; S. 184.

Die westlichen Ideen des Individualismus, des Liberalismus, des Konstitutionalismus, der Menschenrechte, von Gleichheit, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Handelsfreiheit oder der Säkularisierung sind nichts anderes als ein Ausdruck der Wahrnehmung, dass in den islamischen Ländern und China westliche Werte nicht in westlicher Weise imitiert wurden. Aus diesem Grunde konstatiert Huntington negative Auswirkungen auf die nationale Sicherheit der USA. Aufbauend darauf macht er, mit der Idee der Bewahrung der militärischen Überlegenheit in Ost- und Südwestasien, geostrategische Überlegungen geltend.

So werden politisch-kulturelle Traditionen instrumentalisiert, um weitgehend die Kontinuität des politisch notwendigen stellvertretenden Feindbildes, welches vormals die Sowjetunion darstellte, fortzusetzen und damit nationales Sendungsbewusstsein und geopolitische Interessen glaubhaft durchsetzen zu können. Dies ist ein politisches Basiskonzept, mit dem die grundlegenden geopolitischen Zielvorstellungen umschrieben werden. Wohin könnte diese politische Devise in der Außenpolitik führen?

#### **4.4. Realität und Impression der geopolitischen Theorie auf dem „Eurasischen Balkan“**

Auf dieser Basis sollen soweit wie möglich die nicht anpassungswilligen islamischen Länder in ein Konglomerat von Kleinstaaten zersplittert werden, so dass jede ethnische Minderheit ihren eigenen Staat erhält. Es droht eine leichte Manipulierbarkeit dieser kleinen und schwachen Staaten durch ausländische Mächte und die Unmöglichkeit, in solchen Zwergstaaten auch nur annäherungsweise eine Wirtschaftskraft aufzubauen, die notwendig wäre, um die Interessen der USA zu bedrohen.

Begonnen hat dies mit dem ungerechtfertigten Irak-Krieg unter dem Deckmantel des Schutzes der westlichen Zivilisation vor irakischen Massenvernichtungswaffen. Es handelt sich um einen Krieg ohne glaubwürdige Beweise für Massenvernichtungswaffen, ohne UN-Mandat, ohne Nachkriegskonzept, ohne Zustimmung der Bevölkerungsmehrheiten in vielen Staaten. Nun wird von den Choreographen dieser Politik, im Flair ihrer psychologisch-medialen Erweiterung des „Krieg gegen Terror“, ein leidenschaftliches Plädoyer für eine zu allem entschlossene Eindämpfungspolitik gegenüber dem wahabitischen Herrscherhaus in Saudi-Arabien propagiert.<sup>887</sup> Hier konnte anscheinend ein Raum des „Heiligen Terrors“ ermittelt werden, dass jahrelang von Saudi-Arabien tatkräftig unterstützt worden sei.<sup>888</sup>

---

887 Wahabiten sind Anhänger einer puritanischen Bewegung des Islam, deren Begründer Muhammad Ibn Abd Al Wahhab den Islam auf seine ursprüngliche Form zurückführen und alle nach Koranischen Neuerungen

Richard Perle, der Kraft seiner Mitgliedschaft im Beraterstab für Verteidigungspolitik des Pentagons (Defense Policy Board, DPB) als der ideologische Architekt der Invasion im Irak angesehen wird, hat gemeinsam mit Bushs früherem Redenschreiber David Frum, der sich als Schöpfer der Formulierung „Achse des Bösen“ einen Namen gemacht hat, ein Buch mit dem Titel „An End to Evil“ geschrieben, welches eine Rezeptur für den Sieg im Krieg gegen den Terrorismus offenbaren soll.<sup>889</sup>

Die Kernthese des Buches lautet, dass im Krieg gegen den Terrorismus noch lange nicht der Anfang vom Ende auszumachen, sondern allenfalls das Ende vom Anfang erreicht sei. In der Perspektive der Autoren, ist der Krieg gegen den Terrorismus mit zwei gewaltigen Herausforderungen für die Vereinigten Staaten seit den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts zu vergleichen: Dem Kampf im Zweiten Weltkrieg gegen den Nationalsozialismus und Faschismus sowie dem Kampf im Kalten Krieg gegen den Kommunismus. Dem radikal-islamischen Terrorismus läge die gleiche aggressive Ideologie und der gleiche Drang nach Weltherrschaft zugrunde.

Die Anschläge vom 11. September 2001 hätten die Schwelle für politisch effektiven Terrorismus erhöht, schreiben Perle und Frum. Nach dem Massenmord von New York und Washington könnten sich Terroristen im Umfeld des radikal-islamischen Netzwerkes Al Qaida nicht mehr damit begnügen, bei einem weiteren Anschlag auf amerikanischem Boden vielleicht ein Dutzend Menschen umzubringen. Dies würde in deren Weltsicht als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden. Damit waltet eine Art Imperativ zum Superlativ. Also müsse der nächste Anschlag unerhört, beispiellos sein.

---

beseitigen wollte. Im Hinblick auf die gebotene Verehrung des einzigen Gottes lehnen die Wahabiten jede Art von Heiligenkult wie auch die Verehrung des Propheten Mohammed ab. Das im Koran ausgesprochene Alkoholverbot dehnen die Wahabiten auf alle Genussmittel (z.B. Kaffee, Tabak) aus. Die Strafgesetze der Scharia wie Steinigung der Ehebrecherin oder Abhacken der Hand bei Dieben werden strikt eingehalten; Film- oder Theatervorstellungen sind aufgrund des Koranischen Bilderverbotes untersagt.

Um 1740 gewann der Begründer der Bewegung Ibn Abd Al Wahhab den Stammesheerführer Ibn Saud für seine Lehren; dessen Nachfolger breiteten sie über ganz Arabien aus, eroberten 1806 Mekka und Medina und bedrohten die osmanische Herrschaft über Arabien. Nachdem der Haschemit Ibrahim 1818 die Wahabiten besiegt hatte, verloren die Nachfolger Ibn Sauds die Führung an die einflussreiche Familie der Raschid. 1883 wurde das Haus Ibn Saud aus Riad vertrieben und fand Zuflucht in Kuwait. Erst 1902 gelang es Abd Al Asis Ibn Saud, nach Riad zurückzukehren und die Macht seines Hauses wieder aufzubauen. Die Lehren der Wahabiten sind die herrschende religiöse Doktrin in dem von ihm begründeten Königreich Saudi-Arabien.

888 Frum, David; Perle, Richard; *An End to Evil: How to Win the War on Terror*; New York (Random House Verlag); 2003; Baer, Robert; *Sleeping with the Devil: How Washington Sold Our Soul for Saudi Crude offers an in-depth picture of dirty dealings*. New York (Crown Verlag), 2003 u. Bear, Robert; *Die Saudi-Connrction*; München (Bertelsmann Verlag); 2004.

889 Frum, David; Perle, Richard; *An End to Evil: How to Win the War on Terror*; New York (Random House Verlag); 2003.

Daher schlagen die Autoren ein hartes Vorgehen gegenüber Islamisten vor, da dies eine Schwäche provoziere. Dieses Prinzip gelte im Anti-Terrorkrieg nach Ansicht Perles und Frums für beide Seiten. Tatsächlich hätten die islamischen Terrorgruppen fast keine andere Wahl, als zu versuchen, sich Massenvernichtungswaffen zu beschaffen, um selbst das mächtigste Land der Welt vor Vergeltungsschlägen abschrecken zu können. Deshalb gäbe es nur die Möglichkeit der vorbeugenden Vorwärtsverteidigung.

Für eine vorbeugende Vorwärtsverteidigung haben die Autoren präzise Ratschläge parat. An drei Fronten gelte es, die Mordwut zu besiegen: Zu Hause, im Ausland und schließlich im Kampf um die Herzen der Männer und Frauen in der islamischen Welt. An der Heimatfront gelte es, die Grenzen besser zu sichern, die Arbeit von CIA und FBI effizienter zu machen, die Überwachungsmöglichkeiten – etwa durch die Einführung eines nationalen Personalausweises mit biometrischen Daten – auszuweiten.

Für den Kampf im Ausland lautet die Parole, alle Regime zu unterminieren und zu zerschlagen, welche den Terrorismus unterstützen und sich Massenvernichtungswaffen zu beschaffen versuchen. Neben den verbliebenen Schurkenstaaten kommt vor allem Saudi-Arabien in den Blick, wo es notfalls die Sezessionsbestrebungen der kujonierten schiitischen Minderheit im ölreichen Osten des Landes zu unterstützen gelte.

Beim Kampf um die Herzen der Menschen in der islamischen Welt schließlich wird dem offensiven Export demokratischer Ideale und dem ideologischen Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen sowie für die Öffnung von Gesellschaft und Wirtschaft das Wort geredet.

Ergebnis ist, dass man in Washington offen für die Option der präventiven Aufspaltung Saudi-Arabiens plädiert. Da die Ölgebiete von Saudi Arabien im schiitischen Teil des Königreiches lägen, könne man dies in Verbindung mit einer schiitischen Renaissance im befreiten Irak nutzen, um einen Bogen „gemäßigter schiitischer Staaten“ von Teheran über Basra bis zu den saudi-arabischen Ostprovinzen zu errichten.<sup>890</sup>

Wie oft bei Objekten außenpolitischer Kontroversen spielen auch hier die oft unauflöselichen Widersprüche der Realität einer komplexen Existenz, wie die des saudi-arabischen Staates, in der anti-saudischen Politik der USA keine Rolle. Vielmehr forciert der ideologische Bedarf

---

890 Frum, David; Perle, Richard; An End to Evil: How to Win the War on Terror; New York (Random House Verlag); 2003; Baer, Robert; Sleeping with the Devil: How Washington Sold Our Soul for Saudi Crude offers an in-depth picture of dirty dealings. New York (Crown Verlag), 2003 u. Bear. Robert: Die Saudi-Connrction; Münschen (Bertelsmann Verlag); 2004.

eines „Ersatzfeindbildes“ solche Konzepte. Entsprechend der geopolitischen Wechselbeziehungen und Machtkonstellationen ändern sich die Feindbilder. Obwohl Saudi-Arabien seit Ende des Zweiten Weltkriegs als strategischer Partner der USA galt, wäre es nicht das erste Mal, dass eine Großmacht aus geopolitischem und realpolitischem Kalkül die Allianzen wechselt. Die Gründe werden normalerweise vorgeschoben, um die Legitimation der strategischen Wechsel zu rechtfertigen. Bspw. sind Pakistan und Saudi-Arabien im Prozess der Finanzierung und Unterstützung des Terrors gemeinsam beteiligt gewesen, aber Pakistan genießt die Unterstützung der USA als Alliiertes im Anti-Terror Krieg, die Saudis sind jedoch trotz der Kurskorrektur in Bezug auf Terroristen auf das Niveau der Unberührbaren in der internationalen politischen Kaste degradiert worden.

Auf jeden Fall wird in der Zukunft „Sleeping With the Devil“ – so wird die Beziehung zwischen Saudi-Arabien und den USA vom Berater der Bush-Administration, Robert Baer, genannt – weitergeführt. Dieses Mal allerdings mit schiitischen Akteuren. Genau so, wie man in Afghanistan die Taliban durch Warlords und Drogenbarone ersetzt hat,<sup>891</sup> sollen in der persischen Golf-Region Scheichs durch Ayatollahs ersetzt werden.

Was ist der Grund von diesem großzügigen Angebot an die so genannten „gemäßigten Schiiten“?

In letzter Zeit wird des Öfteren behauptet, dass der Irak für die USA ein zweites Vietnam geworden ist. Bei genauer Betrachtung der Terroranschläge gegen die US Truppen und ihrer Verbündeten kommt jedoch die Schlussfolgerung nahe, dass der Irak für die USA eher mit dem Libanon der 80er Jahre vergleichbar geworden ist.

In Prinzip sitzen die USA in einer selbst gestellten Falle. Aber sie könnten sich daraus nur durch einen kühnen geopolitischen Schachzug befreien: Durch einen Ausgleich mit den Schiiten und dem Iran, der bisher noch von den Neokonservativen in Washington als Feindstaat und als potentiell militärisches Angriffsziel betrachtet wird.

Mit der schiitischen Bevölkerungsmehrheit im Irak hat die Teheraner Regierung einen perfekten Hebel in der Hand. Sie können den Amerikanern mit Hilfe ihrer Glaubensbrüder im Irak erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Sie können aber auch, wenn sie wollen, den Amerikanern dabei helfen, einen „Modus vivendi“ im Irak herzustellen. Erfahrungen in dieser Hinsicht haben die amerikanischen Diplomaten genügend.

---

891 Vgl. Abdolvand, Behrooz; Adolf, Matthias; Von „Enduring Freedom“ zu „Iraqi Freedom“; in: Welttrends; Nr. 40; Herbst 2003; S. 127-140.

Wann immer in den 80er Jahren ein Flugzeug im Nahen Osten entführt wurde, ein Selbstmordkommando mit einem Lastwagen, bepackt mit Tonnen von Sprengstoff, Botschaften oder militärische Hauptquartiere zerstörte, wann immer zumeist amerikanische und westeuropäische Geiseln besonders brutal gefoltert und getötet oder Unbekannte willkürlich entführt wurden, bekannten sich dazu fanatische Schiiten. So zeigten sie ihre Bereitschaft zu großen Opfern, wenn es um die schiitische Sache ging. Sie sahen und, wie die Realitäten in Libanon und Pakistan zeigten und zeigen, sehen sich als Waffe im Kampf gegen alles Fremde, insbesondere alles Westliche und Amerikanische.<sup>892</sup>

Die Schiiten sind in der muslimischen Gemeinschaft gegenüber mehr als einer Milliarde überwiegend sunnitischen Moslems zwar nur eine Minderheit von allenfalls 10 bis 15 Prozent. Allein durch ihre Opferbereitschaft und spektakulären Operationen, wie den Angriffen auf amerikanische Botschaften und Marinebasen in Beirut, Kuwait, und Bahrain, wie auch ihren andauernden Angriffen auf israelische Sicherheitsposten in Südlibanon, beeinflussten sie jedoch die Politik in Nahost wie keine andere Gruppe. Es darf freilich auch nicht ignoriert werden, dass 70 Prozent der Einwohner der ölreichen Gebiete rund um den Persischen Golf Schiiten sind.<sup>893</sup>

Im Prinzip glaubten die Schiiten, seit Ajatollah Chomeini die weltliche Macht in Teheran übernahm, fest daran, in jenen Ländern des Nahen Ostens, in denen sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden – Irak und Bahrain –, das Reich Gottes auf Erden errichten zu können. Aber auch in Ländern mit schiitischen Minderheiten übernehmen sie, wie bspw. im Libanon, zunehmend die Macht.

In der Tat hat mehr als ein Jahrtausend Diaspora im sunnitischen Ozean die Schiiten zusammengeschweißt. Heute wird deutlich, dass ihre Macht größer ist als die Zahl ihrer Mitglieder vermuten lässt. Die Tatsache, dass die iranische Justizbehörde von Ajatollah Mahmud Hashemi, einem gebürtigen irakischen Staatsbürger, geleitet wird und der Großajatollah des Irak Ajatollah Sistani – dessen Macht die amerikanischen Besatzungsbehörde durch die Organisation der Demonstranten für freie Wahlen zu spüren bekommen haben – gebürtiger Iraner und Staatsbürger der Islamischen Republik Iran ist,<sup>894</sup> deutet daraufhin, dass das inoffizielle islamische Kalifat der Schiiten und die Entstehung einer islamischen Umma – der Glaubensgemeinschaft aller Muslime ohne Berücksichtigung der

---

892 Vgl. Wright, Robert; Die Schiiten; Allahs fanatische Krieger; Hamburg (Spiegel Verlag); 1985.

893 Vgl. François, Thulé; Géopolitique de Chiisme (die persische Übersetzung); Paris (Khavaran Verlag); 1998.

894 Vgl. Schwabe, Alexander; Schiitenführer al-Sistani; Die Angst vor dem irakischen Chomeini; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,282607,00.html>; 21.01.2004.

nationalen Zugehörigkeit – trotz scheinbarer Existenz der Grenzen und militärischen Präsenz der US-Armee im Irak eine Realität ist, welche die US-Analysen in ihrem außenpolitischen Kalkül berücksichtigen.

Sicherlich würde ein Ausgleich zwischen beiden Ländern voraussetzen, dass die in Washington und Teheran tonangebenden konservativen und neokonservativen Fraktionen sich von der jetzigen Überbetonung von Dogma und Doktrin lösen, damit der Pragmatismus die Ideologie verdrängt.

Wie wird aber der Mangel an Pragmatismus auf den Irak wirken, wenn die USA und der Iran nicht umschwenken? Und wie wird die Zukunft des „demokratischen Irak“, der als ein Vorbild für die Entwicklung der Region als „gemäßigt schiitisches Land“ dienen soll, aussehen?

Der einflussreiche Anführer der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Dschalal Talabani, erklärte in einem Interview mit dem Magazin „Der Spiegel“, dass er tatsächlich mit einem vereinten Irak basierend auf einem föderativen System, in welchem die verschiedenen Völker zusammen leben werden und indem freie Wahlen stattfinden, rechnet. Jedoch verfolgt auch Talabani seine eigenen Interessen, welche schon im Vorfeld ein Scheitern eines föderativen Iraks vermuten lassen. So möchte er die arabische Minderheit aus dem weitestgehend autonomen Kurdistan mit Hilfe von Petrodollars vertreiben: „Bei Kirkuk denken alle immer nur ans Öl, dabei sind die Vorkommen dort in etwa zehn Jahren erschöpft. Es gibt viel mehr Öl nördlich und östlich von Kirkuk, das uns sowieso zusteht. Im Fall von Kirkuk geht es uns vor allem um eins: Die Araber, die unter Saddam dort angesiedelt wurden, müssen wieder gehen, und die Kurden, die damals vertrieben wurden, müssen zurückkehren.“ Gegenüber Journalisten, die ihn nach der Realisierbarkeit der Schaffung einer irakischen Identität bei der Vielzahl von ethnischen Konflikten fragten, antwortete er: „Historisch gibt es keine irakische Identität. Es wird auch keine geben.“<sup>895</sup>

Ferner hatte Talabani vor dem Krieg bewiesen, dass er die irakische Nationalstaatlichkeit anzweifelt. Schon vor Beginn des Irak-Krieges hatte er Verträge mit türkischen Firmen über die Erschließung der irakischen Ölfelder geschlossen. Die PUK kontrolliert bestimmte ölfeldreiche Regionen im Nordirak. Auch die türkische Regierung ist mit den Aktivitäten der privaten Ölfirmen einverstanden. Darum wurde am 14. Januar 2003 der Kontrakt mit der

---

<sup>895</sup> Vgl. Gorris, Lothar; Hoppe, Ralf; Interview mit Kurdenführer Talabani; Es wird eine Föderation im Irak geben; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,286653,00.html>; 17.02.2004.

türkischen Firma „Pet-Oil“ unterschrieben. In diesem Abkommen sind 49 Prozent des Öls für die türkische Firma und 51 Prozent für die Kurden vorgesehen. Ein ähnlicher Vertrag wurde auch mit der türkischen Firma „General Energy“ geschlossen. General Energy betreibt anscheinend bereits drei Quellen in der Taqtaq-Region, etwa 30 Kilometer nördlich der reichen Ölvorkommen von Kirkuk, und eine kleine Raffinerie. Durch die türkischen Investitionen würden in Taqtaq schon 3.000 Barrel pro Tag gefördert. Die US-Regierung wisse von den Verträgen und habe ihre „stille Zustimmung“ gegeben, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“.<sup>896</sup>

Die Vorstellungen Talabanis über einen föderalen Irak ausgenommen, zeigt der Fall Ayatollah Sistani, welche Komplikationen die Befürwortung der Machtübernahme der „gemäßigten Schiiten“ rund um den Persischen Golf mit sich bringt.

Vor der jüngsten politischen Demonstrationen in Bagdad für die schnelle Durchführung der Wahlen seitens der Schiiten, sahen die Amerikaner Sistani in einem positiven Licht. Er hatte den Vorstoß amerikanischer und britischer Truppen nach Bagdad im schiitischen Süden geduldet. Während das sunnitische Dreieck als eine Hochburg des Widerstands gilt, hat Sistani seine Anhänger bisher ruhig gehalten. Trotz eines Machtkampfs unter den Schiiten galt er den USA als verlässlicher und mediatorischer Ansprechpartner. Auf Grund der unkritischen Vorstellungen über den „gemäßigten Ayatollah“ charakterisierte die im kalifornischen San Jose ansässige Zeitung „The Mercury News“ Ayatollah Sistani sogar als einen moderaten „Quietisten“. Er solle ein Fürsprecher der Säkularisierung sein.<sup>897</sup>

Inzwischen lässt sich dieses Urteil nicht mehr halten. Ende Februar 2004 warnte Sistani vor noch mehr Terror im Irak, sollten die Amerikaner nicht hinsichtlich der von ihm angestrebten Wahlen im Irak einlenken. Auch nutzt Sistani das Instrument der Fatwa als Druckmittel für politische Zwecke: „Sollte es nicht zu baldigen Wahlen kommen, werde er in einem islamischen Rechtsgutachten den Schiiten verbieten, die irakische Übergangsregierung anzuerkennen.“<sup>898</sup>

Unter diesen widrigen Umständen soll der Irak „demokratisch“ neu gestaltet werden und als Vorbild für die Region „Greater Middle East“ funktionieren. Die politische Macht auf höchster Ebene ist daher formell am 30. Juni 2004 von den US-Amerikanern an die Iraker

---

896 Vgl. Autor unbekannt; Türkische Firmen sichern sich Ölfelder; in: Süddeutsche Zeitung Online <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/841/11830/>; 22.05.2003.

897 Vgl. Schwabe, Alexander; Schiitenführer al-Sistani; Die Angst vor dem irakischen Chomeini; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,282607,00.html>; 21.01.2004.

898 Ebenda.

übergeben worden. Die Unterzeichnung einer Interims-Verfassung wurde als wichtiger Schritt auf diesem Weg gefeiert, obwohl die Schiiten damals Vorbehalte anmeldeten. Doch ob die demokratischen und liberalen Ideale, die in der Interimsverfassung festgeschrieben wurden, umgesetzt werden können, ist eine andere Frage. Wenn die Bush-Regierung Sistanis Wünschen über die vorläufige Verfassung und die Wahlen nicht nachkommen sollte, wird der Großajatollah den Besatzungsmächten voraussichtlich das Präsenzrecht absprechen.<sup>899</sup> An dem Tag aber, an dem die US-Armee und die von ihr eingesetzte irakische Übergangsregierung von den Schiiten zu „institutiones non gratae“ erklärt werden, droht der Machtkampf zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen im Irak auszubrechen und der Staat auseinander zu fallen. Wie die Zukunft des „demokratischen Irak“ aussehen wird, wissen wir nicht, aber unter diesen Umständen wird es in die Zukunft keinen föderalen Irak geben können. Vielmehr spaltet sich das Land in absehbarer Zeit im Allokationskampf um Öl vermutlich in ein Konglomerat von mehreren kleinen politischen Einheiten.

Soll dies auch die Zukunft Saudi-Arabiens werden? Die politische Elite in Saudi Arabien nimmt die Bedrohung der Aufspaltung des Landes anscheinend ernst. Daher ergreift man präventive Maßnahmen, um in den von Schiiten besiedelten Gebieten und im Nordirak eine so genannte „religiöse Balance“ zu etablieren. Nach Angaben der israelischen Zeitung Yedioth Aharonoth von Anfang Februar 2004 hatte Saudi-Arabien einen neuen Vorschlag für den Frieden im Nahen Osten unterbreitet. Im Rahmen ihres Vorschlags haben die Saudis sich bereit erklärt 500 bis 700 tausend Palästinenser aufzunehmen und im hauptsächlich von Schiiten besiedelten Osten Saudi-Arabiens anzusiedeln und einzubürgern. Den gleichen großzügigen Vorschlag macht die saudische Regierung zur Ansiedlung und großzügigen Subventionierung der Palästinenser in kurdischen Gebieten im Norden des Irak. Dieses Hirngespinnst soll dazu führen, dass die Zahl der rückkehrwilligen Palästinenser sich für die Rückkehr ins Westjordanland auf ein „erträgliches Maß“ reduziert, und so der Frieden zwischen Israel und den Palästinensern vorangetrieben werden kann. Nebenbei soll die Ansiedlung in Saudi-Arabien und dem Norden des Iraks dazu führen, dass die sunnitischen Palästinenser die religiöse Balance zu Gunsten der Sunniten korrigieren.<sup>900</sup>

Es ist klar, dass solche ethnischen Verschiebungen unabsehbare Konflikte verursachen, die vor allem in einer Region wie dem Nahen Osten zu noch mehr Destabilisierung führen

---

899 Vgl. Schiitenführer droht USA mit Revolte; in: BBC-Online;

[http://www.bbc.co.uk/persian/news/story/2004/03/printable/040323\\_shr-iraq-sistani.shtml](http://www.bbc.co.uk/persian/news/story/2004/03/printable/040323_shr-iraq-sistani.shtml); 23.03.2004.

900 Vgl. Autor unbekannt; Saudi Arabien ist bereit hunderttausende von Flüchtlinge einzubürgern; in: Yedioth Aharonoth; <http://www.arabynet.com/TEMPLATE/preview.asp?did=1009885.EN>; 01.02.2004.

werden.<sup>901</sup> Dies ist der Preis, welchen die Saudis zu bezahlen bereit sind, damit sie ihre Macht retten und den Vorwurf der Amerikaner über die Finanzierung des fundamentalistischen Terrors neutralisieren.

Dessen ungeachtet hat die Finanzierung des islamischen Fundamentalismus und des damit einhergehenden islamischen Terrorismus, welcher den Saudis zur Last gelegt wird, ihren Ursprung im Afghanistan der achtziger Jahre, als die dortige Bevölkerung Unterstützung gegen die Sowjetunion von „heiligen Krieger“ aus der arabisch-islamischen Welt und den USA sowie anderen westlichen Ländern erhielt.

Daher ist die Finanzierung des Terrors durch Saudi-Arabien kein neues und für die USA unbekanntes Phänomen, sondern wurzelt in der Tat in der strategischen Partnerschaft der USA und Saudi-Arabiens gegen die „ungläubigen Kommunisten“ in Afghanistan. Die Saudis haben im Sinne der US-Interessen gegen die Sowjetunion einen strikten puritanischen Islam, der nur in Saudi-Arabien praktiziert wird, nach Afghanistan exportiert und subventioniert.

Zu jener Zeit entstand so etwas wie eine militante islamische Internationale, welche die USA mit dem 11. September im eigenen Land zu spüren bekommen haben. In den 80ern wurde mit der Carter-Doktrin eine massive finanzielle und moralische Unterstützung für die „heiligen Krieger“ mobilisiert. Vor allem der saudische Geheimdienst und die CIA rekrutierten in aller Welt junge Kämpfer für den Krieg in Afghanistan. Diese Mujaheddin ließen sie in den Religionsschulen für den Krieg ausbilden und ideologisch schulen.<sup>902</sup> Diese ideologische Praxis der Saudis wurde als ein Versuch für die Bildung einer Gegenelite verstanden und von der Seite der USA wohlwollend unterstützt.

Der amerikanische Politologe Milan Hauner schrieb über die Gründe dieser Praxis folgendes: „Thousands of teenagers are being sent from Afghanistan into the Soviet Union for education and training; the figure now could be as many as 50,000. The first waves of young Afghans, conditioned by the social-engineering process, are already returning. This is a problem of extraordinary consequence. Some of the more far-sighted Afghan refugees in Peshawar, the unofficial headquarters of the mujahidin, have already expressed their anxiety in demanding

---

901 Vgl. Scheffler, Thomas; Ethnizität und Gesellschaft; Berlin (Arabischer Buch Verlag); 1990.

902 Adkin, Mark; Yousaf, Mohammed; Die Bärenfalle. Der Kampf der Mudschahedin gegen die Rote Armee, Düsseldorf (Barett Verlag); 1992 u. Chimelli, Rudolph; Eine ganz explosive Geschichte, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 219, S. 3.

the urgent establishment of a free Afghan university-in-exile.”<sup>903</sup> (Hervorhebung durch den Autor).

Die so genannte „free Afghan university-in-exile“ war die Wiege der Taliban – Talib = Student – in Afghanistan und der heutigen Al Qaida Terroristen. Wie politische Beobachter der Region seit Jahren wissen, steuerte der pakistanische Militärgheimdienst mit Hilfe finanzieller Mittel aus Saudi Arabien das fundamentalistische Taliban-Regime, das wiederum die Basis für die wahabitischen Terrorgruppen war. Die logistische und personelle Deckung dieser Regime hatten die pakistanischen Geheimdienstler übernommen.<sup>904</sup>

Mit Hilfe von Drogengeld aus Afghanistan und durch die energische Beihilfe des pakistanischen Geheimdienstes haben pakistanische Wahabiten in der Provinz Punjab (Muridke) ein Schulungs- und Ausbildungslager für 40.000 Mann übernommen, das die Amerikaner in den 80er Jahren für afghanische Mujaheddin finanzierten. Nach Angaben pakistanischer Menschenrechtsorganisationen sind in diesem Trainingslager über 500.000 Fundamentalisten für den weltweiten Einsatz ausgebildet worden.<sup>905</sup>

Diese gut ausgebildeten Kämpfer, die zumeist in Afghanistan gegen die Nordallianz, in Kaschmir gegen die indische Regierung, aber auch in anderen Krisenregionen des islamischen Kulturraums eingesetzt werden, sind größtenteils mittellose Menschen, die im „Heiligen Krieg“ ihr wirtschaftliches Heil suchen, wobei viele ihr Leben opfern. Eine Gruppierung, die solche Menschen rekrutiert, ist die wahabitische Gruppierung Laschkar-e-Taiba. „Laschkar-e-Taiba rekrutiert seine Kämpfer ganz offen in den Dörfern des pakistanischen Punjab und setzt sie nach eigenen Angaben weltweit zur Unterstützung des islamischen Kampfes gegen die Ungläubigen ein. In ihrem regelmäßig erscheinenden Nachrichtenblatt werden die Namen sogenannter Märtyrer aufgelistet, die überall dort ihr Leben gelassen haben, wo es kriselt: Tschetschenien, Bosnien, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Algerien, Ägypten, Sudan - und Kaschmir.“<sup>906</sup>

Die Wahabiten geben aber auch zu, dass es ihnen nicht nur um die Befreiung der Muslime, sondern um die Expansion des „wahren Islam“ geht. Das bedeutet: „Vorstoß nach Osten,

---

903 Vgl. Hauner Milan; The War in Afghanistan; in: Orbit; Vol. 29; Nr. 1; Spring 1985; S. 17-19.

904 Adam, Werner; Wurzeln des Terrorismus; in: FAZ; Nr.301; 27.12.1999, S. 1.

905 Vgl. Venzky, Gabriele; Kaschmir ist nur der Anfang; in: Die Zeit; Nr. 27; 01.07.1999; S. 8.

906 Venzky, Gabriele; Kaschmir ist nur der Anfang; in: Die Zeit; Nr. 27; 01.07.1999; S. 8.

Richtung Indien mit seinem 140 Millionen Muslimen; Vorstoß aber auch nach Westen in Richtung Zentralasien mit seinen ungeheuren Öl- und Gasvorkommen.“<sup>907</sup>

In all diesen politischen, religiösen und ethnischen Verwicklungen ist eine bedeutende Rolle der USA offensichtlich. Washington hatte Pakistans Partnerschaft mit den Taliban von Anfang an gutgeheißen. Die USA interessierten sich außerordentlich für die Bodenschätze Zentralasiens, die durch den Zerfall der UdSSR verfügbar geworden waren. Da Öl und Gas aber weder über den Iran noch über das geschwächte Russland auf die Märkte geschafft werden sollten, wurde zusammen mit den Pakistanis die Idee entwickelt, eine Pipeline durch Afghanistan zu bauen. Voraussetzung hierfür war der Frieden, welchen die Taliban herbeischießen sollten.<sup>908</sup>

Obwohl spätestens seit dem Bombenanschlag auf das New Yorker „World Trade Center“ im Jahre 1993 erkennbar geworden ist, dass die islamischen Fundamentalisten sich nicht problemlos für die amerikanische Außenpolitik instrumentalisieren lassen, haben die USA ihre folgenschwere Politik in der Region fortgesetzt. Lanciert von Pakistan und Saudi-Arabien, unterstützt von den USA, die Afghanistan dem Einflussbereich Russlands und Irans entziehen und es als Durchgangsland für Öl- und Gasleitungen aus Zentralasien nutzen wollten, trat Ende 1994 die Bewegung der Taliban in Erscheinung.

Der CNN-Korrespondent Richard Mackenzie beschrieb in einem Artikel, welcher der Rolle der USA bei der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan gewidmet ist, das „Spiel“, in das die USA sich haben einbeziehen lassen: „This time, the players are drug barons and international oil conglomerates, modern-day terrorists and travellers on ancient trade routes. And the United States has finally realised that it has a role to play.“<sup>909</sup>

Angeblich ist einer der Gründe der USA, anfänglich die Taliban zu unterstützen, die Hoffnung gewesen, dass die Taliban die Drogenproduktion in der Region unterbinden. „Long before the Taliban began to thrust toward Kabul, US officials had high aspirations for the »students«. US federal narcotics agents based in Pakistan privately expressed strong hope that the Taliban would bring an end to the booming opium trade out of Afghanistan.“<sup>910</sup>

---

907 Ebenda.

908 Vgl. Avenarius, Tomas; Dauer-Desaster Afghanistan; in: Süddeutsche Zeitung; Nr. 214; 17.09.1998, S. 4.

909 Mackenzie, Richard; The United States and the Taliban; in: Maley, William (Hg.); Fundamentalism Reborn? Afghanistan and the Taliban; London (C. Hurst & Co) 1998; S. 92.

910 Mackenzie, Richard; The United States and the Taliban; in: Maley, William (Hg.); Fundamentalism Reborn? Afghanistan and the Taliban; London (C. Hurst & Co) 1998; S. 96.

Bei Kenntnis des pakistanischen Staates und der pakistanischen Gesellschaft, schwinden allerdings die Illusionen über den wirtschaftlichen Stellenwert, den das Drogengeschäft hier einnimmt. Mit Sicherheit wussten auch die amerikanischen Behörden, dass die pakistanische Geheimpolizei selbst in das regionale Drogengeschäft verwickelt ist. Gilles Dorronsoro schreibt hierzu: „In den ersten Kriegsjahren war die amerikanische Politik ziemlich undurchsichtig. Es ist bekannt, in welchem Ausmaß die CIA in den sechziger Jahren auf das Opium zur Finanzierung der antikommunistischen Guerilla in Vietnam zurückgriff. ... Anscheinend hat es in Afghanistan, anderes als in Vietnam, keine direkte Verwicklung der USA in den Transport und Veredelung von Opium gegeben, aber die amerikanische Regierung hat, im Interesse der Finanzierung der Guerilla und weil Pakistan selbst auf höchstem Niveau darin verstrickt war, bei diesen Geschäften beide Augen zugedrückt.“<sup>911</sup>

Daher kann das Ziel der Drogenbekämpfung nicht darüber hinwegtäuschen, dass, „the Taliban promised to open doors for the construction of giant gas and oil pipelines from Central Asia down through Afghanistan to Pakistan. The main contender for that pipeline was an American-Saudi coalition of UNOCAL and Delta oil companies“.<sup>912</sup>

Barnett Rubin vertritt die Auffassung, dass damals die wichtigste Funktion der Taliban für die USA gewesen sei: „To provide security for roads and, potentially, oil and gas pipelines that would link the states of Central Asia to the international market through Pakistan rather than through Iran.“<sup>913</sup>

Vielfach wird behauptet, dass die USA nicht mit der Fanatisierung der Taliban gerechnet haben. Diese Annahme scheint bei näherer Betrachtung haltlos. Tatsache ist, dass sich die amerikanische Strategie wenig um religiöse oder sonstige Begründungen ihrer Politik oder die dramatischen Veränderungen kümmert, welche etwa die Einführung des islamischen Strafrechts in einem Land für die dort lebenden Menschen bedeutet. Zbigniew Brzezinski hat es in einem anderen Zusammenhang auf den Punkt gebracht: „A strong, even religiously motivated but not fanatically anti- Western-Iran is still in the U.S interest.“<sup>914</sup>

---

911 Dorronsoro, Gilles; Afghanistan: Von Solidaritätsnetzwerken zu regionalen Räumen; in: Francois, Jean; Rufin, Jean-Christophe (Hg.); Ökonomie der Bürgerkriege; Hamburg (Hamburger Edition); 1999; S. 145f.

912 Mackenzie, Richard; The United States and the Taliban; in: Maley, William (Hg.); Fundamentalism Reborn? Afghanistan and the Taliban; London (C. Hurst & Co); 1998, S. 96.

913 Rubin, Barnett R.; U.S. Policy in Afghanistan; in Muslim Politics Report No. 11; January-February 1997; S. 1-2/6 u. Mackenzie, Richard; The United States and the Taliban; in: Maley, William (Hg.); Fundamentalism Reborn? Afghanistan and the Taliban; London (C. Hurst & Co); 1998; S. 96.

914 Brzezinski, Zbigniew; A geostrategy for Eurasia; in: Foreign Affairs; September/October 1997; S. 58.

Somit waren auch die afghanischen Taliban für die US-Politik akzeptabel, solange sie sich nicht gegen US-Interessen wendeten. In einem Artikel zum Tschetschenienkrieg hat Brzezinski dies im Jahre 1999 noch deutlicher formuliert. Indem Brzezinski die Russen auffordert, Tschetschenien zu verlassen, heißt es: „Terrorismus ist weder das geopolitische noch das moralische Problem, um das es hier geht. Es spielt eigentlich nur am Rande eine Rolle“.<sup>915</sup>

Wenn man die Beziehung der US-amerikanischen Regierung zu wahabitischen Organisationen verstehen will, wird sehr schnell deutlich, dass Konzepte wie die von Brzezinski für die real betriebene amerikanische Außenpolitik von immenser Bedeutung sind und routiniert in die Praxis umgesetzt werden. Ein Beispiel hierfür ist die Vorgehensweise der amerikanischen Geheimdiplomatie gegenüber Bin Laden im Rahmen der Politik der Terrorismusbekämpfung.

Der „Spiegel“ berichtete hierüber: „Die mögliche Abkehr der Taliban von ihrem langjährigen Verbündeten Ibn Ladin, der angeblich von afghanischen Milizen bewacht unter Hausarrest steht, geht auf ein Geheimgespräch amerikanischer Unterhändler mit Vertretern des religiösen Regimes in Genf zurück. Für die Zusammenkunft hatten die US-Diplomaten eigens einen einflussreichen Vertrauensmann des in Amerika inhaftierten ägyptischen Terroristen Scheich Umar Abd al-Rahman mit in ihr Verhandlungsteam aufgenommen, der die Taliban zum Sinneswandel bewegen sollte.“<sup>916</sup>

Es wurde also ein Komplize eines in den USA verurteilten Terroristen in eine amerikanische diplomatische Delegation aufgenommen, um die Vertreter eines Regimes, das auf Grund seiner Unterstützung des internationalen Terrorismus von der UNO verurteilt worden ist, davon zu überzeugen, einen anderen Terroristen auszuweisen. Es fällt wirklich schwer, nicht den Überblick darüber zu verlieren, wer die Terroristen und wer die Terroristen-Bekämpfer sind.

Anscheinend haben es die USA bis zum Anschlag für möglich gehalten, mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes eine militärische Auseinandersetzung zu verhindern. Am 11. September, als die Attentäter zuschlugen, hielt sich der Leiter des pakistanischen Militärgeheimdienstes ISI, General Mahmud Ahmed, zu Gesprächen in Washington auf. Seit Anfang März 2001 habe es in Washington wiederholt vertrauliche Gespräche zwischen dem

---

915 Brzezinski, Zbigniew; Rußland will Tschetschenien ganz und gar zerstören; in: FAZ; Nr. 262; 10.11.1999; S. 10.

916 Vgl. Der Spiegel; Nr. 45/1999; S.184.

ISI, dem Pentagon sowie einem der engsten Berater des Taliban-Führers Mohammed Omar, Sajjed Rahmatullah Haschemi, gegeben.<sup>917</sup>

An diesen Gesprächen ist auch Leila Helms, die Enkelin von Faiz Mohammed Zikira, dem letzten afghanischen Außenminister unter König Zahir Schah, beteiligt gewesen. Leila Helms ist mit dem Sohn des früheren CIA-Direktors Richard Helms (1967 bis 1973) verheiratet. Als Lobbyistin der Taliban in Washington betonte sie zu jener Zeit beharrlich, von den Taliban gehe keine Gefahr aus. Dank ihrer Lobby-Arbeit wurde damals dem Berater Mullah Omars, Haschemi, die Einreise in die Vereinigten Staaten gewährt. Haschemi sprach am 20. März 2001 auf Einladung des Eisenhower Institute in Washington über seine Sicht der gespannten bilateralen Beziehungen und besuchte auch die University of Southern California. Er versuchte in seinen Reden Bin Laden zu einem Helden der islamischen Welt zu stilisieren. Drohend erklärte er, dass „allein in Pakistan schon mehr als siebentausend Neugeborene nach Bin Laden benannt worden seien.“<sup>918</sup>

Nicht nur auf geheimdienstlicher Basis waren die USA mit den Terroristen vertraut. Noch beachtenswerter sind die Verstrickungen der US-Regierung, über die Kanäle des CIA, mit der kriminellen Finanzinstitution des Terroristen.<sup>919</sup>

Seit dem 11. September bemühen sich die USA sehr intensiv um das Aufspüren der Finanzquellen von Al Qaida im Welt-Finanzsystem. Da sich terroristische Gruppen normalerweise über Drogen, Bankraub, Waffen- und Menschenhandel etc. finanzieren, wirft die Untersuchung innerhalb des Welt-Finanzsystems die Fragen auf, warum die Wurzeln dieser terroristischen Gruppe hier gesucht werden.

Einen Hinweis gab US-Präsident George W. Bush, der davon überzeugt ist, dass die Finanzierung des Al Qaida-Netzwerkes nicht über die klassischen Wege, sondern über den internationalen Finanztransfer läuft. Eine grundsätzliche Klärung dieser Frage ist jedoch nur dann möglich, wenn die Verbindungen von Osama Bin Laden mit der Bank of Credit and Commerce International (BCCI) erläutert werden.

Die neuesten Untersuchungen über die Finanzierung des internationalen Terrorismus deuten daraufhin, dass nicht nur die Kapitalkreise rund um Osama bin Laden intensiv in die Machenschaften der BCCI verwickelt gewesen waren. Eines der Schlüsselorgane dieser

---

917 Ulfkotte, Udo; Vertrauliche Gespräche; In: FAZ; Nr. 225; 27.09.2001; S. 16.

918 Ebenda.

919 Senator John Kerry and Senator Hank Brown; The BCCI Affair; in: US-Congress Online; [http://www.fas.org/irp/congress/1992\\_rtp/bcci/index.html](http://www.fas.org/irp/congress/1992_rtp/bcci/index.html); 1992.

Verwicklung war die saudische Bin Laden-Gruppe, die sich in vielfacher Weise an den BCCI Strukturen beteiligte.<sup>920</sup>

Neben Kontakten zu Geheimdiensten und Institutionen hatte die BCCI direkten Einfluss auf diverse Regierungen. Zwischen 1973 und 1991 gab es kaum einen internationalen Politiker von Rang und Namen, der nicht wohlwollende finanzielle Unterstützung der BCCI genossen hätte.<sup>921</sup>

So arbeitete, um nur ein berühmtes Beispiel zu nennen, Amjad Awan, ein direkt von Abedi ernannter Finanzunternehmer, als Geheimbankier Noriegas. Noriega wiederum stand auf der Gehaltsliste des CIA. Als dieser sich nicht mehr als nützlich erwies, wurde er, unter dem Vorwurf der Verwicklung in internationale Drogengeschäfte, von der US-Behörde im Zuge des Panamafeldzuges entmacht und in den USA in Gewahrsam genommen.<sup>922</sup>

Neben der direkten Einflussnahme auf Regierungen wird in den vom US-Kongress veröffentlichten Dokumenten über die Anhörungen zur BCCI-Affäre außerdem nachgewiesen, dass an den Geschäften der Bank, neben dem CIA, palästinensischen Terroristen der Abu-Nidal Gruppe, den Geheimdiensten Pakistans und Saudi-Arabiens, auch Drogen- und Waffenhändler sowie Geldwäscher teilnahmen.<sup>923</sup>

Ferner besaß die Bank mit den „Schwarzen Einheiten“ hauseigene Terrorgruppen. Diese wurden bspw. im Afghanistankrieg gegen die Sowjetunion funktionalisiert als Saboteure, Terroristen und Waffenschmuggler, direkt vom CIA und ISI ausgebildet und unterstützt. Weltweit handelten sie im Auftrag der Bank in verdeckten Operationen, betreffend den Waffenschmuggel, Drogentransport und Auftragsmord.<sup>924</sup>

Auf Grund der Tatsache, dass der Al Qaida Chef Osama Bin Laden einer der größten Aktieninhaber der BCCI war, ist es vorstellbar, dass angebliche Moslemextremisten, wie Abdullah al Muhajir – sein früherer Name ist Jose Padilla –, welcher als Kleinkrimineller bei

---

920 Brisard, Jean-Charles; Dasguie, Guillaume; Die verbotene Wahrheit; Zürich (Pendo Verlag GmbH); 2002.

921 Senator John Kerry and Senator Hank Brown; The BCCI Affair; 5 Relationship with foreign governance; in: US-Congress Online; [http://www.fas.org/irp/congress/1992\\_rtp/bcci/index.html](http://www.fas.org/irp/congress/1992_rtp/bcci/index.html); S. 1-35.

922 Ziegler, Jean; Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen; C. Bertelsmann; München; 1998; S. 186 u. Senator John Kerry and Senator Hank Brown; The BCCI Affair; in: US-Congress Online; [http://www.fas.org/irp/congress/1992\\_rtp/bcci/index.html](http://www.fas.org/irp/congress/1992_rtp/bcci/index.html); 1992.

923 Senator John Kerry and Senator Hank Brown; The BCCI Affair; in: US-Congress Online; [http://www.fas.org/irp/congress/1992\\_rtp/bcci/index.html](http://www.fas.org/irp/congress/1992_rtp/bcci/index.html); 1992.

924 Ziegler, Jean; Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen; C. Bertelsmann; München; 1998; S. 185/194 u. Senator John Kerry and Senator Hank Brown; The BCCI Affair; in: US-Congress Online; [http://www.fas.org/irp/congress/1992\\_rtp/bcci/index.html](http://www.fas.org/irp/congress/1992_rtp/bcci/index.html); 1992.

der Polizei aktenkundig ist und einen Anschlag mit einer schmutzigen Bombe in den USA durchführen wollte, Teil der immer noch aktiven „Schwarzen Einheiten“ sind.<sup>925</sup>

Auf jeden Fall wussten die westlichen Dienste über die Aktivitäten der BCCI detailliert Bescheid. Bspw. arbeitete der palästinensische Terrorist Abu-Nidal als Vermögensberater in einer Abteilung der Bank in London: „In the United Kingdom, a key window on BCCI's support of terrorism was an informant named Ghassan Qassem, the former manager of the Salon Street branch of BCCI in London. Qassem had been given the accounts of Palestinian terrorist Abu Nidal at BCCI, and then proceeded, while at BCCI, to provide detailed information on the accounts to British and American intelligence, apparently as a paid informant, according to press accounts based on interviews with Qassem.“<sup>926</sup>

Nach diesen Enthüllungen erwartet die Weltöffentlichkeit weiterhin von der britischen und der amerikanischen Regierung eine Erklärung zu eine Tatsache. Wenn die USA einerseits auf nach dem Motto des Präsidenten: „alle die nicht mit uns sind, sind gegen uns“, so genannte Schurkenstaaten ins Abseits stellen, warum tolerierten dann andererseits beide Kriegsparteien so hemmungslos kriminelle Finanzorganisationen und Terroristen als Anlageberater? Es liegt sehr nahe, bei dieser Politik die Prämisse Machiavellis vorauszusetzen, dass das Ziel die Mittel heiligt.

Eine mögliche Bestätigung dafür liefern die Anhänger der BCCI und Agha Hasan Abedis, wenn sie behaupten, dass Agha Sahib, der „fortschrittlichste Bankier“ und „Beschützer der Völker der Dritten Welt“, 1991, nach dem Ende des Afghanistankrieges gegen die Sowjetunion, als „der Westen“ seiner nicht mehr bedurfte, beseitigt wurde: „Abedi hat Jamaika geholfen, Peru, Nigeria und Pakistan ... und das musste dem Westen unweigerlich missfallen. ... Als die BCCI zu mächtig wurde, bekamen die großen westlichen Banken es mit der Angst zu tun. ... Sie beschlossen, sie zu vernichten.“<sup>927</sup>

Die angloamerikanischen Dienste haben sich des BCCI-Netzes und der bankeigenen Terroristen, wie Bin Laden, in Afghanistans Krieg gegen die Sowjets bedient. Somit sollten sie wenigstens heute anstelle der Vernebelung der Wahrheit ihre eigene Verantwortung für den 11. September, nämlich die, dass sehr viele heutige Terroristen „Zöglinge“ der US-Geheimdienste sind, detailliert darstellen. Sie müssen der Öffentlichkeit erklären, wo die

---

925 Gelinsky, Katja; Balsam für die Geheimdienste; in: FAZ; Nr. 133; 12.01.2002; S. 6.

926 Senator John Kerry and Senator Hank Brown; The BCCI Affair: BCCI's Criminality; in: [http://www.fas.org/irp/congress/1992\\_rtp/bcci/index.html](http://www.fas.org/irp/congress/1992_rtp/bcci/index.html); S. 8.

927 Ziegler, Jean; Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen; C. Bertelsmann; München; 1998; S. 177.

moralische Grenze der Zusammenarbeit mit der organisierten Kriminalität anfängt und wo sie aufhört.

Wie wir sehen war die BCCI ein Eldorado der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und dubioser Geschäftsleute, terroristischer Anlageberater, westlicher Geheimdienste und abenteuerlicher Bankiers. Kurz, die Bank für den angesehenen und gut gekleideten Topterroristen und/oder Geheimdienstagenten.

Daher ist es kein Wunder, dass Osama bin Laden, Abu-Nidal und Co. das Weltfinanzsystem, zur Finanzierung ihrer Machenschaften und als Schauplatz ihres Racheaktes gegen ihre ehemaligen Verbündeten, welche durch die Zerschlagung der BCCI die Quelle ihrer Finanzen auszutrocknen versuchten, ausgewählt haben. Sie hatten lange genug Zeit, sich das Fachwissen und die Tipps und Tricks des Finanzsystems zu Eigen zu machen. Rückblickend möchte sich am liebsten niemand mehr in Washington an diese Beziehungen erinnern.

Selbst wenn das Verhältnis zwischen Washington und den Wahabiten seit den Anschlägen des 11. Septembers weltweit abgekühlt ist, ist Pakistan noch immer ein treuer Verbündeter der USA im Antiterrorkrieg; auch wenn die Regierung und der ISI den Taliban beistand und Waffen nach Afghanistan lieferte. Offenbar findet die Schönfärberei der amerikanischen Außenpolitik im Zusammenhang zu wahabitischen Mujaheddin und ihren pakistanischen Hintermännern kein Ende. Den Höhepunkt des politischen Unvermögens der US-Regierung und der Regierung Pakistans stellen die inzwischen eingeleiteten Verhandlungen mit den Taliban über eine mögliche Regierungsbeteiligung dar. Diese Verhandlungen fanden mit Beteiligung des FBI und des ISI auf einem Luftwaffenstützpunkt in Pakistan statt.<sup>928</sup>

Es stellt sich die Frage, wenn die Taliban noch einmal mit dem Einverständnis der USA an der Macht in Afghanistan beteiligt werden, was für einen Sinn hatte die US-Intervention überhaupt?

Diese Paradoxie im Umgang mit dem Fundamentalismus findet ihren Widerhall im Umgang der westlichen Welt mit den Fundamentalisten und Wahabiten in der Kaspischen Region. Obwohl Tschetschenien sich de Facto seit 1994 als unabhängig verstand und Dagestan ein unbestrittener Bestandteil der Russischen Föderation ist, drangen anfang August 1999 ca. 2000 bewaffnete Mitglieder einer Wahabiten-Sekte, u.a. Tschetschenen, Dagestanis, Araber, Afghanen, Pakistanis, Türken und Zentralasiaten unter der Führung des tschetschenischen Feldkommandanten Schamil Bassajew und des Jordaniers Emir Chattab von Tschetschenien

---

928 Vgl. Autor unbekannt; Frieden mit den Gotteskrieger; in: Tagesspiegel; 17.06.03; S. 1.

aus nach Dagestan ein und verschanzten sich in den entlegenen Bergregionen West-Dagestans. Sie traten vor allem mit dem provokativen Ausruf einer islamischen Republik Dagestan an die Öffentlichkeit und proklamierten somit die Unabhängigkeit des gesamten Staates. In dieser Stellungnahme werden alle Muslime dazu aufgerufen, dabei mitzuhelfen, Dagestan von den russischen „Besatzern“ zu befreien.<sup>929</sup>

Der Feldkommandant Bassajew begründete dies mit einem angeblichen Ruf nach „brüderlicher Hilfe“ von Seiten Dagestans. Laut Bassajew hatten sich die Invasoren zum Ziel gesetzt, „die Unabhängigkeit des gesamten Nordkaukasus zu erkämpfen und dann eine große Föderation mit Zugang zum Kaspischen Meer und den großen Ölvorkommen zu errichten.“<sup>930</sup>

Beide Kommandanten, Bassajew und Chattab, hängen der ursprünglich aus Saudi-Arabien stammenden Richtung des wahabitischen Islam an. Die Operation der tschetschenischen Wahabiten war aber kein isolierter Einzelfall. Am 23. August 1999 drangen eine schätzungsweise 200 Männer starke usbekische Rebellengruppe unter der Führung des wahabitischen Milizenchefs Dschuma Namangani aus Tadschikistan in den Distrikt Batkan im Süden Kirgisistans ein und überfiel mehrere Dörfer. Dabei brachten sie unter anderen den Kommandanten der kirgisischen Innenministeriumstruppen und vier japanische Geologen in ihre Gewalt.<sup>931</sup>

Diese grenzüberschreitende Terroraktion gewann damals durch den Zeitpunkt, zu dem sie stattfand, an Brisanz. Sie erfolgte nur einen Tag vor dem Gipfeltreffen der Staatspräsidenten Russlands, Chinas, Kasachstans, Kirgisiens und Tadschikistans – der „Schanghai-Gruppe“<sup>932</sup> – in Bischkek, der nur 200 Kilometer entfernten Hauptstadt Kirgisistans. Der thematische Schwerpunkt dieser Zusammenkunft waren grenzüberschreitende Sicherheitsfragen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region. In den darauf folgenden Tagen kamen jedoch zusätzlich Auseinandersetzungen zwischen usbekischen Rebellen und kasachischen Grenztruppen hinzu, die mit dem Tod mehrerer Rebellen und Polizisten endeten.

Dieser wahabitische Terrorismus war aber keinesfalls auf Dagestan und Mittelasien begrenzt. Auch in China haben die türkisch-muslimischen Uiguren, die moralisch und materiell von den Wahabiten unterstützt werden und in der nordwestchinesischen Provinz Sinkiang leben, sich

---

929 Vgl. Thumann, Michael; Die verlorenen Krieger; in: Die Zeit; Nr.40; 30.09.1999, S. 6.

930 Vgl. Mettke, Jörg R.; Jelzins gehorsamer Soldat; in: Der Spiegel, 33/1999, S. 125.

931 Vgl. NZZ; Nr. 249; 26.10.1999; S. 2.

932 Benannt nach dem Ort des ersten derartigen Gipfels im Jahre 1996.

gegen die Zentralregierung erhoben.<sup>933</sup> Nach Angaben von Exil-Uiguren wurden Ende September 1999 neun Uiguren aus politischen Gründen hingerichtet, sowie weitere 19 Rebellen zum Tode oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Seit 1997, dem Jahr eines blutig unterdrückten Aufstandes in der Region Jil, verhängten die chinesischen Behörden mehr als 250 Todesurteile.<sup>934</sup>

Die Kämpfe in Dagestan sowie die Krisen in Mittelasien und China verdeutlichen das Problem des multinationalen fundamentalistischen Terrorismus. Die jeweiligen Regierungen machten für fast alle Unruhen in der Region ausländische Gruppen oder Regierungen verantwortlich. Zum Beispiel entging der usbekische Präsident im Februar 1999 nur knapp einem Bombenanschlag, dessen Drahtzieher im Lager religiöser Extremisten vermutet wurden.<sup>935</sup> Als später zwei festgenommene wahabitische Terroristen zugaben, von der Türkei unterstützt worden zu sein und die Türkei die Auslieferung eines weiteren Terroristen an Usbekistan verweigerte, verschlechterten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten dramatisch. Usbekistan beschuldigte die Türkei, den Terrorismus zu unterstützen, forderte daraufhin 2000 in der Türkei lebende usbekische Studenten auf, das Land zu verlassen und schloss alle türkischen Schulen im Land. Als Reaktion hierauf rief die Türkei ihren Botschafter zurück.<sup>936</sup>

Auch Russland schließt die Beteiligung ausländischer Regierungen und Organisationen an den Ereignissen in Dagestan und Tschetschenien nicht aus. Der ehemalige russische Innenminister Vladimir Ruschalió beschuldigte in einem Interview mit der „Financial Times“ vom 26. August 1999 „certain circles“ in den Arabischen Emiraten, Saudi Arabien, der Türkei und Pakistan, die tschetschenischen Rebellen zu unterstützen. Vermutlich um eine diplomatische Internationalisierung des Konfliktes zu vermeiden, fügte Ruschalió hinzu, er glaube nicht, dass dies die offizielle Politik dieser Länder sei.<sup>937</sup> In einem Interview mit der BBC war Ruschalió zuvor direkter geworden und beschuldigte „bestimmte islamische Länder“, sich in die inneren Angelegenheiten Russlands einzumischen und warnte vor eventuellen Reaktionen seines Landes. Entsprechend hat der russische Botschafter in Ankara, Alexander Lebdow in einem diplomatischen Protest die Türkei aufgefordert, die

---

933 Vagt, Sigrid; Die Uiguren von Sinkiang sollen zu Chinesen werden, in: *Le Monde diplomatique*/Die Tageszeitung/ Woz; September 1997; S. 14-15 u. Davis, Anthony; Xinjiang learns to live with resurgent Islam; in: *Janes Intelligence Review*; September 1996; S. 417.

934 Autor unbekannt; Uiguren appellieren an Schröder; in: *Süddeutsche Zeitung*; Nr. 237; 13.09.1999, S. 9.

935 Vgl. *Süddeutsche Zeitung*; 17.02.1999, S. 8.

936 Vgl. Ettella'at (persisch); Nr. 21652; 22.05.1999; S. 16.

937 Kilani, Sa'eda; Colver Charles; Islam's holy warriors join a crusade against Russian power in the Caucasus; in: *Financial Times*; 26.08.1999; S. 6.

Unterstützung der tschetschenischen Rebellen in Dagestan zu unterlassen. In ihrer Antwort auf diesen Protest versicherte die türkische Regierung, sie werde den Rebellen keinerlei Unterstützung zukommen lassen und die territoriale Integrität Russlands respektieren.<sup>938</sup>

Wie politische Beobachter der Region seit Jahren wissen, toleriert die Türkei tschetschenische Terroristen auf ihrem Boden und der pakistanische Militärgheimdienst steuert die wahabitischen Terrorgruppen in Zentralasien und dem Kaukasus. Von Pakistan aus liefen jahrelang die Verbindungslinien zu den islamischen Aufständischen in Tadschikistan, Kirgisistan, Tschetschenien, Usbekistan und in der Sinkiang-Region Chinas. Werner Adam schreibt dazu: „Was seine gemeinsamen Wurzeln im Widerstand gegen die einstige sowjetische Besatzung Afghanistans hat und nun im russischen Nordkaukasus so etwas wie eine Fortsetzung findet, hätte ohne pakistanische Unterstützung und saudiarabische Finanzierung kaum solche Auswüchse erreichen können.“<sup>939</sup>

Die Rolle der pakistanischen Wahabiten begrenzt sich nicht auf Ausbildung, Bewaffnung und Einsatz der eigenen Mitglieder, sondern umfasst auch die weltweite Rekrutierung von Söldnern. Michael Thumann beschreibt in der „Zeit“ eine Szene der Anwerbung: „Zwanzig junge Tataren haben es sich auf den Boden bequem gemacht und hören dem Dolmetscher zu, der den Ehrengast aus Pakistan übersetzt. Mit monotoner, heller Stimme erklärt der langbärtige Mann, was islamisches Recht, was ein islamischer Staat ist. ‚Die Tschetschenen bauen ihren Staat jetzt auf. Russland will sie vernichten‘, sagt er. ‚Es ist die heilige Pflicht aller Muslime mit den Tschetschenen gegen die Russen zu kämpfen.‘ Der Mann aus Pakistan hebt weder die Stimme noch bietet er Geld, so wie es andere tun, die in tatarischen Dörfern Söldner anwerben. Er setzt auf die Wirkung seiner Worte.“<sup>940</sup>

Wie offenkundig die Verbindung der tschetschenischen Kämpfer mit dem internationalen wahabitischen Netzwerk in Afghanistan und Pakistan ist, zeigte der Waffenstillstandsappell der tschetschenischen Diaspora in Moskau. So hat der Koordinationsrat tschetschenischer Organisationen und Kulturvereine die russische Regierung dringend aufgefordert, die Bombenangriffe einzustellen und mit den Rebellen zu verhandeln. Es wurde vorgeschlagen, dass die Kämpfer, die keine Kriegsverbrechen begangen haben, amnestiert werden sollen, den „Unversöhnlichen“ jedoch soll die Ausreise aus Tschetschenien ermöglicht werden. Als

---

938 Vgl. Elela'at (persisch); Nr. 21703; 22.08.1999; S. 16.

939 Adam, Werner; Wurzeln des Terrorismus; in: FAZ; Nr. 301; 27.12.1999; S. 1.

940 Thumann, Michael; Die russische Seuche; in: Die Zeit; Nr.42; 14.10.1999; S. 3.

Zielländer kämen Afghanistan, Pakistan und andere Länder infrage.<sup>941</sup> Einer von diesen „Unversöhnlichen“, der auch enge Kontakte mit Pakistan pflegt, ist der gefürchtete Milizenchef Salman Radujew, der bei Kriegsbeginn von einem langen Aufenthalt in Pakistan nach Tschetschenien zurückgekehrt war.<sup>942</sup> Deswegen war es nicht verwunderlich, dass damals das selbst international nicht anerkannte Taliban-Regime in Kabul jetzt die separatistische Regierung Tschetscheniens anerkannt hat.<sup>943</sup>

Saudi-Arabien hingegen unterstützt nicht nur die wahabitischen Einrichtungen in Pakistan und Afghanistan<sup>944</sup>, es leistet auch direkte Zahlungen an religiöse Stiftungen. Ein Beispiel ist die Spendenaktion für Usbekistan. Ulrich Pick, FAZ-Korrespondent, schreibt dazu: „Bereits zur Unabhängigkeit des zentralasiatischen Landes schickte Riad rund eine halbe Million Exemplare des Korans, und Saudi-Arabien ist bis heute neben reichen Islamisten aus Pakistan und Ägypten der größte Geldgeber für die religiöse Renaissance zwischen Aralsee und Tianschan-Gebirge. Zählte man unter Moskauer Führung gerade einmal 300 Moscheen in der ganzen Sowjetunion, gibt es heute allein in Usbekistan etwa 6000 registrierte. Bei der höchsten religiösen Instanz, dem taschkenter Muftiat, geht man sogar von insgesamt 20 000 Gotteshäusern im Land aus.“<sup>945</sup>

Neben Pakistan und Saudi-Arabien wurden die Fundamentalisten in der Kaspischen Region auch durch islamische Gruppierungen aus Großbritannien unterstützt. Dies wurde damals wohlwollend von der britischen Regierung toleriert. Über das Wirken des neuen internationalen Terrorismus unter dem Schutz der Regierung Blair berichtete der „Sunday Telegraph“ am 7. November 1999. Dort hieß es, dass unter der Leitung des langjährigen Mitarbeiters Bin Ladens Scheich Omar Bakri Mohammad aus England pro Woche bis zu 38 Freiwillige rekrutiert werden, welche nach der Ausbildung nach Tschetschenien geschickt werden. Omar Bakri Mohammad war der Ansicht, dass sich in Großbritannien selbst keine militärischen Trainingslager befinden, aber einige seiner Anhänger erklären das Gegenteil. Beispielsweise erklärte Anjam Choudary gegenüber den Reportern des „Sunday Telegraph“, dass bevor sie ins Ausland gehen, um zu kämpfen, die Freiwilligen in Britannien ausgebildet

---

941 Quiring, Manfred; Mokauss tschetschenische fünfte Kolone; in: Die Welt; 26.11.1999; S. 5.

942 Wehner, Markus; Moskaus Politik ist konzeptionslos; in: FAZ; Nr. 215; 16.09.1999; S. 11.

943 Lerch, Wolfgang Günther; Tschetschenische Glaubenskrieger; in: FAZ; Nr. 21; 26.01.2000; S. 16. Wie der Radiosender „Schariat“ aus Kabul berichtete, haben die tschetschenischen „Widerstandskämpfer“ am 23. Januar 2000 eine Botschaft in Afghanistan eröffnet, nachdem die dort regierenden Taliban Tschetschenien eine Woche zuvor als unabhängige Republik anerkannt hatten.

944 Ahady, Anwar-ul-haq; Saudi Arabia, Iran and the conflict in Afghanistan; in: Maley William (Hg.); Fundamentalism Reborn? Afghanistan and the Taliban; London (C. Hurst & Co); 1998; S. 117-135.

945 Pick, Ulrich; Noch sind die „Wahabis“ friedlich; in: Frankfurter Rundschau; Nr. 226; 29.09.1997; S. 6.

werden. „Ein Teil der Ausbildung erfolgt mit Gewehren und scharfer Munition.“ Diese Berichte des „Sunday Telegraph“ führten zu diplomatischen Reaktionen der russischen Regierung, und der britische Botschafter wurde ins russische Außenministerium zitiert. Einen öffentlichen Protest äußerte Alexander Awdejew, der damalige erste Stellvertreter des russischen Außenministers in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“: „Der Londoner ‚Daily Telegraph‘ berichtete kürzlich über die Ausbildung von Kämpfern in Großbritannien. Wir fordern, derartige Aktivitäten zu unterbinden.“<sup>946</sup>

Ein weiterer diplomatischer Reibungspunkt zwischen Großbritannien und der russischen Föderation, der ebenfalls eine diplomatische Reaktion Russlands provozierte, ist die Rolle des Sprechers der Tschetschenen, Salih Brandt. Wie der russische Fernsehsender ORT am 19. November 1999 berichtete, befand sich bei der tschetschenischen Delegation in der OSZE-Konferenz in Istanbul auch Saleh Brandt. Er ist ein britischer Staatsbürger, der zum Islam konvertiert ist und einen muslimischen Namen angenommen hat. Nach Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung“ ist er der Vertreter der Tschetschenen in London.<sup>947</sup> Das umstrittene politische Asyl für den in London lebenden Sprecher der tschetschenischen Rebellen Achmed Sakajew und den in den USA beherbergten Ilias Achmadow, deuten daraufhin, dass sich die USA und Großbritannien auch nach dem 11. September durch Instrumentalisierung der Fundamentalismus immer noch viel versprechen.<sup>948</sup>

Es ist also eine Tatsache, dass sowohl Großbritannien als auch die USA und ihre regionalen Verbündeten Pakistan, Saudi-Arabien und teilweise auch die Türkei enge Verbindungen zum wahabitischen Terrorismus pflegen, die sich für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele instrumentalisieren lassen.

Um diese offensichtlichen Widersprüche zu klären sowie den Sinn der Militärpolitik, den militärischen Ausdruck der geopolitischen Interessen der USA, zu erläutern, sollten wir die geopolitische Überlegung hinter diesem Konzept beleuchten. Die Argumente hierfür liefert uns erneut Samuel P. Huntington.

---

946 Vgl. „Wir sind zum vollständigen Sieg verurteilt“, Interview mit Alexander Awdejew, erster Stellvertreter des russischen Außenministers; in: Die Welt; 18.11.1999; S. 7.

947 Martan, Atschkoi; Russische Truppen melden weitere Eroberungen; in: NZZ; Nr. 287; 09.12.1999, S. 3.

948 Vgl. Autor unbekannt; Terror in Tschetschenien; Putin wirft dem Westen Doppelmoral vor; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,330837,00.html>; 03.12.2004.

#### 4.4.1. Huntington: Sprünge zwischen Geokultur und Geopolitik

In seiner Theorie des „Kulturkriegs“ spricht Huntington nicht offen über seine geopolitischen Ambitionen, er hat jedoch bereits in der Januar/Februar-Ausgabe der Zeitschrift „Survival“ aus dem Jahr 1991 unter dem Titel „America's Changing Strategic Interests“<sup>949</sup> ohne Scheu „the geopolitical realities of the post-Cold War world“<sup>950</sup> benannt. In diesem Artikel zieht er Vergleiche zwischen britischen Interessen der napoleonischen Ära, dem Wiener Kongress von 1814-15 und der momentanen politischen Situation sowie den Machtverteilungsprozessen im Interesse der USA. Seine zentralen Begriffe für die Interpretation der Situation sind der altbekannten politischen Sprache des britischen Außenministeriums entliehen: „Balance of Power“ und „Power Vacuum In The Heartland“<sup>951</sup>

Er beschreibt die Situation im Sinne der bereits zitierten Gedanken von Henry Kissinger: „No single power now appears able to dominate Europa, Asia, or both. At the end of 1990, indeed, the principal threat to stability and the balance of power in Eurasia appeared to be the possibility of a major vacuum of power emerging in Mackinder's heartland. ... Apart from a possible power vacuum in the heartland, none of these potential threats to the Eurasian balance is immediate or even likely in the near future. ... The United State is, in some respects, in the position of Britain after 1815, when the end of the Napoleonic threat created the need to produce a »Concert of Europe«, incorporating France and the need to promote a continuing balance of power in Europe so that no country could again threaten British interests.“<sup>952</sup>

Aus diesem Blickwinkel betrachtet er Deutschland, Japan und Russland als traditionelle Gegner der amerikanischen Hegemonialpolitik in Eurasien, die immer noch bekämpft werden müssen. Huntington stellt seine Vorstellungen in einem Sechs-Punkte-Plan dar, der vor allem die Eindämmung Japans und Deutschlands durch Integration in bilaterale Beziehungen zu den USA sowie in die NATO zum Ziel hat und gleichzeitig durch präventive Maßnahmen das Wiedererstarken Russlands und die Expansion Chinas unmöglich machen soll.

Diese Vorschläge sind:

---

949 Huntington, Samuel P; America's Changing Strategic Interests; in: Survival, vol. XXXIII, No. 1; January/February 1991; S. 10-12.

950 Ebenda; S. 3.

951 Ebenda; S. 12.

952 Ebenda.

“to prevent the total disintegration of the Soviet Union and to promote the emergence of a stable, democratic, economically capable successor state composed of those republics which voluntarily choose to join it;

to prevent the reimposition of Soviet or Russian military or political control in Eastern Europe, which presumably can best be achieved by NATO guaranteeing the national independence, territorial integrity, political democracy and diplomatic neutrality of the former Sovietbloc states;

to limit German power in the new Europe, by encouraging German involvement in NATO and European international organizations, while at the same time working with the UK, France and other countries to constrain German control over those organizations;

to encourage stability in Central and Eastern Europe by strengthening the new democracies;

to promote evolution of the European Community in the direction of a looser, purely economic entity with broader membership rather than a tighter political entity with an integrated foreign policy;

to provide constraints on Japanese power in East Asia by continuing the US-Japanese military alliance, encouraging movement towards Korean unification, retaining a reduced military presence in East Asia, and providing an alternative source of economic and technical assistance to developing South-east Asian countries; and

to prevent or to limit possible Chinese expansion by encouraging trends towards political pluralism and a market economy in China.”<sup>953</sup>

Wie sich nach dem Zerfall der UdSSR und der Einigung Deutschlands herauskristallisiert hat, ist dieses Konzept Grundlage der US-amerikanischen Politik geworden. In diesem Sinne ist die Deutschlandspolitik der USA auch vom Heidelberger Historiker Prof. Dr. Detlef Junker in seinem Artikel „Einheit, Eindämmung, Integration“ analysiert worden. Er schreibt: „Nach dem Zwei-plus-vier-Vertrag will – und vor allem kann – Deutschland seine Nachbarn militärisch nicht gefährden. Auf sich allein gestellt, wären seine Land- Luft- und See-Streitkräfte weder zum Angriff noch zu Verteidigung fähig.“<sup>954</sup>

Auf der Grundlage der gleichen Integrations- und Eindämmungspolitik wurde Japan ebenso mittels bilateraler militärischer Verträge noch mehr an die amerikanische Hegemonialmacht

---

953 Ebenda; S. 13.

954 Junker, Detlef; Einheit, Eindämmung, Integration. Amerika und die deutsche Vereinigung 1989/1990 in historischer Perspektive; in: FAZ; Nr. 61; 13.03.1997; S. 10.

gebunden. Diesbezüglich wurde im Jahre 1997 ein neuer japanisch-amerikanischer Vertrag abgeschlossen, der die Grenze der zukünftigen politisch-militärischen Kooperation zwischen beiden Ländern entwirft.<sup>955</sup>

Die Frage der Eindämmung Russlands ist zum Teil durch die Osterweiterung der NATO verwirklicht worden. Sie zeigte sich ebenfalls beim Wettlauf um die Förderung der Öl- und Gasvorkommen des Kaspischen Meers und Zentralasiens, erstreckte sich aber schon bald auch auf andere Themen von strategischer Bedeutung, etwa die Stabilität einer riesigen, instabilen Region, die durch lose militärische Verträge wie Partnership for Peace – PFP – ergänzt wurde, und mit der Militärpräsenz der USA in der Region nach dem 11. September ihren Höhepunkt erreichte.

So soll wiederum eine Zusammenarbeit zwischen China, Russland und EU möglichst verhindert werden. Dieses Ziel soll dadurch erreicht werden, dass zentrifugale Kräfte in Mittelasien und im Kaukasus über die US-freundlichen regionalen Brückenköpfe wie die Türkei und Pakistan in den Weltmarkt integriert und eine infrastrukturelle Bindung von Öl und Gas aus der Region an Russland oder China möglichst verhindert wird. Der energiebedürftigen expandierenden Wirtschaft Chinas soll der direkte und unmittelbare Zugang zu den Energiereserven Mittelasiens verwehrt werden. Gleichzeitig sollen Mittelasien und der Kaukasus aus der Einflussphäre Russlands herausgenommen werden. Parallel dazu sollen die wichtigsten Wirtschaftszweige Russlands wie die Energiebranche soweit wie möglich durch US-Konzerne durchdrungen und dann in den Weltmarkt integriert werden.

#### **4.4.2. Von Brzezinskis „Eurasischem Balkan“ zu Rogows „kohärenter eurasischer Strategie“**

Zbigniew Brzezinski schreibt zu dieser Durchdringung Eurasiens: „Geostrategisch gesehen noch wichtiger ist die Tatsache, dass der Zusammenbruch des Imperiums (Sowjetunion) auch das Ende der vierzigjährigen Bemühung bedeutet, Amerika aus Eurasien zu verdrängen. Die Vereinigten Staaten sehen sich nicht mehr einer strategischen Herausforderung gegenüber, deren Gelingen bedeutet hätte, dass Amerika mit dem gesamten eurasischen Kontinent unter der Herrschaft eines gegnerischen Imperiums konfrontiert gewesen wäre. ... Angesichts der Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg und ihres anschließenden Zerfalls sind die Vereinigten Staaten nun zum ersten Mal in der Lage, ihre politische Präsenz in den neuen

---

955 Autor unbekannt; Li Peng kritisiert Tokios Pakt mit Washington; in: Süddeutsche Zeitung; Nr. 204; 05.11.1997; S. 8.

postsowjetischen Republiken Eurasiens bis hin zu den Grenzen Chinas geltend zu machen und die Region um den Persischen Golf an den südlichen Ausläufern Eurasiens zu dominieren.“<sup>956</sup>

Diese Gedanken werden noch umfassender und präziser in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ dargelegt, in dem er in einem ausführlichen Kapitel unter dem Titel „Der eurasische Balkan“ die Region aus geopolitischer Sicht analysiert. „Geopolitisch interessant“ findet er die Region in erster Linie als künftigen Transportkorridor zwischen produktiven westlichen und östlichen Randzonen Eurasiens, d.h. Europas und Ostasiens, an zweiter Stelle aber auch als Rohstofflieferant. (Karte II)<sup>957</sup>

Hierbei spielen Gegensätze der „Rasse“, des Glaubens, der Kultur oder der Weltanschauung keine Rolle. Vielmehr ist die Logik der Landkarte immer noch stärker als die Verwandtschaft der Hautfarbe, die Religion, der Weltanschauung oder der Wirtschaft.

Obwohl die politische Realität der Welt bisher mehrfach bewiesen hat, dass die Politik kein Vakuum kennt und die Durchsetzung der nationalen Interessen eines Landes ohne Berücksichtigung der Interessen anderer Länder und internationaler Verflechtungen, Bündnisse und überstaatlichen Einigungsversuche im Rahmen der Globalisierung und des Freihandels nicht mehr möglich ist, streben die USA immer noch nach einer hegemonialen Stellung mit geopolitischen Methoden, anscheinend ohne bemerkt zu haben, dass die neue Weltordnung eine multilaterale Entspannungspolitik verlangt.

---

956 Brzezinski, Zbigniew; Macht und Moral. Neue Werte für die Weltpolitik; Hamburg (Hoffmann und Campe Verlag); 1994, S. 181.

957 Brzezinski, Zbigniew; Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft; Weinheim und Berlin (Beltz Quadriga Verlag); 1997.

## Karte II: Der eurasische Balkan



**Quelle:** Brzezinski, Zbigniew; Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft; Weinheim und Berlin (Beltz Quadriga Verlag); 1997; S. 183.

Dementsprechend ist es das vorrangige Ziel der USA, zu verhindern, dass jemals wieder ernsthafte Konkurrenz für die USA auf dem eurasischen Kontinent erwächst. Daher müssen die USA zunächst militärische Stärke und Führungseigenschaften zeigen, die notwendig sind, um eine neue Ordnung herbeizuführen und zu erhalten – eine Ordnung, welche die potentiellen Konkurrenten davon zu überzeugen vermag, dass sie keine stärkere Machtposition anzustreben brauchen oder gar eine aggressivere Haltung einnehmen, um ihre Interessen zu sichern.

Für Brzezinski ist dieses Ziel dann zu erreichen, wenn die USA auf dem „Eurasischen Balkan“ – wie er die Kaspische Region nennt – die Oberhand behalten.<sup>958</sup> Mit dem Aufziehen des Schlagworts „Eurasischer Balkan“ und „Balkanisierung“ bezeichnete Brzezinski die Zerstückelung größerer politischer und wirtschaftlicher Einheiten sowie die oft damit verbundene politische Instabilität in der betreffenden Region. Sie bezog sich ursprünglich auf die vor dem Ersten Weltkrieg von den damaligen Großmächten geförderte Auflösung des Osmanischen Reiches, besonders seines Territoriums auf der Balkanhalbinsel. Dieser Prozess wird von Großmächten zu eigenen politischen Zwecken gefördert und genutzt.<sup>959</sup>

958 Ebenda.

959 Brill, Heinz; Der Balkan-Konflikt und die Interessen der Mächte; in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ); 5/2000; S. 547 zitiert nach „Balkanisierung“; in: Brockhaus Enzyklopädie, 19. Auflage, Wiesbaden/Mannheim; S. 513.

Brzezinski vergleicht Amerikas globale Vorherrschaft mit früheren Weltreichen, insbesondere dem römischen Reich und dem britischen Empire. Diese Imperien gründeten „ihre Macht auf eine Hierarchie von Vasallenstaaten, tributpflichtigen Provinzen, Protektoraten und Kolonien; die Völker jenseits der Grenzen betrachteten sie gemeinsam als Barbaren. Bis zu einem gewissen Grad lassen sich diese anachronistischen Begriffe durchaus auf einige Staaten anwenden, die sich gegenwärtig innerhalb des amerikanischen Orbit befinden.“<sup>960</sup>

Wie bei den Weltreichen der Vergangenheit beruhe auch die „imperiale“ Macht der USA in hohem Maße auf der überlegenen Organisation und der Fähigkeit, riesige wirtschaftliche und technische Ressourcen umgehend für militärische Zwecke einzusetzen. Hinzu komme die nicht genauer bestimmbare, aber erhebliche kulturelle Anziehungskraft des „american way of life“ sowie „die Dynamik und der ihr innewohnende Wettbewerbsgeist der Führungskräfte in Gesellschaft und Politik.“<sup>961</sup>

Weitere Faktoren seien die Einflussnahme auf „abhängige ausländische Eliten“ und die Beherrschung der Massenkultur. Dazu Brzezinski: „Was immer man von ihren ästhetischen Qualitäten halten mag, Amerikas Massenkultur besitzt, besonders für die Jugendlichen in aller Welt, eine geradezu magnetische Anziehungskraft. Ihre Attraktion mag von dem hedonistischen Lebensstil herrühren, den sie entwirft; ihr weltweit großer Anklang ist jedenfalls unbestritten. Amerikanische Fernsehprogramme und Filme decken etwa drei Viertel des Weltmarktes ab. Die amerikanische Pop-Musik ist ein ebenso beherrschendes Phänomen, während Amerikas Marotten, Eßgewohnheiten, ja sogar seine Mode zunehmend imitiert werden. Die Sprache des Internets ist englisch, und ein überwältigender Teil des Computer-Schnickschnacks stammt ebenfalls aus den USA und bestimmt somit die Inhalte der globalen Kommunikation nicht unwesentlich. Und schließlich ist Amerika zu einem Mekka für jene junge Leute geworden, die eine anspruchsvolle Ausbildung anstreben. ... Absolventen amerikanischer Universitäten sind in den Regierungskabinetten aller Herren Länder vertreten.“<sup>962</sup>

Brzezinski bewundert das britische Empire, „das noch 1914 mit nur ein paar tausend britischen Soldaten und Verwaltungsbeamten etwa elf Millionen Quadratmeilen überwachte und fast 400 Millionen nichtbritische Untertanen im Zaum hielt.“<sup>963</sup> Ähnlich sieht er den einzigartigen Einflussbereich der heutigen Weltmacht Amerika: „Nicht nur beherrschen die

---

960 Brzezinski, Zbigniew; Die einzige Weltmacht; Weinheim und Berlin (Beltz Quadriga Verlag); 1997; S. 26.

961 Ebenda; S. 26.

962 Ebenda; S. 46.

963 Ebenda; S. 40.

Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Küsten mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politische Geltung verschaffen können, Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf. ... Der gesamte Kontinent ist von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, von denen einige allzu gerne noch fester an Washington gebunden wären.“<sup>964</sup> Weder Russland noch China seien in der Lage, dem etwas Substantielles entgegenzusetzen. Zwar könnten sie mit ihren Atomwaffen einen Krieg auslösen, diesen aber niemals gewinnen. Sie seien auch nicht in der Lage, Truppenbewegungen über weite Entfernungen hinweg zu organisieren, um anderen ihren politischen Willen aufzuzwingen. Da sie zudem den Vereinigten Staaten technologisch weit hinterherhinkten, fehlten ihnen schlicht die Mittel, weltweit politischen Einfluss auszuüben.

So wird auf dem „eurasischen Schachbrett“, der Raum auf dem der „Kampf um die Vorherrschaft“ in der Zukunft ausgetragen werde, der Machtkampf zur Gunsten der USA bestimmt: Da „rein geographisch gesehen ... Eurasien der größte Kontinent der Erde ist. Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Erde gebieten. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, dass die Kontrolle über Eurasien fast automatisch die über Afrika nach sich zöge und damit die westliche Hemisphäre und Ozeanien gegenüber dem zentralen Kontinent der Erde geopolitisch in eine Randlage bräche. Nahezu 75% der Weltbevölkerung leben in Eurasien, und in seinem Boden wie auch Unternehmen steckt der größte Teil des materiellen Reichtums der Welt. Eurasien stellt 60% des globalen Bruttosozialprodukts und ungefähr drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen.“<sup>965</sup>

Brzezinski bezieht sich hier auf die von Mackinder entwickelte geopolitische Doktrin, die auch während des Kalten Kriegs maßgeblich die amerikanische Außenpolitik prägte: „Bis vor kurzem noch debattierten führende Geopolitiker über die Frage, ob Landmacht bedeutsamer sei als Seemacht und welche Region Eurasiens die Herrschaft über den gesamten Kontinent gewährleistet. Einer der prominentesten Theoretiker, Halford Mackinder, leistete Anfang dieses Jahrhunderts Pionierarbeit, als er nacheinander die Begriffe eurasische Zentralregion und ostmitteleuropäisches Herzland prägte und jede dieser Regionen als Sprungbrett zur

---

964 Ebenda; S. 41.

965 Ebenda; S. 54.

Erlangung der Herrschaft über den Kontinent bezeichnete. Zum Durchbruch verhalf er seiner Theorie mit dem berühmten Ausspruch: Wer über Osteuropa herrscht, beherrscht das Herzland: Wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel. Wer über die Weltinsel herrscht, beherrscht die Welt.“<sup>966</sup> Daher müssten die Vereinigten Staaten alles tun, um jeden Nebenbuhler auszuschalten.<sup>967</sup>

Die drei großen Grundsätze imperialer Geostrategie, der die USA folgen sollten, lauteten: „Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen, und dafür zu sorgen, dass die ‘Barbaren’ Völker sich nicht zusammenschließen.“<sup>968</sup> Brzezinski weiter: „Das weltweit wichtigste Spielfeld Eurasiens ist der Ort, auf dem Amerika irgendwann ein potentieller Nebenbuhler um die Weltmacht erwachsen könnte,“<sup>969</sup> wobei „die wichtigsten und dynamischsten geostrategischen Akteure an Eurasiens westlicher Peripherie Frankreich und Deutschland heißen. ... Beide haben den Ehrgeiz, etwas Neues in Europa zu gestalten und somit den Status quo zu verändern.“<sup>970</sup> Sie haben außerdem die Gelegenheit eine große europäische Neuordnung zu gestalten, die im Falle der Verschlechterung der euro-amerikanischen Beziehungen zu „eine(r) europäisch-russische(n) Übereinkunft“ führen kann.<sup>971</sup>

Eine gefährlichere Bedrohung für die Hegemonie der USA in Eurasien aber sieht Brzezinski in einer strategischen Allianz zwischen China, Russland und dem Iran. Dazu schreibt er: „Ein solches Bündnis würde in Größenordnung und Reichweite an die Herausforderung erinnern, die einst von dem chinesisch-sowjetischen Block ausging.“<sup>972</sup> – „Im Ergebnis könnten sich so, zumindest theoretisch, die führende slawische Macht, die militanteste islamische Macht und der bevölkerungsreichste und mächtigste asiatische Staat zusammenfinden und eine starke Koalition auf die Beine stellen.“<sup>973</sup>

Wesentlich für die Eindämmung Russlands und den Ausbau der geopolitischen Vormachtstellung der USA sei der zentralasiatische „eurasische Balkan“, der „ethnische Hexenkessel“, in dem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein Machtvakuum

---

966 Ebenda; S. 63.

967 Ebenda; S. 64.

968 Ebenda; S. 65-66.

969 Ebenda; S. 64.

970 Ebenda; S. 68.

971 Ebenda; S. 87-88.

972 Ebenda; S. 87.

973 Ebenda; S. 169-170.

entstanden sei. Man müsse verhindern, dass Russland diesen geopolitischen Raum allein beherrsche. Gleichzeitig müsse Amerika sein eigenes wachsendes ökonomisches Interesse an einem ungehinderten Zugang zu dieser an Erdgas und Erdöl reichen, dem Westen bislang verschlossenen Region vertreten.<sup>974</sup>

Historisch gesehen ist dies dann möglich, wenn der erneute Zugriff Russlands nach Süden gesperrt bleibt. Vor dem russischen Drang nach Süden hatten Iran und Afghanistan den Erhalt ihrer Selbständigkeit zu Beginn dieses Jahrhunderts lediglich der damaligen Konkurrenzsituation zwischen dem Zarenreich und dem Britischen Empire zu verdanken. Trotz der leninistischen und stalinistischen Parole von der Befreiung der Völker vom Kolonialjoch zögerten die Sowjets nicht, das volle Erbe des Zarenreiches anzutreten.

Der am Widerstand des Britischen Empires gescheiterte Zugriff auf Afghanistan wurde 1979 von den Sowjets nachgeholt. Allerdings mit dem bekannten für die Sowjets unseligen Ausgang und für Land und Bevölkerung mit katastrophalen Folgen. Nach geopolitischer Auffassung des Westens war diese territoriale Expansion Russlands in Richtung Süden schon immer als Teil ihrer strategischen Überlegungen kommentiert worden, da vorrevolutionäre und bolschewistische russische Militärtheoretiker offen über dieses Thema geschrieben haben.<sup>975</sup>

In einem wissenschaftlichen Beitrag, der 1985 in der Frühjahrsausgabe der politischen Fachzeitschrift *ORBIS* veröffentlicht wurde, gab Milan Hauner die wesentlichen Hintergründe dieses vermuteten beständigen geopolitischen Dranges und liefert aufschlussreiche Beispiele für das wirtschaftliche Interesse der Russen am Vorstoß nach Süden, die er „Russian drive to the warm sea Port“ nennt.<sup>976</sup>

Dazu gehört ferner, durch den Bau mehrere strategische Eisenbahnlinien unmittelbaren Zugang zum Persischen Golf und zum Indischen Ozean zu gewinnen. Nach dieser Lesart beabsichtigten die Russen, in der Zeit des „Eisenbahn Imperialismus“ ein Schienennetz mit zwei Hauptstrecken zu bauen: Die eine sollte von Baku durch den Iran nach Buschir am Persischen Golf mit einer Nebenstrecke nach Bagdad und zum Hafen von Basra führen. Die andere von Aschchabad im russischen Teil Zentralasiens zur strategisch wichtigen Engstelle bei Bender Abbas am Persischen Golf. Man erwog zusätzliche Verbindungen durch

---

974 Ebenda; S. 216.

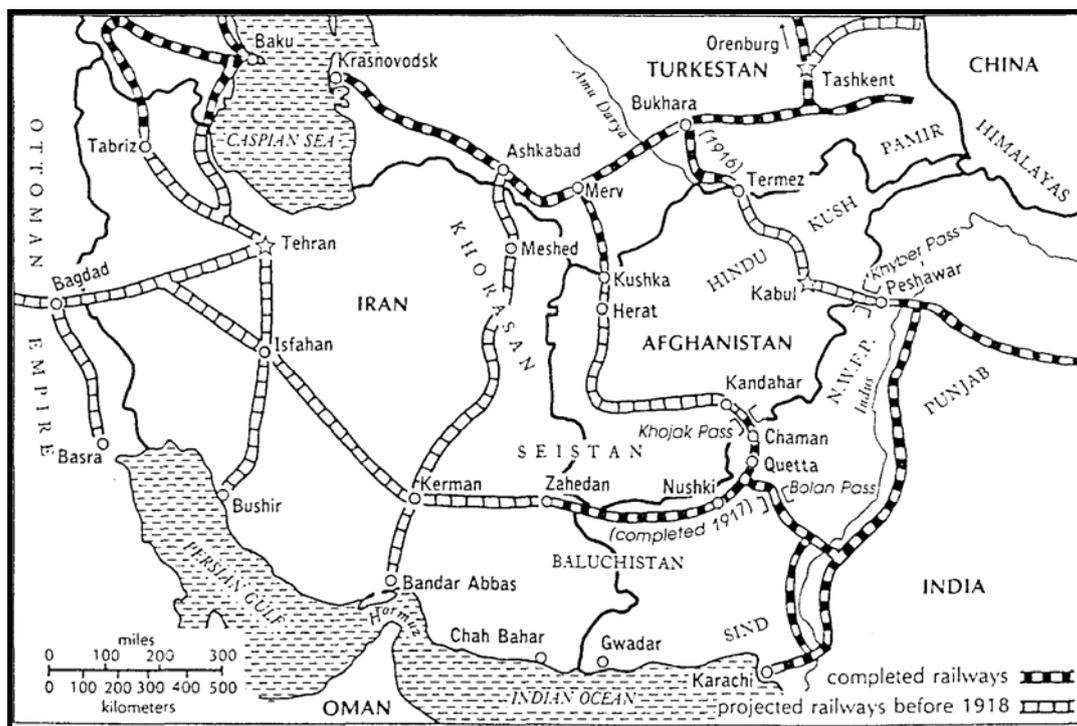
975 Vgl. Hauner Milan; *The War in Afghanistan*; in: *Orbit*; Vol. 29; Nr. 1; Spring 1985; S. 6.f.

976 Ebenda; S. 15.

Afghanistan, die einen Anschluss an die bereits bestehenden Eisenbahnlinien geschaffen hätten, welche südwärts zur Hafenstadt Karatschi am Indischen Ozean führten.<sup>977</sup> (Karte III)

Nach Brzezinski dachte zweifellos Stalin an die vom Ersten Weltkrieg unterbrochenen Projekte, als er 1940 Hitler zum Stillhalten gegenüber Russlands erneutem Vorstoß nach Süden drängte. „Die Sowjetunion erklärte, dass sich ihre territoriale Bestrebungen auf das Gebiet südlich des Staatsgebietes der Sowjetunion in Richtung auf den Indischen Ozean konzentrieren.“<sup>978</sup>

### Karte III: Eisenbahnimperialismus in Zentral Asien vor 1918



Quelle: Hauner Milan; The War in Afghanistan; in: Orbit; Vol. 29; Nr. 1; Spring 1985; S. 18.

Während des Zweiten Weltkrieges wurden die sowjetischen Kriegsziele in zahlreichen Beratungen mit den neuen angloamerikanischen Alliierten unterschiedlich ausführlich, jedoch mit offensichtlicher strategischer Konsequenz, neu formuliert. Für den Westen legte Stalin, wobei er seine Hoffnung auf einen Rückzug der US-Amerikaner aus Europa ausdrückte, verschiedene Entwürfe vor, die nicht nur ein schwaches Deutschland (mit einer sowjetischen Militärpräsenz) gewährleisten sollten, sondern auch das Fehlen jeder lebensfähigen Großmacht in Westeuropa. Eine solche Maßnahme hätte für eine von verhältnismäßig

977 Ebenda; S. 17-19.

978 Zbigniew, Brzezinski; Planspiel; Das Ringen der Supermächte um die Welt; Erlangen (Straube Verlag); 1986; S. 48.

schwachen und wirtschaftlich rückständigen Ländern umgebenen mächtigen Staat wie Russland entscheidende militärische und politische Folge gehabt.

Den heutigen Strategen kann dies nicht unbekannt sein. Eine Wiederbelebung des traditionellen Stellenwerts Mittelasiens und des Kaukasus als Drehpunkt der Handelswege zwischen dem prosperierenden China, Russland und Kontinentaleuropa verändert die Machtverhältnisse zugunsten der Kontinentalmächte Russland, China und Kontinentaleuropa.

Brzezinski schreibt dazu folgendes: „Im Kampf um die Vormacht in Europa winkte der traditionelle Balkan als geopolitische Beute, Geopolitisch interessant ist auch der eurasische Balkan, den die künftigen Transportwege, die zwischen den reichsten und produktivsten westlichen und östlichen Randzonen Eurasiens bessere Verbindungen herstellen sollen, durchziehen werden. Außerdem kommt ihm sicherheitspolitische Bedeutung zu, weil mindestens drei seiner unmittelbaren und mächtigsten Nachbarn von alters her Absichten darauf hegen, und auch China ein immer größeres politisches Interesse an der Region zu erkennen gibt. Viel wichtiger aber ist der eurasische Balkan, weil er sich zu einem ökonomischen Filetstück entwickeln könnte, konzentrieren sich in dieser Region doch ungeheure Erdgas- und Erdölvorkommen, von wichtigen Mineralien einschließlich Gold ganz zu schweigen“.<sup>979</sup>

Brzezinski stellt fest, dass das Streben nach Weltherrschaft und Demokratie im Innern nicht miteinander zu vereinbaren sind. „Da Amerika im eigenen Land strikt auf Demokratie hält, kann es sich im Ausland nicht autokratisch gebärden. Dies setzt der Anwendung von Gewalt von vornherein Grenzen, besonders seiner Fähigkeit zu militärischer Einschüchterung. Nie zuvor hat eine volksnahe Demokratie internationale Vormachtstellung erlangt. Aber das Streben nach Macht wird kein Volk zu Begeisterungstürmen hinreißen, außer in Situationen, in denen nach allgemeinem Empfinden das nationale Wohlergehen bedroht oder gefährdet ist“.<sup>980</sup>

Prägnanter könnte man die Rolle der Ereignisse des 11. September wie auch die treibende Kraft hinter den Angriffen auf demokratische Rechte innerhalb der Vereinigten Staaten selbst wohl kaum darlegen.

In Bezug auf die gegenwärtigen außenpolitischen Interessen der USA schreibt Brzezinski: „Die USA sind zwar weit weg, haben aber starkes Interesse an der Erhaltung eines

---

979 Zbigniew, Brzezinski; Der einzige Weltmacht; Weinheim und Berlin (Belz Quadriga Verlag); 1997; S. 182.  
980 Ebenda; S. 59f.

geopolitischen Pluralismus im postsowjetischen Eurasien. Als ein zunehmend wichtiger, wenn auch nicht direkt eingreifender Mitspieler, der nicht allein an der Förderung der Bodenschätze in der Region interessiert ist, sondern auch verhindern will, daß Rußland diesen geopolitischen Raum allein beherrscht, halten sie sich drohend im Hintergrund bereit. Neben seinen weiterreichenden geostrategischen Zielen in Eurasien vertritt Amerika auch ein eigenes wachsendes ökonomisches Interesse, wie auch das Europas und des Fernen Ostens, an einem unbehinderten Zugang zu dieser dem Westen bisher verschlossenen Region.“<sup>981</sup>

Laut Brzezinski erhalten die USA diesen Zugang, indem sie die Staaten, wie Aserbeidschan und Usbekistan geopolitisch unterstützen, da sie geopolitische „Dreh- und Angelpunkte“ darstellen.<sup>982</sup> Dadurch können sie Russland auch eindämmen.

Neben Russland ist China das wichtigste Ziel dieser geopolitischen Eindämmung: „Im Osten würde Amerika, vermutlich unterstützt von Japan, jedem Versuch Chinas entgegentreten, die Vormachtstellung in Korea zu gewinnen und sich Taiwan gewaltsam einzuverleiben, zumal ein solcher Akt die politische Präsenz der USA im Fernen Osten auf einen potentiell unsicheren und abgelegenen Stützpunkt in Japan reduzieren würde.“<sup>983</sup> China würde sich zwar vermehrt zur regionalen Macht und langfristig zu einer Weltmacht entwickeln, so Brzezinski, es habe aber keine großen strategischen Optionen. 1996 hätten China und Russland jeglichem Hegemoniestreben eine klare Absage erteilt und die NATO-Erweiterung für unzulässig erklärt. „Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass China ein langfristiges und umfassendes Bündnis mit Russland gegen Amerika ernsthaft in Erwägung zöge. Eine solches Bündnis hätte zur Folge, dass die amerikanisch-japanische Partnerschaft, die China langsam aufweichen möchte, an Festigkeit und Umfang gewönne, und es würde China außerdem von relevanten Kapitalquellen und moderner Technologie isolieren.“<sup>984</sup>

Geostrategisch ausschlaggebender Schlüssel für den ungehinderten Zugang nach Eurasien bleibe allerdings Europa. Eine erweiterte NATO sei der Garant dafür, dass die USA ihre Vormachtstellung in Eurasien weiter ausbauen können. Die Erweiterung der NATO sei zu begrüßen, wenn „die geopolitische Sicherheit Europas gegenüber Russland“ sich verbessert. Außerdem Sorge das „erweiterte Sicherheitssystem“ dafür, dass Russland, sollte es seine Stärke wiedergewinnen, von der westlichen Allianz erfolgreich „in Schach gehalten“ werden kann.

---

981 Ebenda; S. 202-203.

982 Ebenda; S. 216.

983 Ebenda; S. 243.

984 Brzezinski, Zbigniew; Die einzige Weltmacht; Weinheim und Berlin (Beltz Quadriga Verlag); 1997; S. 245.

Unter den bestehenden Umständen wird eine politische Strategie, welche die langfristigen Interessen der USA in Eurasien sichern soll, sich zunächst auf die Steuerung und Kontrolle der jeweiligen politischen Elite und der Wirtschaft der geostrategisch wichtigen Länder konzentrieren. Dadurch werden die USA in der Lage sein, zentrale außenpolitische Ziele dieser Länder zu beeinflussen. Moralische Kriterien werden bei der Beurteilung solcher Eliten mit Sicherheit keine Rolle spielen, unter Garantie jedoch ihre außenpolitische Orientierung.

Erwartungsgemäß sind es nicht die USA allein, die die Welt aus einem geopolitischen Blickwinkel sehen. Am 11. März 1998 veröffentlichte die Moskauer Zeitung *Nesawissimaja Gaset*a einen ausführlichen Artikel von Prof. Sergej Rogow, dem Leiter des USA-Kanada-Instituts (Arbatow-Institut) der Russischen Akademie der Wissenschaften mit der Überschrift „Die Konturen einer neuen russischen Strategie. Das Land lässt sich nur durch seine zentrale Lage auf der geökonomischen Landkarte Eurasiens retten.“<sup>985</sup>

Die Kernthese des Artikels lautet, dass der eurasische Entwicklungskorridor die einzige Chance sei, wie Russland als Volkswirtschaft und Nation überleben könne. Laut Rogow ist Russlands geopolitische Situation durch seine einzigartige Lage auf zwei Kontinenten definiert. Seiner Meinung nach braucht Russland eine „kohärente eurasische Strategie“, die Russlands Wirtschafts-, Technologie-, Industrie-, Verkehrs-, Informations- und Außenpolitik mindestens für eine Generation integriere. Er schildert, dass Russland nur überleben und stärker werden könne, wenn die Nachbarn im Westen – die EU – und im Osten – die asiatisch-pazifische Region – die Zusammenarbeit mit Moskau als etwas verstünden, was in ihrem Interesse sei. Er plädiert dafür, dass Verkehr und Kommunikation, zusammen mit dem Energiesektor, das Bollwerk der wirtschaftlichen Wiedergeburt Russlands werden und dem Staat vorteilhafte Positionen in der Weltwirtschaft sichern sollen. Er führt dazu zahlreiche Beispiele für russische Technologien und Infrastruktur-Großprojekte an, u.a. auch Gemeinschaftsprojekte mit China.

Rogow sieht die Gefahr, dass bestimmte Kräfte Russland spalten wollen. Dies illustriert er mit Auszügen aus einem Artikel von Zbigniew Brzezinski in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ und der Landkarte, die Brzezinski dort verwendet. Diese Karte stellt Russland aufgeteilt in drei Teile dar. Als Alternative dazu sei Russlands massive Beteiligung an den Projekten der eurasischen Infrastruktur-Korridore zu sehen. Die Motivation für solche Pläne ist vor allem

---

985 Rogow, Sergej; Die Konturen einer neuen russischen Strategie. Das Land lässt sich nur durch seine zentrale Lage auf der geökonomischen Landkarte Eurasiens retten; in: *Nesawissimaja Gazeta*; 11.03.1998.

die Angst der russischen Elite vor einer erneuten Einkreisung durch die USA mit Hilfe der NATO-Osterweiterung.

Dieser geopolitische Leitgedanke Rogows stützt sich vor allem auf Ideen Karl Haushofers, durch eine großzügige transkontinentale Eisenbahnpolitik mit dem Endpunkten Port Arthur und Tsingtau eine große deutsch-russische und ostasiatische Einheit zu schaffen, um jede britische und amerikanische Blockadeaktion vereint ausbalancieren zu können.<sup>986</sup> Das Interesse Russlands an einem Dreiecksverhältnis zu Deutschland und Frankreich aus den oben genannten Gründen ist offensichtlich.<sup>987</sup>

Eine solche Zusammenarbeit soll vermutlich das Gewicht Russlands auf dem eurasischen Balkan vermehren, daher versuchen heute russische Diplomaten vergebens, die USA dazu zu bewegen, ihre militärische Präsenz in der Kaspischen Region zu beenden. Zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist die russische Diplomatie gegenüber den USA genötigt, den Ton zu verschärfen, und den alten „Weltfeind“ und neuen „Partner“ in der Anti-Terror-Allianz, im Geiste des Imperialismus zu ermahnen, sich an die getroffene Abmachung zu halten und die Militärbasen, die sie in der Kaspischen Region unterhalten, zu verlassen, da diese Region zum Einflussgebiet der russischen Föderation gehört. „Sie haben uns gesagt, dass sie gehen, wenn die Sache beendet ist, doch sie gehen nicht“, mahnt Moskaus Erster Vize-Außenminister Wjatscheslaw Trubnikow.<sup>988</sup>

Der Vizepräsident der „Academy of geopolitical problems“ und Oberst der russischen Föderation Leonid Ivashov sieht in der Präsenz der USA nicht nur den Versuch der Vereinigten Staaten die Öllagerstätten der Kaspischen Region zu kontrollieren, sondern bewertet dies als Teil einer klassischen Geostrategie der NATO, die die Einkreisung Russlands zum Ziel hat. Für ihn ist zweifellos die Bekämpfung des internationalen Terrorismus eine gute Ausrede für die Militärpräsenz der USA an der Südflanke der russischen Föderation.<sup>989</sup>

Auf Grund dieses Defätismus befürchtet Ivashov in Anspielung auf einen CIA-Bericht „Global Trends 2015“<sup>990</sup>, der den Zerfall Russlands auf Grund seiner strukturellen

---

986 Vgl. Haushofer, Karl; *Leben und Werke*, Band I; Boppard am Rhein (Harold Boldt Verlag); 1979; S. 608 f.

987 Vgl. Joffe, Josef; „Troikas, Achse, Illusionen“; in: *Süddeutsche Zeitung*; Nr. 72; 27.03.1998.

988 Vgl. Mettke, Jörg R.; *Russische Irak-Diplomatie. Wege aus dem amerikanischen Desaster*; Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,299625,00.html>; 13.05.2004.

989 Vgl. Ivashov, Leonid; *NATO is preparing for major war*; in: *Pravda Online*; [http://english.pravda.ru/world/20/91/368/12874\\_NATO.html](http://english.pravda.ru/world/20/91/368/12874_NATO.html); 21.05.2004.

990 *Global Trends 2015: A Dialogue about the Future with Nongovernment Experts*; in: *National Foreign Intelligence Council (NIC)*; <http://www.cia.gov/cia/reports/globaltrends2015/>; December 2000.

Wirtschaftschwäche, dem Rückgang der Bevölkerung und der marginalen Bedeutung auf dem Weltmarkt bis 2015 voraussagt, dass nach der Zerfall des Warschauer Pakts und der UdSSR nun die Nato und allen voran die USA sich den Grenzen der russischen Föderation annähern, um mittels Unterstützung der separatistischen Bewegungen den Zerfall von Russland zu ermöglichen.

“I believe that Russia is moving on the way of degrading, disintegrating and destroying as a state. In this respect, the long-term strategy has been applied to Russia for decades. Russia is going to be isolated along its borders, then Northern Caucasus region will be taken from it. Formally, Russia will own it, but all over the region Chechnya-like instability will take place. Kaliningrad region and the Far East will have the same scenario. Powerful strategy is applied to Russia, and Russian leadership and political elite do not respond. ... We saw Chechen terrorists creating their bases, training camps and even command posts in Georgia. In fact, Georgia is involved in anti-Russian campaign. Chechen terrorists are not just bandits already, they are well-organized anti-Russian special force having strategic goals and using the territory of Georgia. ... Americans are analyzing the option of establishing their tactical military bases and posts in the Caucasus region, in Georgia, Azerbaijan and later in Armenia. They are unable to have big bases there as they need many troops in Iraq, but will bring equipment and groups of specialists to prepare the conditions for quick deploying their troops in the area.”<sup>991</sup>

Trotz dieser von Ivashov interpretierten Götterdämmerung hat Präsident Putin in der Tat nach dem 11. September schnell begriffen, was die weltpolitische Stunde geschlagen hat. Mit der Unterstützung der Antiterrorcoalition riskiert er zwar den Verlust fragiler Allianzen, vor allem im Hinblick auf die zentralasiatischen Republiken und den arabischen Raum. Aber Moskau hat das Zweckbündnis dazu benutzt, die tschetschenische Widerstandsbewegung niederzuschlagen und noch dazu seine künftige Rolle auf der weltpolitischen Bühne auszubauen. Indes könnte es den USA, mit dem Krieg in Afghanistan ebenfalls gelingen in Zentralasien Fuß zu fassen.

Fraglich bleibt, ob nicht hier wie dort die alten Muster des Kalten Krieges in strategischen Entscheidungen münden. An die Ära der Blockkonfrontation erinnern bspw. die Umgangsformen der USA und Russlands in der Kaspischen Region.

---

991 Vgl. Ivashov, Leonid; NATO is preparing for major war; in: Pravda Online; [http://english.pravda.ru/world/20/91/368/12874\\_NATO.html](http://english.pravda.ru/world/20/91/368/12874_NATO.html); 21.05.2004.

Nach der am 11. September ausgelösten internationalen Krise hat Russland den USA die Kooperation im Kampf gegen den internationalen Terrorismus angeboten und den Eindruck erweckt, dass das Land bereit sei, Washingtons Krieg gegen den internationalen Terrorismus bedingungslos beizustehen. Doch hatte Russland wirklich keinen Grund, sich unüberlegt in ein Abenteuer zu stürzen, dessen Folgen es zu spüren bekäme, ohne selbst die Zügel in der Hand zu halten.

Daher hatte Putin während seines medienwirksamen Auftritts vor dem deutschen Bundestag die russischen Positionen nach der 11. September umrissen. Es war ihm bewusst, dass Russland keine andere Wahl blieb, als sich an der Koalition gegen den Terrorismus zu beteiligen, denn „dieser kann nur durch eine geschlossene Front aller Kräfte der zivilisierten Welt“ besiegt werden.<sup>992</sup>

Für die Fortsetzung des Antiterrorkriegs habe er eine Beteiligung mit eigenen Streitkräften abgelehnt. Jedoch erklärte Moskau sich unter anderem bereit, den eigenen Luftraum für humanitäre Flüge zu öffnen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse über die Aufenthaltsorte internationaler Terroristen sowie deren Infrastruktur und Ausbildungslager zu übermitteln.

Als Gegenleistung für seine Zusammenarbeit konnte sich Russland die politische Unterstützung der EU im Tschetschenienkrieg sichern, der auf der russischen Prioritätenliste weit vor der Krise um Afghanistan rangiert. Die westlichen Politiker räumten ein, dass im Tschetschenienkonflikt religiöser Fundamentalismus und internationaler Terrorismus eine Rolle spielen. „Russia and the United States are allies in the war on terror. Both of our nations have suffered at the hands of terrorists, and both of our governments are taking actions to stop them. No cause justifies terror. Terrorists must be opposed wherever they spread chaos and destruction, “including Chechnya”. A lasting solution to that conflict will require an end to terror, respect for human rights and a political settlement that leads to free and fair elections.“<sup>993</sup>

Selbstverständlich lässt man sich solche Vorteile nicht entgehen. Doch an sich sind sie Abfallprodukte der russischen Diplomatie. Mit seiner Rede vor dem Bundestag hatte Putin signalisiert, dass Moskau aus dieser internationalen Krise, die in seinen Augen eine völlig

---

992 Vgl. Rede von Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, vor dem Deutschen Bundestag; in: Stenographischer Dienst des Deutschen Bundestages;

[http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=413&link=bpa\\_notiz\\_druck&global.printview=2&link.docs=57840](http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=413&link=bpa_notiz_druck&global.printview=2&link.docs=57840); 25.09.2001.

993 President Bush Meets with Russian President Putin at Camp David; Remarks by the President and Russian President Putin in Press Availability Camp David; in: White House; <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/09/print/20030927-2.html>; 02.11.2003.

neue strategische Balance herstellt, sich viel mehr als die Unterdrückung der Tschetschenen verspricht und als vollberechtigtes Mitglied in den Kreis der europäischen Akteure aufgenommen werden will. Putin, der ausdrücklich die transatlantischen Beziehungen Europas zu seinem amerikanischen Verbündeten konzidierte, machte ungeachtet darauf aufmerksam, dass Europa „seine Möglichkeiten mit den Möglichkeiten Russlands vereinen“ solle.

Er sagte: „Es schien mir vor kurzem, bald würde auf dem Kontinent ein richtiges Gemeinhaus entstehen, in welchem Europäer nicht in östliche und westliche, nördliche und südliche geteilt werden, solche Trennungslinien aber bleiben. Und zwar deswegen, weil wir uns noch nicht endgültig von vielen Stereotypen und ideologischen Klischees des Kalten Krieges befreit haben.“<sup>994</sup>

Auf der europäischen Bühne bedeutet dies eine beschleunigte qualitativ neue Zusammenarbeit mit der EU – allen voran Deutschland und Frankreich – im Bezug auf Themen wie Irak, Afghanistan, dem Terrorismus, dem Kyoto-Protokoll und Russlands WTO-Beitritt, die für Russlands Zukunft erhebliche Bedeutung haben.<sup>995</sup>

Wie bereits erklärt, äußern sich die Russen trotz solcher Erfolge und Perspektiven skeptisch über den Zweck der Antiterrorkoalition. Ein heikleres Problem stellt die Rolle der Länder der Kaspischen Region dar, die ebenfalls im Rahmen des „Antiterrorkriegs“ eng mit den USA zusammenarbeiten und somit für Washington gleich zwei Wünsche erfüllt werden. Die Vereinigten Staaten etablierten sich als regionale Führungsmacht und Gegengewicht zu Russland, China und für eine unabsehbare Zukunft auch gegenüber ihrem Partner Europa. Zudem konnte, unter dem Mantel der Antiterrorkoalition, endlich in Zentralasien Fuß gefasst werden.

Am Anfang hatte die Regierung in Moskau offiziell daran festgehalten, dass die Vereinigten Staaten den Bogen nicht überspannen sollen. Moskau fürchtet aber nun, dass die USA mit dem Aufbau von Militärbasen, Aufklärungseinrichtungen und Abhörzentren an der Grenze zu Russland das ohnehin sensible geostrategische Gleichgewicht der ganzen Region ins Wanken bringen. Ihr politisches Unbehagen äußern sie nicht über diese machtpolitische Logik,

---

994 Vgl. Rede von Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation, vor dem Deutschen Bundestag; in: Stenographischer Dienst des Deutschen Bundestages; [http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=413&link=bpa\\_notiz\\_druck&global.printview=2&link.docs=57840](http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=413&link=bpa_notiz_druck&global.printview=2&link.docs=57840); 25.09.2001.

995 Vgl. Autor unbekannt; Gipfel Russland-EU in Moskau; in: Russland Aktuell Online; <http://www.aktuell.ru/rupol0010/morenews.php?lang=de&iditem=2222>; 21.05.2004.

sondern sie prophezeien, dass die langfristige Stationierung amerikanischer Truppen in instabilen Ländern wie Usbekistan oder Tadschikistan die Gefahr einer Radikalisierung der Bevölkerung hervor bringt, so wie es bspw. in Saudi-Arabien geschieht.<sup>996</sup>

Selbstverständlich ist sich die US-Regierung dieser Gefahren bewusst. Aber aus Sicht der US-Strategen schafft die Kontrolle über die gesamten Öllagerstätten im kaspischen Raum und Persischen Golf demjenigen eine strategische Vormachtstellung, der die damit zusammenhängenden Risiken relativiert. Der ehemalige CIA-Direktor James Woolsey formuliert dies wie folgt: Hier geht es „aber nicht nur um Amerikas Abhängigkeit vom Öl, sondern um die der ganzen Welt.“<sup>997</sup>

Obwohl die geostrategische Rolle des Öls nicht nur auf seine energiepolitische Rolle reduziert werden kann, sind die US-Strategen darüber im Bilde, dass man die anderen Vorteile dann realisieren kann, wenn man die wichtigste Lagerstätte kontrollieren kann. Neben der nahöstlichen Öllagerstätten ist die Kontrolle über das kaspische Erdöl eines der Schlüsselemente dieser Strategie. „I cannot think of a time when we have had a region emerge as suddenly to become as strategically significant as the Caspian,“ erklärte Dick Cheney, der damalige Chef des „Petrologistik-Konzerns Halliburton“, im Jahre 1998 in einer Rede vor Öl-Industriellen in Washington.<sup>998</sup>

Heute ist Cheney Vize-Präsident der Vereinigten Staaten und gilt als der einflussreichste Mann hinter George W. Bush, welcher wiederum selbst aus der texanischen Ölindustrie kommt. So wird deutlich, dass die Terroranschläge vom 11. September 2001 und der amerikanische Feldzug in Afghanistan einen Prozess beschleunigt haben, der schon längst in Gang gebracht worden war. Ein Prozess, um Zentralasien endgültig in die Interessenssphäre der USA zu integrieren. Washington war seit geraumer Zeit entschlossen, die geostrategischen Kräfteverhältnisse am kaspischen Meer zu seinen Gunsten zu verändern.

US-Ölkonzerne wollten eine Pipeline vom Kaspischen Meer nach Pakistan bauen. Die Route durch Afghanistan war jedoch auf Grund des regierenden Talibanregimes in den Augen der US-Interessenten nicht zu sichern. Folglich wurde nach einem Grund gesucht, um die Taliban

---

996 Baschkattow, Nina; Was Moskau befürchtet: Der Terrorismus schafft neue geopolitische Strategien; in: Le Monde diplomatique; <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2001/11/16/a0034.text.name,ask1rkv57.n,2;> 16.11.2001.

997 Vgl. Autor unbekannt; Ex-CIA-Direktor James Woolsey; „Wir fangen mit dem Irak an“; in: Der Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,231338,00.html>; 18.01.2003.

998 Monbiot, George; America's pipe dream: A pro-western regime in Kabul should give the US an Afghan route for Caspian oil; in: The Guardian; <http://www.guardian.co.uk/waronterror/story/0,1361,579169,00.html>; 23.10.2001.

zu entmachten, welcher mit dem 11. September 2001, mit der Begründung, dass die Taliban Osama bin Laden und Al Qaida unterstützten, gefunden wurde. Somit kann der Krieg gegen den Terror, auch interpretiert werden als ein Krieg um Öl und Gas. Vor allem unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die kaspischen „Pipedreams“ der amerikanischen Öl-Multis nicht erst seit dem 11. September existieren.<sup>999</sup>

Schon bei der Installation des Talibanregimes durch Pakistan und die CIA waren die „Schüler des Islam“ als Wächter der Pipeline auserkoren und verhandelten darüber auf höchster Ebene mit den Amerikanern. Erst als Menschenrechtsorganisationen und die amerikanischen Grünen bei der Clinton-Administration massiv auf die frauenverachtende Terrorpolitik in Afghanistan aufmerksam machten, sahen sich die Ölmänner der texanischen UNOCAL genötigt, ihre Verhandlungen mit den Taliban abubrechen. 1998 wurde der Pipelineplan offiziell auf Eis gelegt.<sup>1000</sup> Inoffiziell aber wurde, wie „Jane’s Security“ berichtet, beschlossen, die Situation nicht einfach hinzunehmen und eine Allianz mit Indien und Russland zu suchen, um die Taliban mit militärischen Mitteln unter Druck zu setzen.<sup>1001</sup>

Der „Guardian“ schreibt in diesem Zusammenhang: „But Afghanistan's strategic importance has not changed. In September, a few days before the attack on New York, the US energy information administration reported that »Afghanistan's significance from an energy standpoint stems from its geographical position as a potential transit route for oil and natural gas exports from central Asia to the Arabian sea. This potential includes the possible construction of oil and natural gas export pipelines through Afghanistan«. Given that the US government is dominated by former oil industry executives, we would be foolish to suppose that such plans no longer figure in its strategic thinking. As the researcher Keith Fisher has pointed out, the possible economic outcomes of the war in Afghanistan mirror the possible economic outcomes of the war in the Balkans, where the development of »Corridor 8«, an economic zone built around a pipeline carrying oil and gas from the Caspian to Europe, is a critical allied concern.“<sup>1002</sup>

---

999 Monbiot, George; America's pipe dream: A pro-western regime in Kabul should give the US an Afghan route for Caspian oil; in: The Guardian; <http://www.guardian.co.uk/waronterror/story/0,1361,579169,00.html>; 23.10.2001.

1000 Ebenda;

1001 Bedi, Rahul; India joins anti-Taliban coalition; in: Jane’s Intelligence Review; [http://www.janes.com/security/international\\_security/news/jir/jir010315\\_1\\_n.shtml](http://www.janes.com/security/international_security/news/jir/jir010315_1_n.shtml); 15.03.2001.

1002 Monbiot, George; America's pipe dream: A pro-western regime in Kabul should give the US an Afghan route for Caspian oil; in: The Guardian; <http://www.guardian.co.uk/waronterror/story/0,1361,579169,00.html>; 23.10.2001.

Damit wird deutlich, dass die USA auf Grund ihrer strategischen Interessen im kaspischen Raum eine langfristige Stationierung ihrer Truppen beabsichtigen. Wie entschlossen die USA sind, um ihre Präsenz in der Kaspischen Region zu erweitern und zu erhalten, zeigt ihre Partnersuche und die subtile Infiltrierung der politischen Elite in der Region. Bspw. ist der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew wegen massiver Korruptionsvorwürfe unter Druck geraten. Der seit 13 Jahren autoritär regierende frühere KP-Chef, berüchtigt für Einschränkungen der Wahl- und Medienfreiheit, muss fürchten, Gegenstand eines Prozesses in den USA zu werden. Gegen seinen ehemaligen Berater James Giffen, Privatbankier und US-Bürger, wurde vor einem New Yorker Bezirksgericht ein Verfahren wegen Korruption im Ausland eröffnet.

Die Anklage wirft Giffen vor, er habe mittels seiner Bank Mercator von 1995 bis 2000 Präsident Nursultan Nasarbajew und den früheren Premierminister Nurlan Bagimbajew mit 78 Millionen Dollar bestochen und sie außerdem mit Luxusyachten und Juwelen bei Laune gehalten. Es ging um Ölgeschäfte. Giffen war für Mobil Oil und Chevron Texaco als Vermittler tätig. Anfang der 90er Jahre drängten alle Ölmultis nach Kasachstan. Chevron Texaco aus den USA führt das Konsortium, das das kasachische Tengis ausbeutet, sechstgrößtes Ölfeld der Welt. Im Vorstand der Firma saß Condoleezza Rice, bis sie Nationale Sicherheitsberaterin unter Präsident Bush wurde. Allein für Anteile am Tengis-Ölfeld soll Giffen die Zahlung von 22 Millionen Dollar auf ein Schweizer Nummernkonto von Nursultan Nasarbajew veranlasst haben. Giffen überraschte die Ermittler jetzt mit der Aussage, er sei mit Wissen der CIA tätig gewesen.<sup>1003</sup>

Wenn unter der Mitwisserschaft des CIA einem korrupten Politiker geholfen wurde, die Reichtümer seines Landes widerrechtlich zu Gunsten der US-Ölkonzerne zu veräußern, soll die US-Regierung erklären, inwiefern sie berechtigt ist ihre Präsenz in der Region „Greater Middle East“ unter dem Vorwand der Demokratisierung zu legitimieren.

Obwohl in der Folge des Antiterrorkrieges sich in den USA das Bedrohungsszenario änderte, scheint es aber, dass mit der Militärpräsenz der USA in der Kaspischen Region, die von den britischen und amerikanischen Geopolitikern Mackinder<sup>1004</sup> und Spykman<sup>1005</sup> kultivierten

---

1003 Vgl. Böhm, Peter; Beispiel Kasachstan: Milliardenhaufen; in: Die Tageszeitung (taz); Nr. 7083; 20.06.2003; S. 4/47 u. Autor unbekannt; Kasachstan; Heimliche Konten. In: Der Spiegel, Nr. 17/2004; S. 115.  
1004 Vgl. Mackinder, Halford; The Geographical Pivot of History; in: The Geographical Journal; No.5; Vol. XXIII.; May, 1904; S. 421-444 u. Mackinder, Halford; Democratic Ideals and Reality; New York (Henry Holt and Company Verlag); 1942.

geopolitischen Theorien über „Heartland“ und „Rimland“, d.h. die Vorstellung, dass eine politische Kontrolle über die Brücken-Region zwischen Europa und Asien (die Kaspische Region), die Tür zur Weltherrschaft öffne, noch einmal an Bedeutung gewinnen.<sup>1006</sup>

In der Tat rückte die Kaspische Region, unabhängig vom aktuellen Antiterrorkrieg, genauso wie der Irak seit 1990 auf Grund der vorhandenen und vermuteten fossilen Energiereserven abermals in den Mittelpunkt geopolitischer Debatten und vermittelte der geopolitischen Theorie eine aktuelle Brisanz. Es wurde angenommen, dass die Ressourcen der Region eine Diversifizierung der Energielieferanten des Westens ermöglicht sowie die Abhängigkeit der EU und der USA vom krisenhaften Nahen Osten minimiert.

Dabei steht aber die Frage im Zentrum, ob die Öl- und Gasfunde die Annahme rechtfertigen, dass hier eine Region ins Licht gerückt wird, auf die politischen Einfluss zu nehmen für große Mächte aus Energiesicherheitsgründen interessant wird, oder ob die Energieressourcen der Kaspischen Region nur der Kristallisationspunkt, nicht aber der Hauptgrund des geopolitischen Spiels in der Region sind.

#### **4.5. Die europäische Energiesicherheit und die „Wiederkehr des Raumes“ als wissenschaftliche und politische Kategorie**

Obwohl hinsichtlich der energiepolitischen Relevanz der Kaspischen Region viele wissenschaftliche Werke geschrieben worden sind und sich ebenfalls viele Studien mit den ethnopolitischen Konflikten der Region in der Folge ihrer Unabhängigkeit befassen, werden selten wissenschaftliche Arbeiten verfasst, die sich mit den geopolitischen Gegebenheiten der

---

1005 Vgl. Spykman, Nicholas John; *The Geography of the Peace*; New York (Harcourt, Brace and Company Verlag); 1944 u. Spykman, Nicholas John; *America's Strategy in World Politics; The United States and the Balance of Power*; York (Harcourt, Brace and Company Verlag); 1942.

1006 Christopher J. Fettweis vom US-Army War College weist in einem Artikel „Sir Halford Mackinder, Geopolitics, and Policymaking in the 21st Century“ über die Entwicklung US-amerikanischer Geopolitik im Kalten Krieg und in der Gegenwart nach, dass bei der Entwicklung der geopolitischen Theorie in den USA der Yale Universitätsprofessor Nicholas Spykman in Anlehnung an Haushofer und Mackinder eine führende Rolle spielte. Spykman war einer der intellektuellen Ahnen der Eindämmungspolitik. Während Mackinder annahm, dass die geographische Gestaltung den leichtesten Zugang aus dem Osten gestattete, argumentierte Spykman, dass die Küstenbereiche des Herzlands, oder wie er es nannte, das „Rimland“ (Randland), der Schlüssel zur Kontrolle des Zentrums sei. Also sollte nicht aus dem Inneren des Eurasischen Kontinentes heraus die Weltherrschaft möglich sein, sondern von der Peripherie. Er aktualisierte Mackinder, als er postulierte, „wer das Randland (Rimland) kontrolliert, beherrscht Eurasien, wer Eurasien beherrscht, kontrolliert die Schicksale der Welt.“ Spykman vollzog damit eine amerikanische Wende der geopolitischen Theorie und legte die intellektuelle Grundlage für George Kennan und jene, die behaupteten, dass der Westen das Rimland stärken soll, um die Sowjetunion einzudämmen, damit sie nicht ihre Kontrolle des Herzlands benutzt, um die Weltinsel zu beherrschen. Geopolitik als große Strategie war eine der wichtigen intellektuellen Grundlagen für die Eindämmungspolitik des Westens während des Kalten Krieges. Vgl. Christopher J. Fettweis; *Sir Halford Mackinder, Geopolitics, and Policymaking in the 21st Century*; in: *Parameters*, Summer 2000; S. 58-71; in: *US Army War College Online*; <http://www.army.mil/usawc/Parameters/00summer/fettweis.htm>; 21.05.2004.

Region in ihrer Gesamtheit befassen. Im Grunde wird an den deutschen Universitäten auf Grund der historischen Vorbelastung selten die geopolitische Lehre in der Analyse der internationalen Fragen berücksichtigt.

Dies verhindert aber nicht, dass wissenschaftliche „Think Tanks“, welche die Regierung in außenpolitischen Fragen beraten, zunehmend geopolitisch begründete Konzepte entwickeln. Diese Konzepte sind der Anlass zu einer gründlichen Auseinandersetzung mit der Anwendbarkeit der geopolitischen Theorie; auch im Zusammenhang mit der Analyse der Hintergründe des Antiterrorkrieges.

Dabei ist es erforderlich, die geopolitische Entwicklung der Kaspischen Region besonders im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen internationaler Akteure zu beleuchten. Für eine solche Untersuchung kann der Gegenstand der politischen Analyse nicht nur als abstrakter Forschungsgegenstand behandelt werden, sondern es müssen vielmehr die Wechselwirkungen der internationalen und regionalen Entwicklungen betrachtet werden.

Wie wichtig eine solche Untersuchung sein kann, zeigt uns einer der jüngsten Konferenzen der Friedrich Ebert Stiftung (FES) in Berlin, bezüglich des kaspischen Raumes. Obwohl in der Golfregion und in Afghanistan weiterhin kein Ende von Krieg und Chaos abzusehen ist, wurde sich in Berlin nicht um eine Friedenskonferenz bemüht oder sich mit Entspannungspolitik beschäftigt, sondern es wurde Mitte November 2003 eine Konferenz einberufen, die sich mit energiepolitischen und geostrategischen Fragen der Kaspischen Region, nach dem 11. September und dessen Auswirkungen, befasste. Gegenstand der Auseinandersetzung waren vor allem die Ressentiments der regionalen und internationalen Akteure.

An dieser Konferenz haben u.a. der Bundestagsangeordnete Gernot Erler, die Harvard Professorin Brenda Schaffer, der Energieexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Friedemann Müller und das ehemalige Vorstandsmitglied von British Petroleum (BP) Peter Knödel die krisenhaften Entwicklungen der Region analysiert.

Nach Ansicht der Organisatoren der Konferenz<sup>1007</sup> haben die Entwicklungen in der Folge der Anschläge vom 11. September vor allem das Kaspische Becken wieder in das Blickfeld verschiedener Interessen gerückt. Es geht hier „einerseits um geostrategische Zielsetzungen,

---

1007 Die Konferenz wurde am 10 und 11. November 2003 in Berlin von der Friedrich Ebert Stiftung, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Stiftung Wissenschaft und Politik organisiert.

andererseits um den Zugriff auf die Öl- und Gasvorkommen und die Kontrolle über das Geflecht aus Pipelines, das die Region durchzieht.<sup>1008</sup>

Um diese verwobenen Implikationen zu erläutern, versuchte Gernot Erler<sup>1009</sup> „die kaspische Region und geopolitische Faktoren der europäischen Interessen“ in Bezug auf eine langfristige Energiesicherheit für die EU und Deutschland zu beleuchten.<sup>1010</sup>

Wichtigstes geopolitisch bedingtes Interesse Europas, hinsichtlich der energiereichen Kaspischen Region, ist laut Erler die Möglichkeit über den Zugang zu diesen Reserven „das europäische Energieversorgungsnetz zu diversifizieren“ und damit, den Grad der Abhängigkeit von Russland und dem Persischen Golf zu reduzieren. Dabei ist das Problem der komplexen Konfliktstrukturen in der Region ein Hindernis.

Sinngemäß meinte er, dass durch Einflussnahme von Außen manche Auseinandersetzungen eingedämmt werden konnten. Die externe Einmischung führte aber zuweilen auch dazu, die regionalen Konflikte zu verschärfen. So erhalten die lokalen Auseinandersetzungen durch die Kombination mit der Konkurrenz zwischen den großen Mächten, die ihre Einflussgebiete abzustecken versuchen, weitere Dimensionen.

Erlers zufolge sind diese Konfliktstrukturen dann zu entwirren, wenn die Interessen und Möglichkeiten der einzelnen Akteure erörtert werden und die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Konflikten erkannt werden. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einer solchen Entwicklung ist „eine Strategie der positiven Einflussnahme“, vertreten durch die EU und die Bundesrepublik Deutschland.

Zweck einer solchen „positiven Einflussnahme“ ist es, zu sehen, wie man die kaspische Energie nicht nur mit den europäischen Interessen in Einklang bringt, sondern dem Anspruch der Menschenrechte und der Demokratie folgend, auch mit den Interessen der Menschen in der Region verbindet. So könnten beide Seiten voneinander profitieren, wenn es ihnen gelänge, diesen Teufelskreis der regionalen Konflikte und geopolitischen Machtspiele der interessierten Akteure zu durchbrechen.

Interessanterweise hatte Erler bislang eine Verbindung zwischen „wirtschaftlichen Aktivitäten deutscher Unternehmen mit etwaigen geopolitischen und geostrategischen Interessen der

---

1008 Vgl. Prospekt zur Konferenz der Friedrich Ebert Stiftung über die „kaspische Energie und die europäische Interessen“; Berlin; 10/11. November 2003.

1009 Gernot Erler ist der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und Vorstand der deutsch-kasachischen Parlamentariergruppe.

1010 Notizen des Autors zur Rede von Gernot Erler auf der Konferenz „Kaspische Region und europäische Interessen“ Berlin; 10/11. November 2003.

Bundesrepublik“<sup>1011</sup> nicht gesehen und des Öfteren die geopolitisch bedingten Interessen von Deutschland und Europa in der Kaspischen Region vehement verneint.

So konstatierte er vor geraumer Zeit: „Die Region des südlichen Kaukasus ist von großer geostrategischer Bedeutung. Sie bildet die Schnittstelle konkurrierender, teils kollidierender geopolitischer und energiepolitischer Interessen der Vereinigten Staaten, Russlands sowie der Türkei und des Irans. Dabei geht es vorrangig um die Erschließung und den Transport der reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen im Kaspischen Meer.“ Zugleich behauptet er: „Sowohl die EU als auch Deutschland verfolgen in der Region keine unmittelbar geostrategischen Interessen. Zwar sind eine Reihe europäischer Mineralölkonzerne in der Region mit expliziten energiepolitischen Interessen vertreten, im Vordergrund der europäischen Politik steht jedoch das Interesse an kooperativer Konfliktbewältigung und Krisenprävention, regionaler Stabilität, Zusammenarbeit und ungehinderter Energiezufuhr aus dem Südkaukasus und Zentralasien.“<sup>1012</sup>

Aus der Sicht des Auswärtigen Amtes hat jedoch die EU unter diesen Umständen in der Region die Möglichkeiten, die bspw. den Vereinigten Staaten fehlen: „Die spezifische Nützlichkeit der EU besteht in dieser Sicht vor allem darin, dass sie den diversen Konfliktgegnern in der Region viel weniger als Amerika als parteiisch gilt. Europa hat ein viel geringeres eigenes Interesse im ‚Großen Spiel‘ um die Öl- und Gasressourcen Zentralasiens und gilt außerdem nicht wie Amerika als die Macht hinter Israel.“<sup>1013</sup>

So bestätigte Erler die Tatsache, dass die energiepolitischen Motive aller anderen Akteure geopolitischer Natur sind. Jedoch lieferte er zu jener Zeit keinen Grund für seine Behauptung, dass die EU in der Kaspischen Region keine geopolitischen Interessen verfolgen, obwohl er bestätigte, dass eine Reihe europäischer Mineralölkonzerne dort energiepolitische Interessen haben.

Die Tatsache, dass Gernot Erler in seiner Eigenschaft als deutscher Politiker damals mit Unbehagen von geopolitischen und geostrategischen Interessen Deutschlands und Europa sprach, kann allenfalls damit begründet werden, dass der Begriff „Geopolitik“ in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu den am stärksten tabuisierten Begriffen in Deutschland gehörte,

---

1011 Vgl. Erler, Gernot, Müller, Friedemann; Zukunftsregion kaspisches Meer; Bonn (SPD-Bundestagsfraktion); 1998; S. 8.

1012 Erler, Gernot; Regionale Konflikte in der Perspektive der „Nach-September-Welt“ - Neue Optionen für den Südkaukasus?; in: Osteuropa; Heft 2/2002; S. 146-158.

1013 Autor unbekannt; Der Mittler mit der großen Ordnungsidee. Der Kurs Außenminister Fischers; in: FAZ; 22.10.2001.

weil gegen die Geopolitik Karl Haushofers der Vorwurf erhoben wurde, sie habe die aggressive Außenpolitik Hitlers geistig durch ihre „Lebensraumtheorie“ vorbereitet.

Yves Lacoste schrieb 1990 im Hinblick auf diese Tatsache: „Am schwersten aber tut man sich wohl in Deutschland mit der Geopolitik, und zwar vermutlich deshalb, weil die aktuellen Umwälzungen in Osteuropa sowie die Perspektive einer baldigen Wiedervereinigung der beiden Teilen Deutschlands heikle Probleme aufwerfen, die man – aus Angst vor einer Heraufbeschwörung des nazistischen Diskurses – nicht mit diesem Begriff zu bezeichnen wagt. Da man es versäumt hat, die Ursprünge des geopolitischen Denkens minutiös zu analysieren, wird es immer noch und ausschließlich mit den nationalsozialistischen Eroberungszügen in Verbindung gebracht. Sogar die kleinen rechtsradikalen Bewegungen, die seit einigen Jahren in der BRD und in Frankreich entstanden sind, vermeiden die Verwendung des Begriffs Geopolitik aus Sorge, man könnte hierin einen Beweis für neonazistische Tendenzen sehen.“<sup>1014</sup>

Trotz dieser von Verfolgungswahn geprägten Selbstkontrolle hatte die geopolitische Theorie seit 1990 in den Wissenschaftsdebatten in Deutschland eine neue, langsame und vorsichtige Wiederbelebung erlebt. Nun wurden mit dem feinspürigen Beitrag Erlers die ersten „praktischen Ansätze“ eines Umdenkungsprozesses in der deutschen und europäischen Außenpolitik erkennbar.

Erler hatte bereits 1998 im Hinblick auf den geopolitischen Spielraum nach der währungspolitischen Integration Deutschlands in die EU, bezüglich der sich neu formierenden Interessen Deutschlands in der Kaspischen Region, geschrieben: „An Anzeichen für wachsende Spannungen und für die Versuchung, vorhandene Konflikte für egoistische politische Ziele zu instrumentalisieren, fehlt es in der Kaspischen Region nicht. Vieles hängt davon ab, ob sich die europäischen Staaten zu einer eigenen, politischen Strategie für diese Region durchringen zu können.“<sup>1015</sup>

Es scheint, dass inzwischen die EU und Deutschland eine „Geostrategie“ im Zuge der Osterweiterung für diesen Raum entwickeln wollen, der die historische Scham der lange verfemten geopolitischen Theorien untergeordnet und erlegen ist.<sup>1016</sup>

---

1014 Lacoste, Yves; *Geographie und politisches Handeln, Perspektiven einer neuen Geopolitik*; Berlin (Klaus Wagenbach Verlag); 1990; S.16.

1015 Vgl. Erler, Gernot, Müller, Friedemann; *Zukunftsregion kaspisches Meer*; Bonn (SPD-Bundestagsfraktion); 1998; S. 11.

1016 Vgl. Guérot, Ulrike, Witt, Andrea; *Europas neue Geostrategie. Neue Herausforderungen an Europa*; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*; B 17/2004; S. 6-12.

Ulrike Guérot und Andrea Witt haben in einem Artikel, der in der Beilage von „das Parlament“ unter dem Titel „Europas neue Geostrategie“ veröffentlicht wurde, versucht die Herausforderungen für Europa im Prozess der EU-Osterweiterung und die Frage nach den neuen geopolitischen Interessen dieser Gemeinschaft zu beantworten.<sup>1017</sup>

Zusammengefasst befürworten die Autorinnen in ihrem Artikel eine europäische Geostrategie, mit dem Ziel, dass die EU ihre interne Steuerungsfähigkeit behält und als strategischer Partner auf der transatlantischen Ebene agieren kann. Dieser geostrategische Ansatz muss weit über den Blickwinkel der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hinausgehen. „Geostrategie ist die Voraussetzung und gleichzeitig das Instrument, um wirtschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben, den internen Reformbedarf zu bewältigen sowie auf internationale Konflikte reagieren zu können.“ Veränderungen werden in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der institutionellen Verfasstheit sowie der Beziehungen zu den neuen Nachbarn einer erweiterten EU gefordert.<sup>1018</sup>

Guérot und Witt zufolge entsteht durch die EU-Osterweiterung ein wirtschaftlicher und politischer Raum, in dem fast 450 Millionen Menschen leben werden. Weitere potentielle Kandidaten wie die Türkei haben ihren Beitrittswunsch schon seit längerer Zeit angemeldet. Durch die bisherigen und möglichen zukünftigen Erweiterungen entsteht eine neue Konstellation, die zwangsläufig eine entsprechende Geostrategie erforderlich macht. Eine Schlüsselrolle nimmt in dieser Konstellation die geographische Lage der Türkei für die Zukunft Europas ein: „Die Türkei ist für eine europäische Geostrategie von unschätzbarem Wert. Durch ihre geographische Nähe eröffnet sie Einflussmöglichkeiten in derzeitige Krisenregionen (Mittlerer Osten, Schwarzmeer-Raum und Kaukasus), in denen die EU aus eigenem Sicherheitsinteresse aktiv sein muss. Die Türkei kann als Demokratiemodell für andere islamische Staaten gelten. Das Land würde der EU zudem einen konkreten Ansatzpunkt bieten, um vernachlässigte Fragen wie etwa Ressourcen- und Energiesicherheit neu und europäisch zu definieren. Immerhin ist die Türkei Knotenpunkt für verschiedene Pipelines und Energiezuflüsse. ... Es ist Zeit, dass die EU über eine europäische Geostrategie nachdenkt, und zwar ganz Europa. Ein Kerneuropa ist institutionell nicht in der Lage, eine

---

1017 Vgl. Guérot, Ulrike, Witt, Andrea; Europas neue Geostrategie. Neue Herausforderungen an Europa; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; B 17/2004; S. 6-12.

1018 Ebenda.

nachhaltige Geostrategie auszuarbeiten und kann die nachfolgenden internationalen Verpflichtungen nicht erfüllen.“<sup>1019</sup>

Wie aus diesen vorsichtigen Ausführungen der Politiker Gernot Erler sowie der Wissenschaftlerinnen Ulrike Guérot und Andrea Witt hervorgeht, bildet den Kern der neuen geopolitischen Interessen der EU eine langfristige energiepolitische Sicherheit. Daher drängen sie die Europäer, sich der Herausforderung wachsender Versorgungsrisiken zu stellen und eine europäische Geostrategie zu entwickeln, die möglichst ohne Reibung mit den Interessen der anderen Akteure – allen voran der USA – auskommt.

Im Hinblick auf historisch bedingte Hemmungen, ist das Nachdenken über eine europäische Strategie für Erler oder Guérot zwangsläufig ein Neuland, das ebenso zwangsläufig den Gesetzen geopolitischer Selbstverständlichkeiten unterworfen ist. Damit wird eine Annäherung an den französischen Geopolitiker Yves Lacoste vollzogen, wenn er schreibt: „Ob man das Wort ‚Geopolitik‘ nun mit mehr oder weniger großen Skrupeln benutzt oder man seine Verwendung völlig ablehnt – auf jeden Fall wird man in Zukunft in Europa sehr viel mehr über Probleme diskutieren, die nun einmal geopolitischer Natur sind.“<sup>1020</sup>

Die konzeptionelle Wirkung dieser geopolitischen Selbstverständlichkeit wird ebenfalls u.a. in der wissenschaftlichen Debatte über eine Osterweiterung des „Südosteuropabegriffes“ bis zum Kaukasus, die vom Politikwissenschaftler Stefan Troebst geführt wird, erkennbar.

Der Südosteuropa-Experte Stefan Troebst, der die „Wiederkehr des Raumes“ als wissenschaftliche Kategorie konstatiert und sich für die Einbeziehung „ethnohistorischer Spezifika“ ausspricht, plädiert für einen erweiterten Südosteuropabegriff, der den Kaukasus mit einschließt. Er erwartet „Nutzeffekte der angestellten Kaukasus-Balkan-Vergleiche“ – insbesondere in Bezug auf die „Dynamics of Stabilisation“ oder aber „Dynamics of Destabilization.“<sup>1021</sup>

Es ist Troebst mit Sicherheit bekannt, dass die in den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts in Deutschland entwickelte „Raumordnungstheorie“ auf dem sozialdarwinistischen Ansatz Friedrich Ratzels basiert, wonach „überall auf der Erde Leben mit Leben um Raum“ kämpft. Diesem „Kampf ums Dasein“ muss man sich stellen und

---

1019 Ebenda.

1020 Lacoste, Yves; *Geographie und politisches Handeln, Perspektiven einer neuen Geopolitik*; Berlin (Klaus Wagenbach Verlag); 1990; S. 19.

1021 Vgl. Troebst, Stefan; *Eine neue Südosteuropa-Konzeption? Der Balkan-Schwarzmeer-Kaukasus-Raum in politikwissenschaftlicher Sicht*; in: *Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas*; Nr. 2/2000; S. 153-159.

gewinnen.<sup>1022</sup> Basierend auf diesem Gedanken wurde in den 20er und 30er Jahren das jeweilige Planungsgebiet einer gesamtökonomischen Rationalisierung unterworfen und dabei durch forcierten Ausbau der Verkehrsverbindungen das regionale Ressourcenpotential zentralisiert und dem logistischen Zugriff der „Raumordner“ ausgeliefert.

Auch heute folgt die grenzübergreifende Raumordnungspolitik der politisch-ökonomischen Strategie, das Hinterland zurückzugewinnen, welches für Jahrzehnte verschlossen war. Daher erfährt das Mitteleuropa-Programm aus kaiserlichen Zeiten eine Renaissance.<sup>1023</sup> Die deutsche und europäische Außenpolitik richtet sich entsprechend nach dem Kaukasus, Mittelasien und Nahen Osten aus. Spätestens seit Mitte der 90er Jahre misst sich der deutsche und europäische Anspruch in Bezug auf die benachbarten Räume des Mittelmeeres, Nahen Ostens und Kaspischen Raumes an den USA, deren Führungsrolle angezweifelt und immer offener attackiert wird. Dieses Selbstverständnis ist im Begriff innenpolitische Unterschiede zu überbrücken. Auch führende Sozialdemokraten, Sozialisten und ehemalige Systemopponenten verlangen neben konservativen Politikern nach „internationaler deutscher und europäischer Präsenz.“<sup>1024</sup>

Ernst-Hasso Ritter, welcher sich ebenfalls mit der europäischen Raumpolitik befasst, notiert über die neuen Raumwissenschaften im Sinne einer Expansionspolitik folgendes: „Die Raumwissenschaften befassen sich allerdings nicht schlechthin mit dem Raum der Erdoberfläche. Sonst wären sie reine Geographie, als vielmehr in spezifischen Anwendungsbezügen Raumwissenschaften sind die Wissenschaften, die sich mit den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen über die Verteilung von Raum, über die Gewährung oder Versagung von Raumnutzung sowie mit den Folgen solcher Entscheidungen auseinandersetzen. Anders gesagt: Für die Raumwissenschaften bestimmt der handlungsleitende Zusammenhang, bestimmen die gesellschaftliche und politische Bedeutung

---

1022 Vgl. Ratzel, Friedrich; *Der Lebensraum, Eine biogeographische Studie*; Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft Verlag); 1966. Ratzel meint: Ein Staat ist als Organismus dann gesund und stark, wenn es zu ständigem Wachstum, das heißt zur ständigen Territorialexpansion, fähig ist. Er sieht diese Prozess als natürlicher Kampf um den Lebensraum, das heißt, dass es für ihn einen Zusammenhang zwischen dem „wachsenden Volk“ und dem „wachsenden Raum“ gibt. Es gibt also einen Kampf um den Lebensraum zwischen den Staaten, den Völkern, was dazu führt, dass es immer herrschende und dienende Völker gibt. So ist die Lebensraumideologie entstanden.

1023 Vgl. Schulz, Hans-Dietrich; *Räume sind nicht, Räume werden gemacht, Zur Genese „Mitteleuropas“ in der deutschen Geographie*; in: *Europa Regional*; Nr. 1/1997; S. 2-14.

1024 Vgl. Wagner, Hans; (Interview mit CDU Außenpolitik Experte Karl Lamers); *Europäische Identität: „Der Streit um das atlantische oder das europäische Europa ist in ein entscheidendes Stadium getreten“* <http://www.eurasischesmagazin.de>; 25.10.2003 u. Bundesregierung; *Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus*; in: [www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layoutServlet?global.navikont](http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layoutServlet?global.navikont); 08.11.2001.

von Raumbeziehungen den erkenntnisleistenden Zusammenhang. Raumwissenschaften sind angewandte Wissenschaften. Geben sie diesen Anwendungsbezug auf, verlieren sie ihren Gegenstand und damit ihre Daseinsberechtigung.“<sup>1025</sup>

Im Rahmen dieser neuen „anwendungsbezogenen Raumwissenschaft“ wird unter anderem die Verwissenschaftlichung der politisch-räumlichen Disparitäten in den „peripheren Regionen“ im östlichen Europa bis zum kaspischen Raum für wirtschaftspolitische Nutzung betrieben, indem man die Spannungsverhältnisse zwischen Zentren und Peripherien im Bezug auf den Grad der Anbindung an den jeweiligen Zentralstaat unter dem Gesichtspunkt „wirtschaftsräumlicher Entwicklungen“ in den „ländlichen Räumen“, „urbanen Räumen“, „Entleerungsräumen“, „Aktiv-“ und „Passivräumen“ untersucht.<sup>1026</sup>

Ein weiterer Anwendungsbereich der neuen Raumwissenschaften ist die Untersuchung der peripheren Räume unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Raumerschließung durch die Nutzung der Entwicklungsimpulse kontinentaler Infrastrukturprojekte. So müssten die Verkehrsverbindungen konsequent bis in die peripheren Räume ausgebaut werden.<sup>1027</sup>

Gerade so sichert man in den peripheren Räumen den Zutritt zu den Märkten. Der Ökonomieprofessor Harald Zschiedrich forderte sogar, unter Berufung auf den frühen deutschen Nationalökonom Friedrich List, die Unterwerfung der osteuropäischen Wirtschaftsräume mit Hilfe „dosierten Freihandels“ über „Erziehungszölle“. Ihm zu Folge komme Deutschland die Aufgabe zu, die osteuropäischen Unternehmen zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu „erziehen“. Die Orientierung auf den Freihandel bewirke den nötigen „ökonomischen Druck auf die Wirtschaften Ost- und Mitteleuropas, sich in ihren nationalen Fertigungen vornehmlich noch stärker auf jene Erzeugnisse zu spezialisieren, die sie relativ am billigsten produzieren können.“<sup>1028</sup>

Analog beobachtet Stefan Troebst in der Gestalt dieser spezifischen Anwendungsbezüge der Raumwissenschaften in der heutigen Geschichtsforschung ebenfalls eine „Wiederkehr des Raumes“ und findet es deshalb gerechtfertigt, sich daran zu orientieren. In seinem Plädoyer für einen neuen Südosteuropabegriff stellt er folgendes fest: „Räume sind nicht, Räume

---

1025 Ritter, Enst-Hasso; Europäische Raumentwicklungspolitik-Schimäre oder Chance?; in: Europa Regional; Nr. 4/2002; S. 192.

1026 Vgl. Grimm, Frank-Dieter; Periphere Regionen im östliche Europa – zur Einführung; in: Europa Regional; Nr. 3/2002; S. 94-95 u. Friedlein, Günter; Rudenko, Leonid; Die Relativität des Strukturbegriffs „peripherer Raum“ in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in: Europa Regional; Nr. 3/2002; S. 96-99.

1027 Vgl. Tietze, Wolf; Berlins Position in europäischen Verkehr des 21. Jahrhunderts – eine fundamentale geographische Aufgabe; in: Europa Regional; Nr. 4/1996; S. 1-13.

1028 Vgl. Zschiedrich, Harald; Vom Absatzmarkt zum Kooperationspartner; in: Osteuropa-Wirtschaft; Nr. 4/1994.

werden gemacht“. Also fordert er, in den geographischen Raum Südosteuropa in Zukunft auch die Schwarzmeerregion und den Kaukasus mit einzubeziehen: „Wenn Europa bis zum Ural reicht, ... dann reicht sein geographischer Südosten bis zum Kaukasus“. Entsprechend definiert er „Südosteuropa“ als eine Großregion, die aus folgenden Teilen besteht: Kaukasus, Schwarzmeerraum samt Anatolien und Balkan.<sup>1029</sup>

Ihm zufolge soll dieser erweiterte Begriff des breiteren Südosteuropas vielfältige Chancen, etwa für vergleichende Untersuchungen zur Sozialstruktur der Albaner, Montenegriner und Tschetschenen anbieten. Des Weiteren könnten Strukturmerkmale zwischen den einzelnen Regionen dieses Raumes abgeglichen und „ethnohistorische Spezifika“ fokussiert werden. Lobend hebt Troebst ein Südosteuropa einbeziehendes Raumkonzept aus der Politikwissenschaft hervor. Der dort angestellte Vergleich, Kaukasus – Balkan, mit Themen wie „Potentials of Order“ oder „From the Adriatic to the Caucasus. The Dynamics of Stabilisation“ verspreche einige „Nutzeffekte“.<sup>1030</sup>

Er schreibt zum Beleg der Stimmigkeit seiner begrifflichen Kreation: „Diese Gebiete stellen – ähnlich wie Nordosteuropa – im Wesentlichen die nicht-slawischen Teile der osteuropäischen Geschichte dar. Sie sind über die Vermittlung der griechischen Kultur, später von Ostrom und Byzanz ... bis zum Ausbau des fränkischen Reiches die wichtigsten Kontaktzonen Alteuropas zu den noch nicht ‚europäisierten‘ nördlichen Gegenden und Völkern. Zudem wird in den Vorstellungen der Antike und des frühen Mittelalters der Kaukasus ausdrücklich als kulturelle Grenzregion verstanden. Bis zur Russifizierung im 17.-19. Jahrhundert ist das Schwarzmeer- und Kaukasusgebiet zudem als eurasische Verbindungsregion nicht nur mit Blick auf kriegerische Einfälle von Hunnen, Alanen, Awaren, Ungarn und Mongolen, sondern mit Blick auf den Seidenstraßenhandel eine europäische Geschichtsregion eigener Wichtigkeit.“<sup>1031</sup>  
(Hervorhebung durch den Autor)

Mit Blick auf die „historische Seidenstraße“ und die im Jahre 1992 gegründete Black Sea Economic Cooperation Initiative (BSEC) als „einer flächendeckenden subregionalen Organisation“ der EU macht Troebst ebenfalls auf die wirtschaftlichen Nutzeffekte seines erweiterten Begriffs aufmerksam.

---

1029 Vgl. Troebst, Stefan; Eine neue Südosteuropa-Konzeption? Der Balkan-Schwarzmeer-Kaukasus-Raum in politikwissenschaftlicher Sicht; in: Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas, Nr. 2 (2000), S. 153–159.

1030 Vgl. Troebst, Stefan; Eine neue Südosteuropa-Konzeption? Der Balkan-Schwarzmeer-Kaukasus-Raum in politikwissenschaftlicher Sicht; in: Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas, Nr. 2 (2000), S. 153–159.

1031 Ebenda.

Diese wirtschaftliche Perspektive fließt vor allem in dem von Gernot Erler entwickelten Strategiepapier für die Stabilisierung der Kaspischen Region ein, in dem er für die „Anbindung der kaukasischen Staaten an Europa“ wirbt.

In seinem Strategiepapier, der in der Zeitschrift „Osteuropa“ veröffentlicht worden ist, erachtet er nach dem 11. September „neue Optionen“ für notwendig, um im südlichen Kaukasus den Einfluss der EU und damit Deutschlands zur Geltung zu bringen. Eine der Lehren des 11. September laute, dass die „Weltgemeinschaft“ beanspruchen müsse, ihre Rechtsvorstellungen überall durchzusetzen. Davon sei künftig keine geographische Sphäre ausgenommen. Da der Südkaukasus von „ethno-territorialen Konflikten“ im Würgegriff gehalten werde und die regionalen Ordnungsmächte nicht willens oder in der Lage seien, die Herausbildung von „rechtsfreien Räumen“ zu unterbinden, müsse die EU für eine „stabile Ordnung“ sorgen – wenn nötig auch durch den Einsatz von „OSZE-Friedentruppen.“<sup>1032</sup>

Der Südkaukasus sei von „großer geostrategischer Bedeutung“ und bilde die „Schnittstelle konkurrierender, teils kollidierender geopolitischer und energiepolitischer Interessen“, führt Erler aus. Insbesondere für die Energieversorgung Europas könne der Kaukasus eine wichtige Bedeutung erlangen. Im Vordergrund stehe die „ungehinderte Energiezufuhr aus dem Südkaukasus und Zentralasien“. Ansonsten würden sich weder die EU noch Deutschland von „unmittelbar geostrategischen Interessen“ leiten lassen, behauptet der SPD-Politiker erneut. Das Ziel sei ausschließlich die „Anbindung der kaukasischen Staaten an Europa.“<sup>1033</sup>

Obwohl im Rahmen der OSZE, des Energiechartavertrags, des Europarats sowie der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit den genannten Ländern bereits ein eng verzahntes Beziehungsgeflecht vorhanden ist, ist es Erler zufolge hinsichtlich der vorhandenen Energieressourcen dennoch zu begrüßen, wenn die Bindung der Region an die EU weiter ausgebaut würde.

Er schreibt: „In den letzten Jahren ist die Erdölförderung in Aserbaidschan um fast 70 Prozent gestiegen und für die kommenden Jahre werden weitere Steigerungen prognostiziert. Die Bedeutung des kaspischen Erdöls wird aus europäischer Sicht nicht zuletzt aufgrund der in absehbarer Zeit ausgeschöpften Reserven in der Nordsee zunehmen und damit zwangsläufig die Frage der Sicherheit von Transportrouten durch die kaukasische Region aufwerfen. ... Die in Ost-West-Richtung verlaufenden Transportrouten stellen die wichtigste Verbindungslinie

---

1032 Vgl. Erler, Gernot; Regionale Konflikte in der Perspektive der „Nach-September-Welt“ – Neue Optionen für den Südkaukasus?; in: Osteuropa, Heft 2/2002; S. 146-158.

1033 Ebenda.

zwischen dem Kaspischen Meer und dem Schwarzen Meer dar und führen damit durch ein Gebiet, in dem es auf engstem Raum eine immense ethnische Vielfalt und eine so große Anzahl regionaler Konflikte gibt, wie in keiner anderen Region auf der Welt. Dies führt zwangsläufig zu der Erkenntnis, dass die politische Stabilisierung der Südkaukasusregion ... im elementaren Interesse Europas liegt. ... Auf europäischer Ebene ist es notwendig, einzelne Maßnahmen noch stärker zu bündeln und in einer gemeinsamen europäischen politischen Strategie münden und die Europäische Union als außenpolitischen Akteur in der Region auftreten zu lassen.“<sup>1034</sup>

Erler, der unter anderem das Amt des Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) innehat, ist mit dem Entwurf des erweiterten „Raumbegriffs“ Stefan Troebst’ und seiner geopolitischen Reichweite vertraut. Daher unternimmt er nicht nur in seinem Sinne eine Analyse und einen Vergleich der Konfliktentwicklungsprozesse auf dem Balkan und im Kaukasus. Vielmehr zieht er aus den Erfahrungen der politischen Vorgehensweise von Deutschland auf dem Balkan gemäß des „Balkan-Stabilitätspaktes“ Lehren und schlägt einen entsprechenden Pakt für die Region des kaspische Raums vor.

„Der Südkaukasus und die Balkanregion weisen im Hinblick auf die Größe der Bevölkerung, des Territoriums und der Topografie eine Reihe von Parallelen auf, die zu der Überlegung führen, ein vergleichbares Programm auch für den Südkaukasus aufzulegen. Beide Regionen sind durch jahrelange ethno-territoriale Konflikte geprägt und weisen schwach ausgebildete staatliche Strukturen auf. ... Im Gegensatz zu den Staaten Südosteuropas, denen je nach individuellem Fortschritt zumindest langfristig die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft offen steht, existiert eine solche Perspektive für die südkaukasischen Länder aus heutiger Sicht nicht. Dennoch sprechen auch im Südkaukasus viele Indikatoren für einen Stabilitätspakt, nicht zuletzt deshalb, da sich ein erweitertes Europa auf Dauer keine Zonen der Instabilität an seinen Rändern leisten kann.“<sup>1035</sup>

Da das erweiterte Europa keine Zone der Instabilität an seinen Randgebieten dulden kann, hatten die europäischen Länder den kaukasischen Ländern Armenien, Aserbaidschan und Georgien einen Nachbarschaftsvertrag angeboten. Wie es in den durch das Hauptsekretariat des EU-Rates veröffentlichten Materialien erklärt wurde, werden diesen Ländern gleiche

---

1034 Ebenda; S. 146-158.

1035 Ebenda; S. 146-158.

Möglichkeiten gewährt, die Beziehungen mit der EU, darunter durch gemeinsame Aktionen auf politische Ebene zu regeln.<sup>1036</sup>

Zusätzlich hatte dazu das deutsche Auswärtige Amt neben dem Stabilitätspakt für den Kaukasus auch ein Konzept für das instabile Zentralasien angekündigt, welches auch dort für eine „dauerhafte Stabilisierung“ sorgen soll. Das „Zentralasienkonzept der Bundesregierung“ erklärt, dass „vor dem Hintergrund des fortschreitenden Befriedigungsprozesses in Afghanistan“ sich jetzt auch neue Möglichkeiten eröffneten, die „Unabhängigkeit und Souveränität“ der fünf zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan im Rahmen des Anti-Terrorkriegs zu unterstützen.<sup>1037</sup> Die fünf Staaten, die bis 1991 Teil der Sowjetunion waren, sind nach wie vor von Russland abhängig. Deutschland versucht, seine Position in Zentralasien zu stärken, indem es die einzelnen Regierungen bei der Loslösung von Russland unterstützt und damit zugleich den deutschen Einfluss vergrößert. Eine besondere Rolle bei der Förderung des deutschen Einflusses in Zentralasien wird wie in den Asien-Konzepten den „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO) als „Mittel der Politiksteuerung“ zugeschrieben.

Daher wird die Auslandstätigkeit deutscher NGOs mit dem deutschen Militär eng abgestimmt. Während die bewaffneten Bundeswehrrkontingente als Sicherheitspartner in Partnerstaaten auftreten, dienen die „humanitären“ Hilfsdienste der „Sicherung des Truppenumfelds“. Bspw. arbeitet die deutsche Entwicklungspolitik eng mit der Bundeswehr in einem Wiederaufbauteam im afghanischen Kunduz zusammen. Diese neuen Gemeinsamkeiten zeigen, dass die traditionelle Distanz der Entwicklungspolitik zur Sicherheitspolitik plötzlich schwindet. Die in Afghanistan erprobte „zivil-militärische“ Kooperation soll als Modell für die künftige deutsche Entwicklungshilfepolitik dienen.<sup>1038</sup>

Die im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) macht sogar eine intensivere zivil-militärische Kooperation zu einem ihrer Hauptanliegen. Demnach können isolierte Militäraktionen nicht die erhoffte Sicherheit und Stabilität bringen, sondern der zivile und langfristig angelegte gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche

---

1036 Vgl. Autor unbekannt; Außenminister der EU-Länder beschloss, die Politik der Nachbarschaft auf Armenien, Aserbaidschan und Georgien zu verbreiten; in: RIA Nowosti; [http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd\\_id=567&msg\\_id=4454672&startrow=51&date=2004-06-15&do\\_alert=0](http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd_id=567&msg_id=4454672&startrow=51&date=2004-06-15&do_alert=0); 15.06.2004.

1037 Vgl. Zentralasienkonzept der Bundesregierung. in: <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/zentralasienkonzept.pdf>; Berlin; 18.03.2002.

1038 Vgl. Klingebiel, Stephan; Roehder, Katja; Entwicklungspolitisch-militärische Schnittstellen: Neue Herausforderungen in Krisen und Post-Konflikt-Situationen; in: Berichte und Gutachten 3/2004 Bonn (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)); 2004.

Wiederaufbau ist ein entscheidender Pfeiler für die Stabilisierung von Nachkriegssituationen.<sup>1039</sup>

Diese Standpunkte spiegeln sich besonderes im Zentralasienkonzept der Bundesregierung wider: „Die Politik der Bundesregierung konzentriert sich darauf, über den Dialog mit den Staaten der Region und durch konkrete Unterstützungsmaßnahmen einen Beitrag für eine friedliche soziale, ökologische und marktwirtschaftliche Entwicklung zu leisten. Die Grundlage hierfür bilden der Aufbau demokratischer und transparenter politischer Strukturen, ... die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. Die Bundesregierung strebt insbesondere die Entwicklung und Anwendung wirksamer Strategien und Instrumente der Krisenprävention, friedlichen Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung an. ... Nichtstaatliche Akteure (Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, politische Stiftungen u.a.) sollten so weit wie möglich in die politischen, gesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Transformationsbemühungen einbezogen werden.“ Außerdem werde die Bundesregierung EU-, UN- und OSZE-Maßnahmen in der Region verstärkt fördern.<sup>1040</sup>

Das unter der Federführung des Auswärtigen Amtes erarbeitete Zentralasienkonzept der Bundesregierung bildet die Berufungsgrundlage, auf die sich die Fachressorts in ihrer Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens beziehen werden. Der verstärkten militärischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den Ländern der Region kommt im Rahmen dieses Konzepts eine zentrale Rolle zu.

Anton Vogt, Geschäftsführer des Länderarbeitskreises Zentralasien im „Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft“, sieht im Rahmen des Zentralasienkonzepts der Bundesregierung für deutsche Unternehmen eine gute Ausgangsposition in Zentralasien. Auf Grund des Krieges in Afghanistan würde der Stabilisierung der gesamten Region in Zukunft mehr Beachtung geschenkt: „Dafür wird es auch Hilfsmaßnahmen geben und das könnte sicherlich die Chancen deutscher Unternehmen noch vergrößern, Projekte dort zu realisieren.“<sup>1041</sup>

---

1039 Vgl. EU-Sicherheits-Strategie (ESS); In: Auswärtiges Amt Online; [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu\\_politik/gasp/ess\\_html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/gasp/ess_html); Dezember 2003.

1040 Dokument; Zentralasienkonzept der Bundesregierung; <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/zentralasienkonzept.pdf>; Berlin, 18.03.2002.

1041 Vgl. Pomrehn, Wolfgang; Interview: Junge Welt sprach mit Anton Vogt; Zentralasien: Mehr Chancen für deutsche Unternehmen?; In: Junge Welt; <http://www.jungewelt.de/2001/11-17/014.php>; 17.11.2001.

Zwar sei der Umfang des deutschen Warenaustausches mit Ländern in Zentralasien im Vergleich zu anderen Regionen gering. Doch hat die Bundesrepublik dort laut Vogt inzwischen „eine sehr gute Position; für diese Länder ist Deutschland mit Abstand der größte Handelspartner in Europa“. Gleich zu Anfang der 1990er Jahre seien Kontakte zu zentralasiatischen Ländern wie Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgisien aufgenommen worden. In Kasachstan seien vor allem Unternehmen aus „Erdöl nachgelagerten Bereichen“ tätig. Dies seien Anlagebau, Telekommunikation, Maschinenbau, Bau und Pipelinebau. Am Bau von Pipelines seien laut Vogt „deutsche Firmen sehr, sehr interessiert. Unternehmen wie die FAB aus Leipzig sind auf diesem Gebiet in der Region bereits aktiv.“ In anderen Ländern der Region seien Firmen aus der Chemie-, Landwirtschafts- oder Rohstoffverarbeitungsbranche tätig. Die zentralasiatischen Länder dürften aufgrund ihrer „bedeutenden Rohstoffvorkommen ... in Zukunft ... von erheblicher Bedeutung sein.“<sup>1042</sup>

Natürlich ist diese wirtschaftliche Bestrebung im Rahmen der Antiterror-Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan und Zentralasien militärisch flankiert worden.<sup>1043</sup> Obwohl die Bundeswehr angeblich nur für die „Stabilisierung der Region“ in Afghanistan für einen begrenzten Zeitraum Truppen stationiert hatte, sicherte sie sich die Rechte zur Nutzung des ehemaligen sowjetischen Luftwaffenstützpunkts Termez in Usbekistan „auf unbestimmte Zeit“. Als Gegenleistung gewährte Deutschland neben finanziellen Aufwendungen die Fortsetzung und Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit. So sollen usbekische Offiziere – wie schon seit Jahren – weiterhin an deutschen Militärschulen ausgebildet werden. Die usbekische Armee erhält Ausrüstungshilfe, bspw. Nachtsichtgeräte zur Sicherung der usbekisch-afghanischen Grenze, aber auch Militärkleidung.<sup>1044</sup>

Kurz nach Abschluss des Militärvertrages traf eine deutsche Wirtschaftsdelegation in der usbekischen Hauptstadt Taschkent ein, um vor Ort zu erkunden, „ob sich ein Engagement in dem zentralasiatischen Staat lohnen könnte“. Die deutsch-usbekischen

---

1042 Vgl. Pomrehn, Wolfgang; Interview: Junge Welt sprach mit Anton Vogt; Zentralasien: Mehr Chancen für deutsche Unternehmen?; in: Junge Welt; <http://www.jungewelt.de/2001/11-17/014.php>; 17.11.2001.

1043 Vgl. Pressemitteilung; Deutschland setzt sich für die Umsetzung von Wirtschaftsreformen und Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft in Usbekistan ein in: <http://www.germanembassy.uz/pressmitt.html>; 19.03.2003.

1044 Vgl. Autor unbekannt; Gemüse aus Usbekistan. Die Bundeswehr nutzt den Flughafen Termez und erhält Naturalien; in: FAZ; 15.02.2002 u. Gumpfenberg, Marie-Carin von; Neue Sicherheitspolitische Konstellationen in Zentralasien nach dem 11. September; in: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ); Nr. 3/2002; S. 302-308.

Wirtschaftsbeziehungen seien „vom Volumen her theoretisch ausbaufähig.“<sup>1045</sup> Deutschland gilt nach Angaben des Auswärtigen Amtes als Wunschpartner Usbekistans und Anwalt usbekischer Interessen innerhalb der EU.

„Die Bilanz der bilateralen Beziehungen ist positiv. Usbekistan sieht in Deutschland einen wichtigen Partner in Westeuropa. Es bezeichnet das deutsche politische und wirtschaftliche System als Vorbild, betrachtet Deutschland als Wunschpartner (einer unter mehreren) und erklärt, in Menschenrechtsfragen und bezüglich der Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen dialogbereit zu sein. Deutschland wird vielfach als Anwalt usbekischer Interessen innerhalb der Europäischen Union gesehen. Usbekistan sucht Unterstützung im Kampf gegen Gefahren, die von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Drogenhandel ausgehen. Im multilateralen Bereich arbeiten Deutschland und Usbekistan seit Jahren gut zusammen.“<sup>1046</sup> (Hervorhebungen durch den Autor).

In Usbekistan sind bereits viele deutsche Großunternehmen vertreten: Daimler-Chrysler, Thyssen, BASF, Hoechst, Bayer, vier deutsche Banken und Siemens. Der Münchner Konzern verzeichnete in Usbekistan binnen Jahresfrist einen Auftragseingang von rund 37 Millionen Euro. Im Mai 1999 wurde unter der Schirmherrschaft des Deutschen Botschafters in Usbekistan der Deutsche Wirtschaftsclub Taschkent (DWK) gegründet; eine Interessengemeinschaft, welche die deutsche Wirtschaftsexpansion fördern soll.<sup>1047</sup>

Ferner bekommt Usbekistan im Rahmen der bilateralen entwicklungspolitischen Regierungsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan alljährlich große Summen Entwicklungshilfe. Für die Jahre 2003 und 2004 erhielt Taschkent Neuzusagen in Höhe von 19,0 Millionen Euro. 15,0 Millionen Euro davon als finanzielle Zusammenarbeit und 4,0 Millionen Euro für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit. Schwerpunkte bilden jedoch Projekte zur Rehabilitierung des Cargo Terminals am Flughafen Taschkent, die Unterstützung bei der Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken sowie die Stimulierung des Kreditwesens im Bankensektor. Außerdem

---

1045 Vgl. Die deutschen Auslandshandelskammern: Usbekistan; in: [www.ahk.de](http://www.ahk.de); 19.11.2001.

1046 Auswärtiges Amt; Usbekistan; Beziehungen zwischen Usbekistan und Deutschland; [http://www.auswaertiges-](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=14&land_id=183)

[amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=14&land\\_id=183](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=14&land_id=183); 05.03.04.

1047 Vgl. Autor unbekannt; Ein Markt, der noch nicht geöffnet ist - Tage der Deutschen Wirtschaft in Taschkent; Deutsche Welle Monitor Ost-/Südosteuropa; in: <http://www.dw-world.de>; 18.02.2002.

übernahm die Bundesregierung im Rahmen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit die Instandsetzung der Militärbasis in Termez.<sup>1048</sup>

Auch Kasachstan spielt für die Zentralasienpolitik der Bundesrepublik Deutschland eine bedeutende Rolle. Um dies zu unterstreichen reiste der Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 1. bis 5. Dezember 2003 von Usbekistan weiter nach Kasachstan. Auf seinem Programm standen vor allem wirtschaftspolitische Gespräche. Wirtschaftliche Relevanz Kasachstans ist sein Rohstoffreichtum: „Das rohstoffreiche Land (Öl, Erdgas, Steinkohle und Erze) ist in der Region einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Zahlreiche Öl- und Erdgasvorkommen müssen aber erst noch erschlossen werden. Politisch ist Kasachstan ein Stabilitätsfaktor in einer instabilen Umgebung.“ Wirtschaftlich haben die Kasachen viel vor: Bis zum Jahr 2015 will die Regierung das Bruttoinlandsprodukt des Landes mit starken ausländischen Partnern von heute 24 auf 64 Milliarden vervielfachen.<sup>1049</sup>

All diese politischen, wirtschaftlichen und schließlich militärischen Aktivitäten der Bundesrepublik in Zentralasien wurden im Vorfeld vom deutschen Bundestag auf Gesuch der Bundesregierung mit einer umfassenden Ermächtigung zum Einsatz der Bundeswehr in Zentralasien untermauert. In den Begründungen für die Ermächtigung zum nun fast weltweiten Einsatz der Bundeswehr wurde die langfristige strategische Zielstellung deutlich benannt. Kanzler Schröder sagte in seiner Regierungserklärung, der Wille zum Einsatz der Bundeswehr sei „Ausdruck unserer Bereitschaft, der gewachsenen deutschen Verantwortung in der Welt durch konkretes Handeln Rechnung zu tragen.“ Dies geschieht auch im „eigenen deutschen“ Interesse.<sup>1050</sup>

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Lamers, stimmte dieser Begründung ausdrücklich zu. Die deutsche Beteiligung an den US-Geführten militärischen Operationen liege vor allem „im vitalen Eigeninteresse Deutschlands“. Von der Bundesregierung forderte Lamers eine an „unserem langfristigen nationalen Interesse ausgerichtete Politik“. Die Bundesregierung solle sicherstellen, „dass die Teilnahme Deutschlands an militärischen

---

1048 Vgl. Pressemitteilung; Deutschland setzt sich für die Umsetzung von Wirtschaftsreformen und Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft in Usbekistan ein in: <http://www.germanembassy.uz/pressmitt.html>; 19.03.2003.

1049 Vgl. Pressemitteilung; Warum reist der Kanzler nach Zentralasien? In: [http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=413&link=bpa\\_notiz\\_d\\_ruck&global.printview=2&link.docs=567830](http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=413&link=bpa_notiz_d_ruck&global.printview=2&link.docs=567830); 05.12.2003.

1050 Bundesregierung; Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus ; in: [www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layoutServlet?global.navikont](http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layoutServlet?global.navikont); 08.11.2001.

Operationen uns einen adäquaten Einfluss vor allem auf die politische und militärische Strategie der Bündnispartner gibt.“<sup>1051</sup>

In einem Interview mit der Zeitschrift „Eurasien“ begründet er seine Motive für einen „adäquaten Einfluss auf die politische und militärische Strategie der Bündnispartner“ damit, dass Europa und seine Völker mehr Macht bekommen“ müssen. „Das Ergebnis ist natürlich auch eine Relativierung der Macht anderer, auch der Macht der USA.“ So wird „eine Hegemonie der USA über Europa dadurch verhindert.“<sup>1052</sup>

„Hegemonie durch die Vereinigten Staaten von Amerika kann nicht funktionieren. Einmal weil ihre Macht dafür nicht ausreicht. Es handelt sich ja um eine globale Hegemonie. Zum anderen kann sie auch deshalb nicht funktionieren, weil sie von der übrigen Welt nicht akzeptiert wird. Auf Dauer auch nicht von Europa. Die westliche Allianz würde schon auf mittlere Sicht daran zerbrechen – dafür gibt es heute schon Anzeichen – wenn nicht die Machtverhältnisse zwischen beiden Seiten des Atlantiks ausgewogener würden als bislang. Die in den USA gängige Formel, was gut ist für Amerika ist gut für die Welt, kann Europa niemals akzeptieren.“<sup>1053</sup>

Er plädiert daher für eine „strategische Allianz zur Umformung der transatlantischen Beziehungen. ... Ziel muss aber sein, dass Europa selbst ebenfalls eine größere Macht wird, damit es für Amerika überhaupt partnerfähig wird.“<sup>1054</sup>

Der Wunsch Lamers nach Umformung der transatlantischen Beziehungen zu Gunsten der EU hatte der deutsche Außenminister Joschka Fischer mit der Strategie für eine „Rekonstruktion des Westens“ durch ein neues Machtverteilungssystem im Rahmen eines „neuen Transatlantismus“, adäquat realisiert. Über diese Strategie soll Europa seiner „neuen strategischen Bedrohungslage“ gerecht werden. In einem Interview mit der FAZ erklärte er diesbezüglich; Europa müsse nach der Wiedervereinigung des Kontinents, für die das Datum des Mauerfalls – „9.11.“ – Symbol sei, und nach der terroristischen Herausforderung der

---

1051 Karl Lamers; Zum Kabinettsbeschluss über die Bereitstellung deutscher Truppen für eine Beteiligung der Bundeswehr an der US-geführten Operation gegen den Internationalen Terrorismus; in: [www.hlz.hessen.de/meinung/bundeswehr.html](http://www.hlz.hessen.de/meinung/bundeswehr.html); 16.11.2001.

1052 Wagner, Hans; Europäische Identität (Interview mit Karl Lamers): „Der Streit um das atlantische oder das europäische Europa ist in ein entscheidendes Stadium getreten“; in: Eurasisches Magazin; <http://www.eurasischesmagazin.de>; 25.10.2003.

1053 Ebenda.

1054 Ebenda

westlichen Welt, die durch den Angriff des 11.9. symbolisiert werde, „seiner eigenen strategischen Rolle“ bewusst werden.<sup>1055</sup>

Laut Fischer ist im Rahmen seiner Strategie, welche die Demokratisierung des politischen System und Liberalisierung der Länder „Greater Middle East“ voranbringen und die Region politisch stabilisiert soll, Deutschland bereit, gemeinsam mit den USA, die ebenfalls in ähnlichem Rahmen die gleichen Ziele – Befriedung und Stabilisierung – in der Großregion verfolgen, vorzugehen. Der Grundpfeiler der Strategie von Außenminister Fischer, die von der CDU-Opposition bejaht wird, ist die Integration der Türkei in die EU als Brückenkopf zum Nahen Osten, Mittelasien und dem Kaukasus.

Obwohl nach Einschätzung der Experten, die EU-Integration der Türkei von hohen geopolitische Gewinnerwartungen begleitet sein wird,<sup>1056</sup> bleibt die Debatte über einen EU-Beitritt der Türkei kontrovers; trotz ausdrücklicher Erklärung deutscher Außen- und Wirtschaftspolitiker, welche die Ursache des gesteigerten Interesses an der Türkei in seiner „Brückenkopffunktion“ mit der geographischen Nähe zu den Ressourcenstaaten des Ostens begründeten.

In einer früheren Debatte des Bundestags über den EU-Beitritt der Türkei hatte Außenminister Fischer, der von der Opposition beschuldigt wurde, „er setzte sich für den EU-Beitritt der Türkei ein, weil er den USA einen Gefallen tun möchte“, ausdrücklich geantwortet: „Es ist doch nicht wahr, dass wir hier Entscheidungen treffen, um irgendjemandem einen Gefallen zu tun. ... Gestern Nacht habe ich noch mit Colin Powell über diese Frage gesprochen. Ich habe ihm noch einmal gesagt: Zur Türkei wird es keine Entscheidung geben, die nicht unserer Interessenlage und der Interessenlage der europäischen Integration entspricht.“<sup>1057</sup>

Um welche Interessen es hier geht, erklärt Dr. Klaus Scharioth, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der sich am 24. Januar 2003 beim Deutsch-Türkischen Kooperationsrat in Berlin mit diesem Thema befasste: „Die EU-Heranzuführung der Türkei ist auch im

---

1055 Vgl. Auswärtiges Amt; „Die Rekonstruktion des Westens“ – Interview von Bundesaußenminister Fischer zu Europa, Amerika und den gemeinsamen strategischen Aufgaben mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 06.03.2004; in: [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe\\_archiv?archiv\\_id=5454](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=5454); 11.03.04.

1056 Vgl. Skiba Alexander, Geostrategische Aspekte der Türkei. Kann Europa von den USA lernen?; in: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP); <http://www.weltpolitik.net/texte/europa/tuerkei/tuerkei2.pdf>; 15.03.2003.

1057 Auswärtiges Amt: Rede von Bundesaußenminister Fischer vor dem Deutschen Bundestag im Rahmen der Haushaltsdebatte u.a. zur Bekämpfung des Internationalen Terrorismus, zum Irak, zum EU-Gipfel in Kopenhagen und der Frage des EU-Beitritts der Türkei, 04.12.2002 (Auszug); [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe\\_archiv?archiv\\_id=3832](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=3832); 10.03.2004.

wirtschaftlichen Interesse Deutschlands. Deutschland ist – noch vor den USA und Russland – der wichtigste Handelspartner der Türkei, und zwar sowohl was Importe aus der Türkei, als auch was Exporte in die Türkei anbelangt. Über 1000 deutsche Unternehmen sind in der Türkei vertreten, das ist ein Fünftel aller ausländischen Unternehmen in der Türkei und bedeutet den ersten Platz vor den USA und Großbritannien. Gründe für das starke Engagement deutscher Firmen in der Türkei sind der große Inlandsmarkt mit 67 Millionen Einwohnern, sowie die Brückenkopffunktion der Türkei zu Ländern des Kaukasus und Zentralasiens und in den nah/mittelöstlichen Raum. Kein Wunder, dass sich die deutsche Industrie deshalb für den EU-Beitritt der Türkei einsetzt. ... Der weitere EU-Heranführungsprozess der Türkei liegt im strategischen Interesse Deutschlands, der EU und der NATO-Partner. Wir alle wollen eine stabile, demokratische, säkulare Türkei mit enger Anbindung an den Westen. Die Türkei hat aufgrund ihrer geografischen Lage eine geostrategische Bedeutung für die Transitstrecken für Öl und Gas aus dem Kaukasus und Zentralasien, die Beherrschung der Migrationströme und die Bekämpfung des Drogenhandels. Der erfolgreiche Versuch der Türkei, Demokratie und Islam in Einklang zu bringen, wäre zudem ein wichtiges Beispiel für andere islamische Länder.“<sup>1058</sup>

Einesteils bedeutet diese Funktionszuweisung eine stärkere Militarisierung der Türkei, um ihrer zugeordneten Rolle als „Frontstaat“ gerecht zu werden. Damit die Türkei substantiell ihre neuen außenpolitischen Aufgaben im Bezug auf ihre Rolle als Transitland und „die Brückenkopffunktion zu Ländern des Kaukasus und Zentralasiens und in den nah/mittelöstlichen Raum“ wahrnehmen kann, wird an eine Wiederbelebung der „Bagdad-Bahn“ gedacht, u.a. weil die türkische Eisenbahnlinie nicht europakonform ist.

Die türkische Eisenbahnlinie wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts von einem deutschen Konsortium projektiert und galt damals als Inbegriff des deutschen Versuchs, an die Ölquellen des Persischen Golfs zu gelangen. Heute haben diese Aufgabe Pipelinenetze übernommen. Jedoch deuten solche Infrastrukturaßnahmen immer noch auf politische und wirtschaftliche Machtausweitung hin und bleiben umstritten.

Dementsprechend hatte die Deutsche Bahn AG mit der türkischen Eisenbahngesellschaft Türkiye Cumhuriyeti Devlet Demiryollari Isletmesi (TCDD) für die Modernisierung des

---

1058 Auswärtiges Amt: „Die deutsch-türkischen Beziehungen in europäischer Perspektive“ – Rede von Dr. Klaus Scharioth, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, beim Deutsch-Türkischen Kooperationsrat in Berlin; [http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_archiv?land\\_id=176&a\\_type=Reden&archiv\\_id=4003](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_archiv?land_id=176&a_type=Reden&archiv_id=4003); 24.01.2003.

türkischen Eisenbahnnetzes ein Abkommen geschlossen, das dem deutschen Konzern umfangreichen Einfluss auf die türkische Staatsbahn bei der „europakonformen Ausgestaltung ihres Eisenbahnwesens“ einräumt. Die EU unterstützt die Anpassung der türkischen Bahn an das europäische Eisenbahnnetz mit fast fünf Millionen Euro.<sup>1059</sup>

Das Abkommen zwischen Deutscher Bahn AG und TCDD bildet einen Rahmen für die künftige Zusammenarbeit. Schwerpunkt ist die Unterstützung der TCDD bei der geplanten Erneuerung des Eisenbahnwesens. „Wir wollen unsere positiven Erfahrungen mit der Bahnstrukturreform in Deutschland unseren türkischen Kollegen zur Verfügung stellen und sie in allen relevanten Bereichen unterstützen,“ erklärte Bahnchef Hartmut Mehdorn in Istanbul.<sup>1060</sup>

Das Abkommen sieht ferner künftige Vereinbarungen über die Bereitstellung von Dienstleistungen und Produkten durch die Deutsche Bahn vor; so etwa Beratungs- und Ausbildungsleistungen im Bereich der Unternehmensorganisation, des Ingenieurwesens, des Projektmanagements sowie des Fahrzeugwesens. Die türkische Regierung hatte sich bereits im Dezember 2003 für eine Beratung durch die Deutsche Bahn zur europakonformen Ausgestaltung ihres Eisenbahnwesens ausgesprochen. Entsprechende Verträge werden derzeit erarbeitet. Die Deutsche Bahn sieht die TCDD als „wichtigen strategischen Partner an der Nahtstelle zwischen Europa und Asien.“<sup>1061</sup>

Diese Infrastruktur-Kooperation mit der Türkei ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Zusammenarbeit beider Bahnen und wird die Qualität des internationalen Schienenverkehrs in den Süd-Ost-Korridoren positiv beeinflussen. Gemeinsam mit der TCDD will die Deutsche Bahn nun auch den Auftrag für die Wiederbelebung der Schienenverbindung Istanbul-Bagdad-Basra erhalten. Als Zwischenträger beim Erwerb der irakischen Territorialrechte springt Ankara ein, das einen entsprechenden Vertrag mit der provisorischen Verwaltung in Bagdad bereits abgeschlossen hat.

---

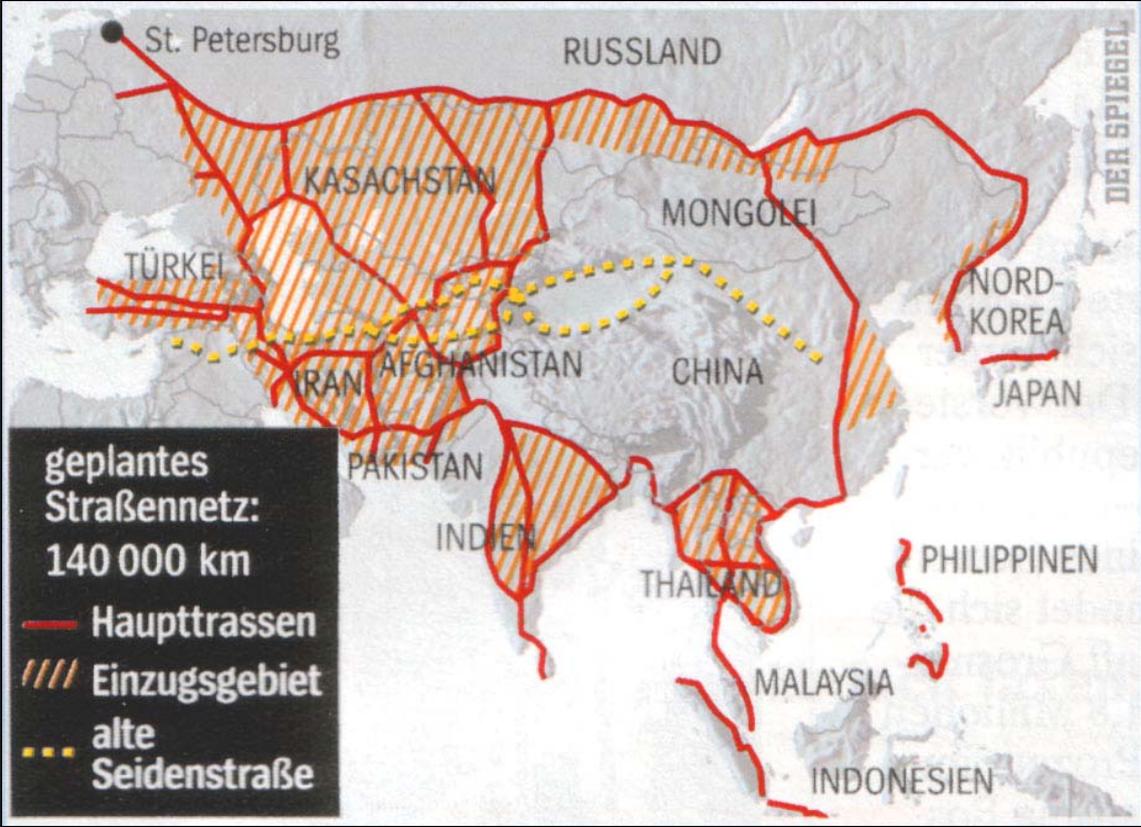
1059 Deutsche Bahn AG ( Presse-Information) ; Klingberg, Werner W.; Triebs, Claudia; Im Rahmen des deutsch-türkischen Wirtschaftsforums in Istanbul haben Bahnchef Hartmut Mehdorn und sein Amtskollege Süleyman Karaman gestern in Anwesenheit von Bundeskanzler Gerhard Schröder und des Ministerpräsidenten der Republik Türkei, Recep Tayyip Erdogan, ein Abkommen über die strategische Zusammenarbeit der beiden Bahnen unterzeichnet; in: [http://www.bahn-net.de/presse/presse-informationen/holding/2004\\_1/pi\\_20040224.htm](http://www.bahn-net.de/presse/presse-informationen/holding/2004_1/pi_20040224.htm); 24.02.2004.

1060 Ebenda.

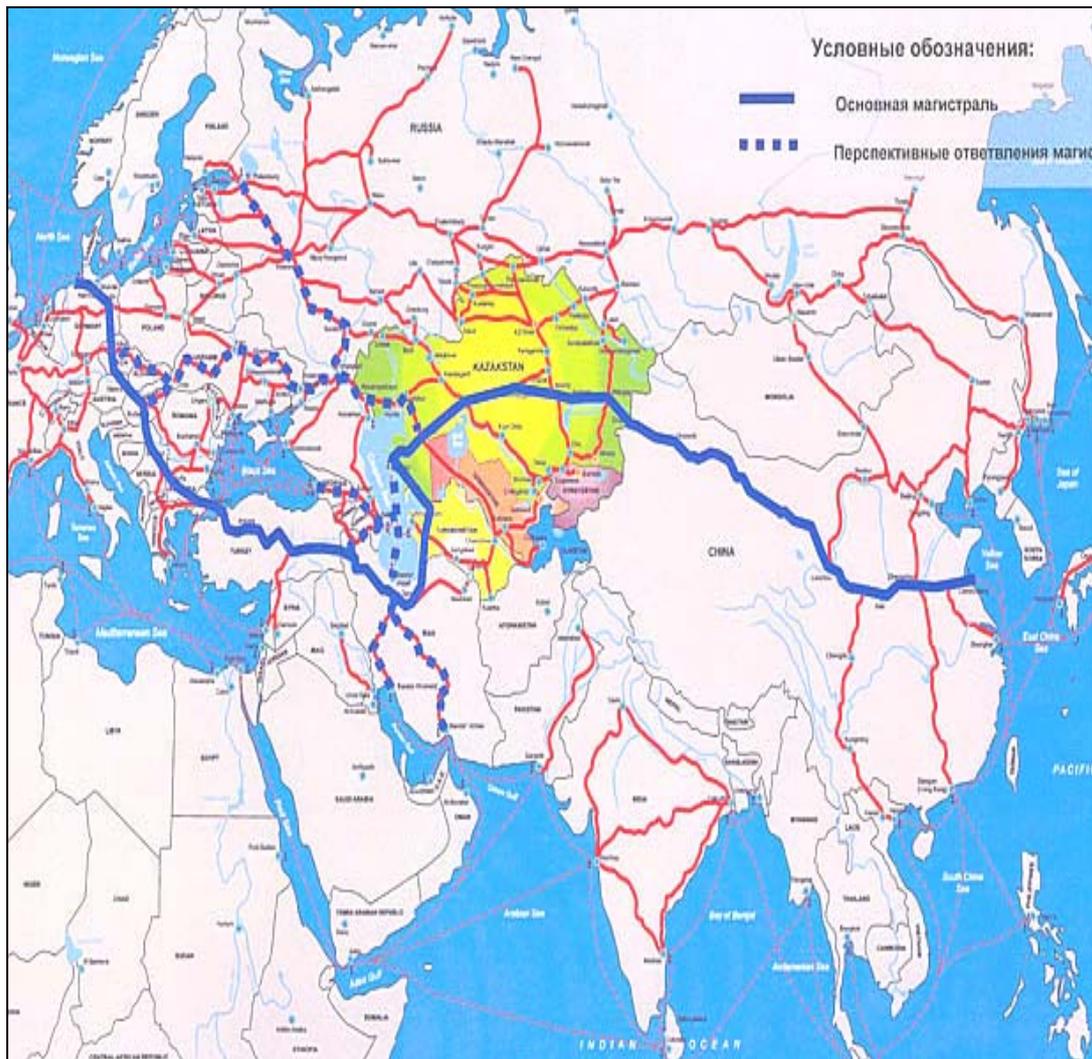
1061 Ebenda.

**Karte IV: Die geplante Streckenführung der neuen Transeurasischen Eisenbahnen**

**Karte A**



## Karte B



**Quelle;** A: Autor unbekannt; Eurasien: Moderne Seidenstraße; in: Der Spiegel; Nr. 19/2004; S. 130. u. B: Wagner, Hans; Eurasien: Konkurrenz für die Transsib: Transeurasische Eisenbahn; in: Eurasisches Magazin; Nr. 05/2004; <http://www.civisdigitalis.de/em/info/print.asp?article=20040512>; 27.05.2004.

Außerdem haben Anfang Mai 2004 Diplomaten aus 24 Staaten Asiens unter Vorsitz des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan in Shanghai ein Abkommen unterzeichnet, welches die Ostsee und den Bosphorus mit Asiens Metropolen verbindet. Weitere sieben Länder wollen sich in naher Zukunft anschließen. Wie beim historischen Vorbild der „Seidenstraße“ handelt es sich nicht um eine einzige Transversale, sondern um ein Geflecht von Routen.<sup>1062</sup> Die Hauptader ist die Transsibirische Eisenbahn, welche bislang die einzige durchgehende Eisenbahnverbindung zwischen dem Osten und dem Westen des eurasischen Kontinents darstellte. Jetzt soll sie über den Bosphorus Konkurrenz bekommen. Dieses neue Schienennetz, das den Namen „die neue Seidenstraße“ erhalten hat, soll Istanbul mit Zentralasien und China

---

<sup>1062</sup> Vgl. Autor unbekannt; Eurasien: Moderne Seidenstraße; in: Der Spiegel; Nr. 19/2004; S. 130-131.

verbinden. Sie soll über eine Strecke von mehr als 8.000 Kilometern China und andere Staaten aus dem asiatisch-pazifischen Raum mit den wichtigsten Handelsmärkten Europas verknüpfen.<sup>1063</sup> (Karte IV)

Als Ausgangspunkt der transkontinentalen Eisenbahnlinie ist die Stadt Lianyungang im Osten Chinas vorgesehen. Von hier aus soll die Bahnlinie durch China, Kasachstan, Turkmenistan und den Iran bis in die Türkei führen. Weiter verläuft die geplante Verbindung durch mehrere osteuropäische Staaten bis zum Hamburger Hafen. Im Westen der Türkei standen die Streckenplaner bis vor kurzem noch vor einem 1,4 Kilometer breiten Problem: dem Bosphorus. Die Meerenge zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Istanbuls ist bislang nur mit dem Auto über eine der beiden Hängebrücken oder mit dem Schiff zu überqueren. Eine Eisenbahnverbindung über die Meerenge gibt es nicht. Das soll sich aber bald ändern. Mitte Mai 2004 wurden die Bauarbeiten für einen 13,7 Kilometer langen Tunnel begonnen, der ab dem Jahr 2008 den europäischen Teil Istanbuls mit dem asiatischen verbinden soll.<sup>1064</sup>

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der an der Eröffnungszeremonie der Bauarbeiten teilnahm, war sich selbstverständlich der großen Bedeutung des Ereignisses bewusst. „Dieses Projekt ist nicht nur für die Türkei wichtig, sondern zur gleichen Zeit ein Projekt des Jahrhunderts“, triumphierte der Politiker. Es ist nicht auszuschließen, dass er dabei auch an die geplante Bahnlinie zwischen China und Deutschland gedacht hat. Denn diese könnte den Bosphorus ab dem Jahr 2008 sozusagen im Tauchgang überwinden.<sup>1065</sup>

Die Fertigstellung der Eisenbahnlinie ist allerdings erst zwei Jahre später, im Jahr 2010, geplant. Dann sollen jährlich bis zu 35 Millionen Tonnen Frachtgut über die Gleise transportiert werden. Zurzeit wird ein Großteil des Warenverkehrs zwischen China und Europa auf der Transsibirischen Eisenbahn durch Russland befördert. Transporte zwischen Peking und Moskau benötigen etwa zehn Tage. Die geplante Alternativverbindung von China nach Europa würde Dauer und Kosten von Warenlieferungen erheblich reduzieren. Und diese Einsparmöglichkeiten erhalten zunehmend an Bedeutung. Schätzungen des IWF zufolge, beträgt das jährliche Handelsvolumen zwischen Europa und Asien rund 600 Milliarden US-Dollar; bis zum Jahr 2010 wird ein Anstieg von 150 Prozent erwartet. Der geplante Schienenstrang wird die in Europa übliche Breite haben, so dass auf einer Fahrt von China

---

1063 Vgl. Wagner, Hans; Eurasien: Konkurrenz für die Transsib: Transeurasische Eisenbahn; in: Eurasisches Magazin; Nr. 05/2004; <http://www.civisdigitalis.de/em/info/print.asp?article=20040512>; 27.05.2004.

1064 Vgl. Wagner, Hans; Eurasien: Konkurrenz für die Transsib: Transeurasische Eisenbahn; in: Eurasisches Magazin; Nr. 05/2004; <http://www.civisdigitalis.de/em/info/print.asp?article=20040512>; 27.05.2004.

1065 Ebenda.

nach Hamburg die Räder der Waggons nicht ausgetauscht werden müssen, wie es bislang beim Zugverkehr zwischen Westeuropa und Russland an der polnisch-weißrussischen Grenze notwendig ist.<sup>1066</sup>

Die aktuellen Verhandlungen zwischen Siemens und der staatlichen russischen Eisenbahngesellschaft (RZD) über die Zusammenarbeit für den Bau eines überdimensionierten Gemeinschaftsprojekts in der Eisenbahnbranche deutet darauf hin, dass die Modernisierung der eurasischen Transportkorridore mit strategischen und machtpolitischen Folgen weiter forciert werden und sich nicht auf die südliche Route begrenzt.<sup>1067</sup>

Laut „Spiegel“ wollen beide Seiten ein Gemeinschaftsunternehmen gründen, das Hochgeschwindigkeitszüge herstellen soll. Russische Medien hatten zuvor berichtet, ein Vertragsabschluss sei bis Ende 2004 zu erwarten. Diese Medien beriefen sich auf nicht näher bezeichnete Quellen in der russischen Eisenbahngesellschaft. Bereits Anfang November 2004 hatte die Agentur Itar Tass über die Gespräche berichtet. Die Siemens-Manager Edward Krubasik und Rudi Lamprecht hatten damals in München eine erste Vereinbarung mit dem Präsidenten von RZD, Genadij Fadejew, unterzeichnet. Laut Itar Tass soll das Unternehmen auf Basis von Siemens-Technologie Hochgeschwindigkeitszüge für den russischen Markt entwickeln.

Der Bedarf wird laut Itar Tass auf rund 150 Züge geschätzt. Der erste Zug könne 2007 produziert werden und mit maximal 230 Kilometern pro Stunde verkehren. Damit läge das Tempo unter der Höchstgeschwindigkeit eines ICE 3, der auf bis zu 300 Kilometer pro Stunde kommen kann. Die Siemens-Technologie müsste für die russische Spurweite adaptiert werden. Als attraktive Einsatzorte gelten vor allem die Strecken im europäischen Teil Russlands. Darunter könnten die Verbindungen Moskau-Petersburg und Petersburg-Helsinki sein. Die Strecke von Moskau über Petersburg nach Finnland soll nach früheren Angaben Fadejews bereits 2008 fertig sein. Auch Strecken von der russischen Hauptstadt nach Rostow am Don oder nach Nishnij Nowgorod könnten mit den neuen Schnellzügen verbunden werden.

Siemens steht mit seinen Russland-Plänen nicht allein da – auch weitere Unternehmen aus der deutschen Bahnbranche hoffen darauf, dass sich im Osten Europas immense

---

1066 Ebenda.

1067 Streitz, Matthias; Großprojekt: Siemens hofft auf den Russen-ICE; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,330855,00.html>; 03.12.2004.

Wachstumsperspektiven auf. Wenn das hohe Wirtschaftswachstum anhält, könnte Russland die Modernisierung seiner maroden Zugstrecken und die Erneuerung seiner Züge in Angriff nehmen. Für eine Kooperation zwischen Siemens und RZD in Sachen Bahntechnologietransfer hatten sich der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und der russische Präsident Wladimir Putin sich persönlich engagiert. Im März hatten Fadejew und der Präsident des Deutschen Verkehrsforums, der frühere Bahn-Chef Heinz Dürr, daraufhin ein Memorandum unterzeichnet. Damit wurde festgelegt, dass die RZD und die deutsche Bahnindustrie zunächst fünf Arbeitsgruppen bilden, die zu einer weiteren Kooperation führen sollen. Diese Gruppen befassen sich mit Themen wie dem Zustand der Schienen, dem Bau neuer Züge und neuer Reisewaggons sowie mit dem Einsatz von IT bei der Bahn.

Auch die Deutsche Bahn AG selbst unterstützt diese Vorhaben. Wie Siemens will sie enger mit der RZD kooperieren, vor allem im Bereich Güterverkehr. Den Strategen um Bahn-Chef Hartmut Mehdorn schwebt vor, Berlin zu einem Knotenpunkt auszubauen, von dem aus westliche Waren auf die Reise bis weit nach Sibirien geschickt werden könnten. Schon 2003 hatten die Bahn, die RZD und die Staatsbahnen aus Polen und Weißrussland sich auf ein Projekt geeinigt, das zur Einführung kompatibler Lokomotiven führen soll, die sowohl im Westen wie auch in Russland verkehren können.

Trotzdem entsteht mit den südlichen Routen der eurasischen Zugverbindung eine starke Konkurrenz für die russische Transsib. Wobei es nicht allein die genannten wirtschaftlichen und technischen Vorteile sind, welche die teilnehmenden Staaten zu dem Mammut-Unternehmen anspornen. Zweifellos haben die partizipierenden Staaten Mittelasiens auch ein großes Interesse daran, die politische Abhängigkeit von russischer Infrastruktur und vom politischen Wohlwollen der Russischen Föderation zu verringern.

Ein weiteres Projekt, welches die strategische Relevanz der Türkei erheblich steigert, ist das „Trans-Asia-Europe Optical Fibre Cable System“ (TAE). Seit 1998 ist die TAE die erste direkte Glasfaserverbindung von Frankfurt am Main über die Türkei nach Schanghai in Betrieb. „Die Inbetriebnahme der TAE-Linie stellt einen Meilenstein in der Telekommunikation der beteiligten Partner dar, da TAE für sie ein neues Telekommunikationszeitalter einleitet“, sagte Gerd Tenzer, Vorstand Technik Netze der Deutschen Telekom anlässlich der offiziellen Inbetriebnahme. „TAE bedeutet für einige

Partner auch den Übergang von analoger zu digitaler Technik mit all ihren vielfältigen Möglichkeiten der modernen Telekommunikation.“<sup>1068</sup>

Das TAE ist das längste Landkabelsystem der Welt. Es entwickelt sich mittlerweile von einem einzelnen 17.000 Kilometer langen Glasfaserkabel hin zu einem Netzwerk durch 20 Staaten mit einer Gesamtlänge von 27.000 Kilometern. Jedes beteiligte Land hat sein Segment selbst gebaut und finanziert. Das Gesamtinvestitionsvolumen bis zum Endausbau beträgt rund eine halbe Milliarde Euro, bisher wurden bereits rund 350 Millionen Euro von den beteiligten Unternehmen investiert. Die Deutsche Telekom ist einer der Initiatoren sowie Koordinator des Gesamtprojektes. Die Haupttrasse des TAE entspricht dem Verlauf der früheren „Seidenstraße“ von Schanghai/China über Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Iran, Türkei, das Schwarze Meer, Ukraine und Polen bzw. Rumänien, Ungarn und Österreich nach Frankfurt am Main.

„Die Deutsche Telekom beschränkt sich nicht allein auf den Ausbau nationaler Telekommunikationsnetze. Um den Anforderungen der global agierenden Kunden gerecht zu werden, realisiert das Unternehmen auch breit ausgebaute Infobahnen ins Ausland,“ sagte Gerd Tenzer.<sup>1069</sup> (Karte V)

---

1068 Vgl. Erste direkte Glasfaserverbindung Deutschland - China eröffnet TAE, die moderne „Seidenstraße“ der Telekommunikation; in: Studien zur Zeitfragen; 36. Jahrgang; Internet Ausgabe 2002; <http://www.jahrbuch2002.studien-von-zeitfragen.net/Deutschland/TransAsiaEurope/transasiaeurope.html>.

1069 Vgl. Erste direkte Glasfaserverbindung Deutschland - China eröffnet TAE, die moderne „Seidenstraße“ der Telekommunikation; in: Studien zur Zeitfragen; 36. Jahrgang; Internet Ausgabe 2002; <http://www.jahrbuch2002.studien-von-zeitfragen.net/Deutschland/TransAsiaEurope/transasiaeurope.html>.

## Karte V: Glasfaserverbindung Deutschland – China



**Quelle:** Glasfaserverbindung Deutschland – China eröffnet TAE, die moderne „Seidenstraße“ der Telekommunikation; in: Studien zur Zeitfragen; 36. Jahrgang; Internet Ausgabe 2002; <http://www.jahrbuch2002.studien-von-zeitfragen.net/Deutschland/TransAsiaEurope/transasiaeurope.html>; 13.10.1998.

Entsprechend beginnt die Deutsche Telekom ebenfalls im Nahen Osten mit der Erschließung gewinnversprechender Mobilfunkmärkte. Im Nahen Osten entfaltet Detecon, eine 100 prozentige Tochtergesellschaft der Telekom-„Division“ T-Systems, umfangreiche „Aktivitäten“ zur Eroberung größerer Marktanteile.<sup>1070</sup>

Die Nahostexpansion gilt als besonders lukrativ, da es in vielen Staaten noch Monopole gibt und die Versorgung relativ gering ausgebaut ist. Darüber hinaus verschaffen bestimmte Systementscheidungen europäischen Wettbewerbern Vorteile gegenüber der US-Konkurrenz. So hat die Entscheidung des amerikanischen Verteidigungsministeriums, für den irakischen Mobilfunk europäische GSM-Standards anzuwenden, die noch während der laufenden US-Invasion im Irak gefällt wurde, in den Vereinigten Staaten massive Verärgerung hervorgerufen. Bspw. sprach sich Darrell Issa, ein Mitglied des amerikanischen

---

<sup>1070</sup> Vgl. Autor unbekannt; Deutsche Telekom expandiert im Nahen Osten; Wirtschaftswoche Online; <http://www.wiwo.de/pswiwo/fn/ww2/sfn/buildww/id/132/fm/0/fl/0/bt/2/SH/0/depot/0/>; 12.05.2004.

Repräsentantenhauses, dagegen aus und plädiert stattdessen für die Errichtung eines amerikanischen CDMA-Netzes.<sup>1071</sup>

Issa erfreute es nicht, dass im Nachkriegs-Irak ausgerechnet deutsche und französische Firmen Einnahmen über die Errichtung des GSM-Netzes erzielen sollten, wobei deren Regierungen den Irak-Krieg nicht unterstützen, sondern ablehnen. „If U.S. taxpayers are going to be gifting billions of dollars in technology and infrastructure to the Iraqi people we ought to make sure, to the greatest extent possible, that those expenditures also benefit the American people and the American economy. ... If we build a system based on European technology the Europeans will receive the royalties, not U.S. patent holders. From an investment standpoint, that is a bad decision,“ argumentierte Darrell Issa.<sup>1072</sup>

Trotz dieser klaren Absage des US-Kongressmannes wird nach Angaben des Direktors des Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), Werner Weidenfeld, die EU ihre regionale und weltweite Einflussosphäre ausbauen.

Er schreibt: „The EU’s strategic radius will expand globally beyond the EU’s neighbouring regions. The broad spectrum of tasks should comprise humanitarian tasks and rescue operations, peacekeeping tasks, measures against the proliferation of weapons of mass destruction, as well as military crisis management operations including peace-building measures, demobilisation of conflict parties or support for third states in the fight against terrorism. In supporting a multilateral world order, the EU attaches special importance to the United Nations, the World Trade Organisation (WTO), NATO and regional organisations. The Gulf Co-operation Council (GCC) being such a regional organisation is a natural partner for the European Union. Even though there have been first steps towards co-operation between the GCC member states and the European Union in the past, the potential for co-operation has not adequately been exploited so far.“<sup>1073</sup>

Mit der Erweiterung um Zypern und womöglich der Türkei, so der deutsche Politikberater, rücke die EU auch räumlich näher an den Persischen Golf heran. Es gelte nun, die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten des GCC – Saudi-Arabien, Kuwait, Katar,

---

1071 Vgl. Congressman Darrell Issa ( Representing the people of the 49 th District of California); Topic Issa Bill Preferences U.S. Companies in Reconstruction of Iraq Mandates use of U.S. Based CDMA Cell Phone Technology; in: US Congress Online; [http://www.issa.house.gov/newsroom\\_press\\_detail.asp?serial=101&page=newsroom](http://www.issa.house.gov/newsroom_press_detail.asp?serial=101&page=newsroom); 27.03.2003.

1072 Ebenda.

1073 Vgl. Discussion Paper: The Future of the enlarged European Union and its neighbourhood; Professor Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld for the Gulf Research Center, Dubai, United Arab Emirates; [http://www.cap.uni-muenchen.de/download/2004/2004\\_dubai\\_speechWW.pdf](http://www.cap.uni-muenchen.de/download/2004/2004_dubai_speechWW.pdf); 01.03.2004; S. 15.

Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Oman – auszubauen. Über die schon eingeleitete Wirtschaftskooperation hinaus sei vor allem ein politischer und sicherheitspolitischer Dialog nötig. „Due to the geographic proximity the GCC and the EU have common interest in peace and stability in the region, especially with regard to the future of Iraq. Following the European Union’s enlargement, notably Cyprus, and the possibility of a Turkish accession will bring both even closer. The security interdependency between both regions will even increase.“<sup>1074</sup>

Den GCC-Staaten, die lange Zeit eng mit den Vereinigten Staaten zusammengearbeitet haben, schlägt Weidenfeld nun die Einrichtung einer Gulf Conference for Security and Co-operation (GCSC) vor, in die auch Iran und Irak einbezogen werden müssten. Auf die Einrichtung sollen neben den USA auch die EU und Russland Einfluss erhalten; sie soll sich zunächst um die „Stabilisierung“ des Irak bemühen. Die GCC-Staaten seien dazu die geeigneten Partner, heißt es im Redetext: Sie hätten die Politik des „Westens“ immer unterstützt und – im Gegensatz zu Iran und Irak – sich nie mit militärischer Gewalt gewehrt.

Wie Weidenfeld zugab, müssen auch auf europäischer Seite Widerstände gegen die deutschen Golf-Kooperationspläne überwunden werden. Zudem hätten sich Frankreich und insbesondere Großbritannien lange Zeit geweigert, ihren Einfluss am Persischen Golf zu „europäisieren“.

„European Union member countries having close ties to the Gulf, notably the UK and to a lesser extend France, have not had any interests to ‘Europeanise’ their relations to the Gulf region. Inside the EU there was some opposition against a free trade agreement. Notably the European Parliament and several interest groups have been concerned about the impact of such an agreement on European industry.“<sup>1075</sup>

Der deutsche Politikberater hält derlei Widerstände offenbar inzwischen für überwindbar. So wird die Türkei als geographischer Dreh- und Angelpunkt für die infrastrukturelle Entwicklung der EU in Richtung Mittelasien, Kaukasus sowie der Region des persischen Golfes unentbehrlich.

Auch für Außenminister Joschka Fischer ist diese strategische Rolle der Türkei ein wichtiger Grund für den EU-Beitritt des Landes. Sie soll als eine Brücke, für die Herausforderung der deutschen Außenpolitik einen „größeren Mittleren Osten“ zu schaffen, fungieren.<sup>1076</sup> Bei

---

1074 Vgl. Discussion Paper: The Future of the enlarged European Union and its neighbourhood; Professor Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld for the Gulf Research Center, Dubai, United Arab Emirates; [http://www.cap.uni-muenchen.de/download/2004/2004\\_dubai\\_speechWW.pdf](http://www.cap.uni-muenchen.de/download/2004/2004_dubai_speechWW.pdf); 01.03.2004; S. 16.

1075 Ebenda; S. 18.

1076 Vgl. Frankenberger, Klaus Dieter; (Interview mit Außenminister Fischer); Die Rekonstruktion des Westens; in: FAZ; Nr. 56; 06.03.2004; S. 9.

einem Arbeitsbesuch in der Türkei sagte er mit Überzeugung, dass sein Ziel „die Heranführung der Türkei an die Europäische Union“ ist, um das Land als Vorposten in der islamischen Welt und als geostrategischen Brückenkopf nach Asien zu benutzen. Laut Fischer ist für die Sicherheit Europas im neuen Jahrhundert der „Türkei-Beitritt wichtiger als ein Raketenabwehrsystem.“ Dies sei einer der zentralen strategischen Entscheidungen für die Sicherheit Europas im 21. Jahrhundert. Von überragender Bedeutung sei, wenn es gelänge, in der Türkei Demokratie und Islam in einer offenen Gesellschaft zusammenzuführen. Wenn die EU aber die Türkei die Tür vor der Nase zuschlage, dann „werden wir dafür einen sehr hohen Preis bezahlen.“<sup>1077</sup>

Was ist das wahre Motiv der Initiative von Außenminister Fischer?

Obwohl die Türkei seit 40 Jahren EU-Beitrittskandidat ist, wurde die Aufnahme in die EU wiederholt angekündigt, aber immer wieder verschoben, obschon die USA darauf drängten. Viele Politiker meinten sogar, Washington will das NATO-Land, das gegen die UdSSR aufgerüstet wurde, wirtschaftlich stabilisieren und dafür die Europäer zahlen lassen, daher hätte man das EU-Aufnahmeverfahren der Türkei immer wieder verschoben.

Die Disparität zwischen EU und USA und die innerdeutsche Debatte über den EU-Beitritt waren von Anfang an vorhanden. Nachdem die USA aber eine Ausweitung ihres Einflusses durch eine kriegerische Besetzung des Nahen und Mittleren Ostens verfügten, scheint es, dass diese Meinungsunterschiede nicht länger aufrecht zu erhalten sind. Wie der Irak-Krieg zeigte, berauben die militärischen US-Aggressionen die führenden EU-Mitglieder ihrer staatlichen Geschäftspartner und reduzieren den zivilwirtschaftlichen Vorteil der Europäer. Diese Erfahrung hat in Berlin bei Regierung und Opposition zur Erkenntnis geführt,<sup>1078</sup> dass in die Türkei sowohl ökonomisch wie militärisch mehr investiert werden muss, um mit den USA gleichzuziehen und über einen möglichst eigenen geostrategischen Stützpunkt bei der fortschreitenden Präsenz in den Nahen und Mittleren Osten sowie den kaspischen Raum zu verfügen.

Wie der deutsche Außenminister offen einräumte, soll die Heranführung der Türkei an die EU, eine euro-islamische Brücke bauen, auf der die EU ein Transmissionsbindemittel bis hin

---

1077 Vgl. Autor unbekannt; Außenminister Fischer; „Türkei-Beitritt wichtiger als ein Raketenabwehrsystem“; in: FAZ.NET; <http://www.faz.net/s/Rub28FC768942F34C5B8297CC6E16FFC8B4/Doc~E29AD169010E5413A9D6DC9E0CF0A60E5~ATpl~Ecommon~Scontent.html#top>; 22.01.2004.

1078 Vgl. Fried, Nico; „Die Zusage an die Türkei gilt auch für die Union“. Volker Rühle (CDU) spricht sich für ernsthafte Beitrittsverhandlungen der EU aus; in: Süddeutsche Zeitung; 20.01.2004; S. 9.

zum Kaukasus und Nahen Osten in Gang setzte. Die DGAP veröffentlicht diesbezüglich einer Grundsatzanalyse, die zu dem Schluss kommt, dass die Türkei „für die europäische ... Politik ... ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt par excellence“ sei: „Als Brückenstaat zwischen Europa und Asien liegt die Türkei inmitten des so genannten „Krisendreiecks“ aus Balkan, Nahem Osten und Kaukasus. Darüber hinaus fällt die geographische Nähe der Türkei zur rohstoffreichen Region um das Kaspische Meer auf, die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts im Zentrum der energiepolitischen Ambitionen verschiedener Akteure steht.“<sup>1079</sup>

So entwickelt sich die Türkei aus geopolitischer Sicht optimistisch gesehen zum Anknüpfungspunkt für eine regionale Kooperation im Sinne der türkischen wie auch der europäischen und amerikanischen Interessenlage. Dies trifft insbesondere auf den energiepolitischen Bereich zu; präziser auf die Erschließung der Öl- und Gasressourcen der Kaspischen Region und des Nahen Ostens. Europa erscheint dabei als der „natürliche Absatzmarkt“ für die Energieträger aus der Kaspischen Region und dem Nahen Osten, wengleich sich die EU gegenüber konkreten Infrastrukturentscheidungen bisher relativ neutral verhält. Demgegenüber wird die US-amerikanische Energiepolitik mit der Unterstützung des politisch ambitionierten Pipeline-Projekts Baku-Tiflis-Ceyhan von den Zielen der weitergehenden Isolation des regionalen und internationalen Konkurrenten getrieben. Eine Integration der Türkei wird den geopolitischen Spielraum der USA begrenzen.

Dies bestätigt das traditionelle Türkei-Interesse der deutschen bzw. europäischen Außenpolitik, die sich Istanbul stets als Zwischenstation auf dem Weg nach Asien sichern wollte und will. Bei der Verfolgung ihrer aktuellen Türkei-Interessen lässt sich die deutsche Außenpolitik von religiösen und kulturellen Widersprüchen nicht hemmen. Rechtzeitig vor seiner jüngsten Türkei-Reise hat der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages Volker Rühle entdeckt, dass katholische Vorbehalte gegen den EU-Beitritt der Türkei überbrückt werden können. Anhaltende Befürchtungen aus den Reihen der Opposition (CDU/CSU) weiß er mit den Berliner Kerneuropa-Plänen zu entkräften. Demnach werde die EU der Türkei erst in einem Jahrzehnt die Vollmitgliedschaft gewähren und den türkischen Bürgern „lange Fristen für eine Freizügigkeit“ auferlegen. Es werde „einen Kern der Euro-Länder geben, andere werden in der Schengen-Gruppe sein, wieder andere werden in der Verteidigungspolitik kooperieren. Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten

---

1079 Skiba Alexander, Geostrategische Aspekte der Türkei. Kann Europa von den USA lernen?; <http://www.weltpolitik.net/texte/europa/tuerkei/tuerkei2.pdf>; 15.03.2003.

eben“, in dem die Türkei der mittleren Peripherie europäischer Asien-Expansion anzugehören hat.<sup>1080</sup>

Diese Sicht der Dinge wird von Außenminister Fischer wie folgt formuliert: „Wenn wir heute den Türken sagen, eure Perspektive ist nur die einer privilegierten Partnerschaft, dann sollte man lieber gleich ehrlich sagen: Ihr kommt nicht rein. Das wird man dann abwägen müssen mit der neuen strategischen Situation. Das würde die Türkei zurückwerfen mit ungewissem Ausgang. Die Türkei wäre wieder auf sich selbst gestellt, mit all den negativen Konsequenzen, die das hat, in einer Situation, in der wir zugleich vor der strategischen Herausforderung stehen, einen neuen größeren Mittleren Osten zu schaffen. Das wäre auch eine klare Ansage: Letztendlich hat der Islam in Gestalt des islamischen Landes Türkei zwar privilegierte Beziehungen zu Europa, aber die EU ist doch ein Christenclub. Das ist es, machen wir uns doch nichts vor. Wenn man hierfür ist, sollte man das der Türkei so sagen – und die Konsequenzen tragen. Ich teile diese Auffassung nicht. Nun sagen Sie völlig zu Recht, das muss balanciert werden mit dem, was die europäische Perspektive der Türkei bedeutet. Wird sie bedeuten, dass die Union dadurch gefährdet wird? Nein, das sehe ich nicht. Wir reden über eine langfristige Perspektive. Wir reden über die Modernisierungsperspektive, die funktionieren muss, wir reden über die zu erfüllenden Kopenhagener Kriterien, wir reden nicht über einen kurzfristigen Prozess. Die Türkei weiß, dass die Finanzmöglichkeiten der Union begrenzt sind.“<sup>1081</sup>

Da die Durchsetzung von solchen geopolitischen „Vorstößen“ in die Peripherie der Kaspischen Region und des Nahen Osten als energiepolitische Einflussosphäre der EU das Einverständnis der anderen Akteure voraussetzt, sind die Erfolgchancen einer solchen Neuordnung fraglich. Trotzdem muss die jüngste Rede von Gernot Erler in der Verbindung mit der möglichen veränderten politischen Großwetterlage in der Außenpolitik Deutschlands und der EU gesehen werden.

Gegenstand der Rede Erlers war die Energiesicherheitspolitik Europas. Er berücksichtigte besonders den geopolitisch geprägten Endbericht der Enquete-Kommission des deutschen Bundestags im Bezug auf „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der

---

1080 Vgl. Autor unbekannt; Volker Rühle (CDU) spricht sich für ernsthafte Beitrittsverhandlungen der EU aus; Süddeutsche Zeitung; 20.01.2004.

1081 Vgl. Frankenberger, Klaus Dieter; (Interview mit Außenminister Fischer); Die Rekonstruktion des Westens; in FAZ; Nr. 56; 06.03.2004; S. 9.

Globalisierung und der Liberalisierung“ sowie das „Grünbuch für europäische Energieversorgungssicherheit“.<sup>1082</sup>

Dem Bericht nach ist „geopolitisch im Zuge der Ablösung der bipolaren durch eine multipolare Welt die Zahl der strategisch maßgeblichen Länder vergrößert worden. Solche Länder sind zum Beispiel Indien, China und die großen lateinamerikanischen Länder, und nicht zuletzt wird auch Russland wieder eine verstärkte Rolle zukommen. Zwischen- und innerstaatliche Konflikte vor allem im Nahen Osten und der Golfregion könnten die Förderung und den Transport von Öl und Gas behindern und dadurch den Energieweltmarkt destabilisieren. ... Für den Aufbau einer weltweit nachhaltigen Energieversorgung sind daher außenpolitische Initiativen auch zur Friedenssicherung im Nahen Osten sowie im kaspischen Raum, im Iran und in Nordafrika, aber auch mit Blick auf Russland notwendig.“<sup>1083</sup> (Hervorhebung durch den Autor).

In diesem Energiestrategiepapier des Bundestags wird mit bewundernswerter Offenheit weiter ausgeführt, dass „seit dem 11. September und dem Krieg in Afghanistan Geopolitik schlagartig Militärpolitik geworden ist. Die USA konnten ihre ökonomisch schon führende Rolle ... durch eine noch stärkere Führung auf militärischem Gebiet unterstreichen. Mit ihren neuen – in den letzten Kriegen hinzugewonnenen – Stützpunkten von Kosovo über die arabische Halbinsel bis nach Mittelasien und den Philippinen, sowie ihren militärischen Aufklärungs- und Transportaktivitäten verfügen die USA über das nötige Potential, die wichtigsten fossilen Energieressourcen zu kontrollieren. Schon vor dem Afghanistan-Krieg waren texanische Ölkonzerne höchst interessiert an einer Pipeline von Mittelasien durch Afghanistan zum Indischen Ozean, die sie mit Hilfe des Taliban-Regimes realisieren wollten. Damit sollte der Zugriff auf die kaukasisch-kaspisch mittelasiatischen Ölfelder unabhängig von Russland und Iran gesichert werden – und damit ‚vitale Interessen der USA‘, wie der ehemalige Verteidigungsminister Caspar Weinberger sie bezeichnet hat. Zu den ‚vitalen Interessen‘ gehören aber nicht nur die Energie-Rohstoffe Mittelasiens, dazu gehören auch die Kontrolle Chinas an seinen Westgrenzen und Russlands an seiner Südostflanke. Alle zugänglichen Informationen lassen darauf schließen, dass die USA ihre hegemoniale Stellung und ihre ‚vitalen‘ Interessen mit militärischen Mitteln und mit Unterstützung anderer

---

1082 Vgl. Endbericht der der Enquete-Kommission des deutschen Bundestags; „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“; Berlin (Drucksache 14/2687); 07.07.2002; S. 91-126 u. Grünbuch, Europäische Kommission; Hinzu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit; Brüssel (Europäische Verlag); 29.11.2001; S. 40-45.

1083 Endbericht der der Enquete-Kommission des deutschen Bundestags; „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“; Berlin (Drucksache 14/2687); 07.07.2002; S. 38.

Führungsmächte absichern werden. Dabei wird sogar der Beginn eines Atomkriegs nicht mehr ausgeschlossen. Der als Krieg gegen den Terrorismus legitimierte Krieg in Afghanistan muss im Zusammenhang mit dem Ausstieg der USA aus vielen internationalen Prozessen analysiert werden. Der ‚American way of life‘ soll, ohne Rücksicht auf die Verelendung vieler Menschen und die globale Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt, gesichert werden. Auf diesem ihrem Weg zur globalen ökonomischen, militärischen und letztlich auch kulturellen Hegemonie stellt die Politik der USA und ihrer Verbündeten, zusammen mit der Geschäftspolitik der von ganz ähnlichen Interessen geleiteten großen multinationalen Konzernen aus diesen Ländern, die größte Gefährdung für jeden Ansatz einer nachhaltigen Entwicklung dar, für jeden Versuch globalen Klimaschutzes und Ressourcenschutzes zu Gunsten nachfolgender Generationen.“<sup>1084</sup> (Hervorhebungen durch den Autor).

Dieses eindrucksvolle Zitat aus dem Bericht der Enquete Kommission des deutschen Bundestages, welches auf Grund seines zutreffenden Inhalts und der Tatsache, dass es im Namen der Gesamtheit des deutschen Bundestags verfasst worden ist, in seiner vollen Länge in die Arbeit aufgenommen wurde, macht deutlich, dass es der bundesdeutschen Regierung durchaus bewusst ist, dass die USA zweifellos entschlossen sind, im kaspischen Raum die Vorherrschaft zu erringen und beizubehalten.

#### **4.6. Das Ende des „Great Game“ oder der Beginn einer modernen Energiegeopolitik**

Nach dieser Redensart, welche die Geopolitik als „Militärpolitik“ interpretiert, sollen die geopolitisch kodifizierten Kampfbegriffe wie „Eurasischer Balkan“ von Brzezinski und „kohärente eurasische Strategie“ von Rogow – deren Reibungspunkte seit Jahren in der angewandten politikwissenschaftlichen und journalistischen Debatte historisch romantisierend und verniedlichend als „Great Game“ bezeichnet werden<sup>1085</sup> – die unterschwellige Konfrontationsbereitschaft der USA und Russlands sowie bis zu einem gewissen Grad der EU, zur Durchsetzung ihrer Interessen auf geopolitischer Ebene in der Kaspischen Region, als Dreh- und Angelpunkt der Interessen, aufzeigen.

Ohne dieses vernebelte Bild der politischen Realität der Region zu dekodieren, stellte Brenda Shaffer, die als Mittelasien- und Kaukasusexpertin die US-Regierung berät, auf einer Konferenz der FES am 10. und 11. November 2003 in Berlin über die Kaspische Region fest,

---

1084 Endbericht der der Enquete-Kommission des deutschen Bundestags; „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“; Berlin (Drucksache 14/2687); 07.07.2002; S. 38.

1085 Der Begriff „Great Game“ entstammt dem Roman Kim von Rudyard Kipling. Er wird verwendet für die Darstellung der intriganten Politik Englands und Russlands im Kaspischen Raum. Vgl. Kipling, Rudyard; Kim; München (Deutscher Taschenbuch Verlag); 1981.

dass im Hinblick auf den so genannten „Antiterror-Krieg“ der USA in Afghanistan, die damit verbundene Militärpräsenz der US-Armee in der Kaspischen Region legitimiert wird, und anscheinend von den „Antiterror-Koalitionspartnern“ der USA – Europa, Russland und China – wohlwollend unterstützt werden, das so genannte neue „Great Game“, beendet ist.

Während der Diskussion, in der sie mit ihren geopolitisch fixierten Ansichten hinsichtlich ihrer bisherigen Publikationen, welche primär die geopolitisch relevante Zusammenarbeit zwischen Iran und Russland und die Minderheitenfragen der Kaspischen Region aus ethnopolitischer Sicht betreffen, konfrontiert wurde,<sup>1086</sup> erklärte sie, dass die USA sich nicht mehr auf „frontalem Konfrontationskurs“ mit anderen Akteuren, die jetzt ihre Antiterrorkoalitionen sind, befinden, aber nach wie vor „Meinungs- und Interessenunterschiede“ über die Zukunft der Region zwischen regionalen und internationalen Akteuren vorhanden sind.

Gernot Erler sprach vorher in diesem Zusammenhang über die neu entdeckten geopolitischen und energiesicherheitspolitischen Interessen der EU in der Kaspischen Region. Im geopolitischen Kontext der EU werde die Bedeutung der Länder der ehemaligen Sowjetunion für die Energiesicherheit der EU als sehr bedeutsam eingestuft, da die bestätigten Vorkommen des kaspischen Beckens (25 Mrd. Barrel), denen der Nordsee entsprechen.<sup>1087</sup> Demgegenüber verkündet Frau Schaffer angesichts des „Antiterror-Kriegs“ der USA in der Region das Ende des „Great Game“. Sie bestätigte allerdings die vorhandenen Meinungs- und Interessenunterschiede der beteiligten Akteure. Worin bestehen nun aber die Meinungsunterschiede und Differenzen?

Als Mitte März 2004 der Sonderbeauftragte der EU für den Südkaukasus in die Kaspische Region reiste und den Länder der Region das Stabilitätskonzept der EU – „Neue Nachbarn Europas“ –, welches die Möglichkeit eines Wirtschaftsassoziationsvertrags für die Region mit Europa in Aussicht stellt, vorstellte, reagierte der ehemalige amerikanische Botschafter Lin Pasco, der in seiner momentanen Eigenschaft ebenfalls als Sonderbeauftragter der USA die Region besuchte, mit Unbehagen und erklärte: „die USA beobachten genau das politische

---

1086 Unter anderem veranschaulicht Brenda Shaffer in folgenden wissenschaftlichen Analysen ihre geopolitisch geprägten Meinungen. Vgl. Shaffer, Brenda; *Partner in Need: The Strategic Relationship of Russia and Iran*; Washington, D.C. (Washington Institute for Near East Policy); 2001. u. Shaffer, Brenda; *The Formation of Azerbaijani Collective Identity in Iran*; in: *Nationalities Papers* 28, 03.10.2000.

1087 Vgl. Grünbuch, Europäische Kommission; *Hinzu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit*; Brüssel; 29.11.2000; S. 44-45.

Engagement Europas in der Region. Die USA sind nicht bereit, das Schicksal der Region der EU zu überlassen.“<sup>1088</sup>

Die Gründe dieses unverkennbaren Misstrauens können im Beitrag von Friedemann Müller für die genannte Konferenz der Friedrich Ebert Stiftung am 10. und 11. November 2003 gefunden werden. Im Anschluss an die Rede Gernot Erlers wurde von Friedemann Müller ein infrastrukturelles „Grand Design“ eines integrierten Netzes von Gas- und Ölpipelines zur Energiesicherheit Europas, das bis nach Sibirien, die Kaspische Region, den Nahen Osten und nach Nordafrika reiche, vorgestellt. Dieses Netz kann, im Falle der vollständigen Realisierung, als praktische Ausführungen des Endberichts der Energiekommission verstanden werden.

Als Grund für diese detaillierte Planung schreibt Friedemann Müller über die Erdgasinteressen der EU in der Region, „dass die Region OECD-Europa bereits jetzt der mit Abstand weltgrößte Netto-Importeur ist und diese Rolle ausbauen wird. Das heißt, Europa importiert schon jetzt mehr Erdgas als alle anderen Regionen der Welt zusammen; im Jahr 2020 wird die Menge fast viermal so groß sein. Darin liegt ein beträchtliches Abhängigkeitsrisiko, aber auch eine Chance, den weltweit einzigen internationalen Wettbewerbsmarkt aufzubauen, auf dem sich ein freier Preis aufgrund eines Wettbewerbs auf der Angebots- und Nachfrageseite herausbildet. Voraussetzung ist, dass alle großen Anbieter, d. h. Afrika, Russland und die südkaspische/Golfregion, Zugang zu dem europäischen Markt bekommen. Anders lässt sich das Versorgungsproblem Europas rein arithmetisch nicht lösen. Doch verfügt die südkaspische/Golfregion bisher über keinen Zugang zum europäischen Markt, es sei denn, es würden postsowjetische Pipelines in Anspruch genommen.“<sup>1089</sup>

Um gewünschte Voraussetzungen für den „Zugang der Produzenten zum europäischen Markt“ zu schaffen, werden basierend auf diesen Plänen, neben den vorhandenen Pipelines, mehrere neue Unterwasserpipelines gebaut, welche Öl- und Gasreserven der Sahara mit Spanien, Sizilien und Korsika verbinden. Die Pipelines würden dann weiter durch Italien bis nach Frankreich und Deutschland führen, während eine andere, neue Verzweigung, welche, von den ebenfalls gewaltigen russischen Gas- und Ölvorkommen in der Ural- und Wolga-Region aus kommend, über Skandinavien die EU und die Bundesrepublik versorgen solle. Ein drittes Pipeline-Subsystem, welches aus der Kaspischen Region und dem Nahen Osten

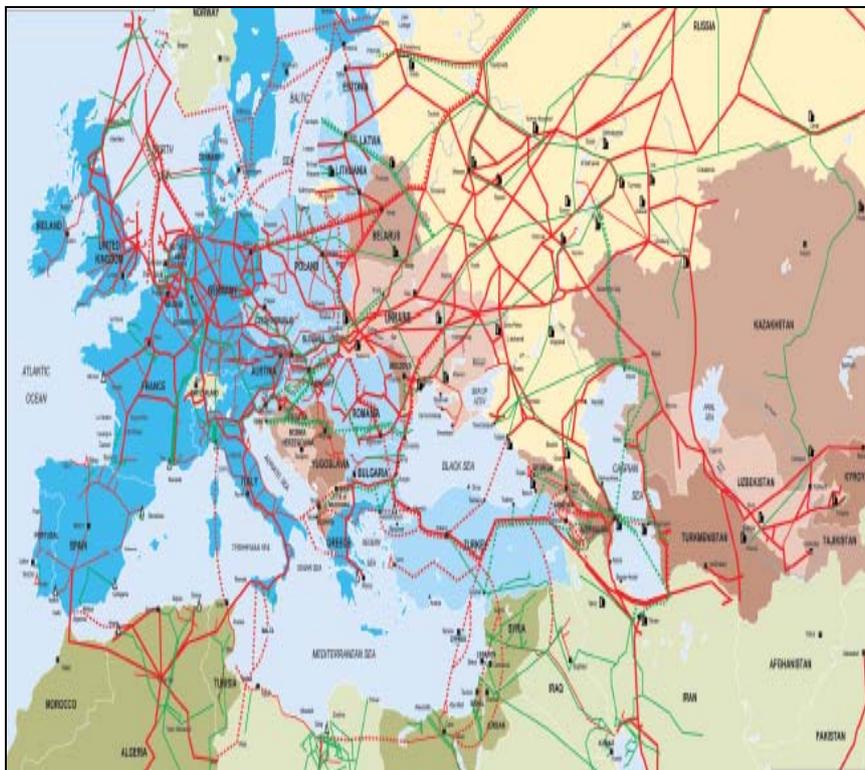
---

1088 Autor unbekannt; Europäische Union unterstützt die südkaukasische Region; in: Russian News Online; [http://www.russiannews.ru/pers2/iran\\_news.php?act=news\\_by\\_id&news\\_id=6027](http://www.russiannews.ru/pers2/iran_news.php?act=news_by_id&news_id=6027); 26.03.2004.

1089 Müller, Friedemann; Energiepolitische Interessen; in: Zentralasien Aus Politik und Zeitgeschichte; Nr. 08; <http://www.das-parlament.de/2002/08/beilage/003.html#top>; 22.02.2002.

kommen und durch die Türkei, als Dreh- und Angelpunkt der Verteilung der Energieressourcen, verlaufen soll, ergänzt dieses kühne Vorhaben. Die EU hatte bereits durch ihre Finanzhilfe den Bau der so genannten Maghreb-Erdgaspipeline vom algerischen Erdgaslager Hassi-r'mel über Marokko nach Spanien ermöglicht.<sup>1090</sup> Obwohl längerfristig eine entscheidende Bedeutung im Bereich der EU-Energieversorgung Russland zukommt, wird der geplante Bau neuer Gasleitungen aus Erdgaslagerstätten im Iran sowie in Katar es ermöglichen, die geographische Diversifizierung der Erdgasversorgung der EU zu vergrößern, um die Risiken der Abhängigkeit von Russland zu minimieren. (Karte VI)<sup>1091</sup>

### Karte VI: Europäisches Öl und Gas Transport System



**Quelle:** Crude Oil and Gas Transportation System; in: Inogate Online;  
[http://www.inogate.org/images/maps/gasoil\\_max.gif](http://www.inogate.org/images/maps/gasoil_max.gif); 04.02.2004.

Dementsprechend beginnen die bedeutendsten deutschen Außenpolitik-Think-Tanks eine systematische Zusammenarbeit mit dem Gulf Research Center (GRC) in Dubai. Das vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) initiierte Kooperationsprojekt gilt als Versuch, strategische Planungen Europas und Deutschlands mit entsprechenden Konzepten der ölreichen Golf-Staaten zu verknüpfen. Wie CAP-Direktor Werner Weidenfeld in seiner Rede beim GRC hervorhob, wird die EU ihren weltweiten Einfluss ausbauen.

---

1090 Vgl. Kronberger, Hans; Blut für Öl; Der Kampf um die Ressourcen; Wien (Uranus Verlag) 1998; S. 21.

1091 Vgl. Grünbuch, Europäische Kommission; Hinzu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit; Brüssel; 29. November 2000; S. 44-45.

„The EU’s strategic radius will expand globally beyond the EU’s neighbouring regions. ... In this view, an improved co-operation with the countries of the Gulf region covering not only security aspects, but also *trade, energy and education* is significant to the European”<sup>1092</sup> (Hervorhebung durch den Autor).

Den GCC-Staaten, die lange Zeit eng mit den Vereinigten Staaten zusammengearbeitet haben, schlägt Weidenfeld nun die Einrichtung einer GCSC vor, in die auch Iran und Irak einbezogen werden müssten. Auf die Einrichtung sollen neben den USA auch die EU und Russland Einfluss erhalten: „The EU and the GCC should work together towards the establishment of an institutionalised regional security framework: a Gulf Conference for Security and Co-operation (GCSC) which will include the GCC, Iran and Iraq. The EU, together with the US and Russia will help to facilitate the establishment of this framework and will act as an observer to its proceedings.”<sup>1093</sup>

Diese neue europäische und deutsche Wirtschaftsexpansion in die Golf-Region reiht sich in die vom ehemaligen bundesrepublikanischen Wirtschaftsminister Werner Müller im Jahre 2002 angekündigte „Außenwirtschaftsoffensive“ ein, die „den gesamten Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika“ den europäischen Wirtschaftsinteressen unterwirft. Müller zufolge kann sich die deutsche Wirtschaft dabei auf die Vorarbeit der EU stützen. Die EU hat inzwischen Freihandelsabkommen mit allen Mittelmeeranrainerstaaten geschlossen, mittels derer frühere Handelshemmnisse aus dem Weg geräumt werden konnten. Verhandlungen der EU mit den Golfstaaten finden ebenso statt.

Müller kündigte an: „Ich werde daher einen Schwerpunkt meiner politischen Arbeit der kommenden Legislaturperiode auf die Außenwirtschaftsförderung legen. Wir werden durch eine Außenwirtschaftsoffensive die Möglichkeiten insbesondere für den Mittelstand, Auslandsmärkte erschließen, weiter verbessern. Dazu muss die Aufmerksamkeit verstärkt auf neue Zielregionen für die deutschen Exporte gerichtet werden. Nachdem in den vergangenen Jahren Asien und Lateinamerika im Fokus des Exportinteresses gestanden haben, wird es zukünftig auch darum gehen, neue Absatzmärkte zu erschließen, in Ländern, deren Potenzial bisher nur unzureichend genutzt wurde. Hierzu zähle ich den gesamten Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika. Viele dieser Länder lösen sich gerade aus der einseitigen Rolle des Energielieferanten und diversifizieren ihre Wirtschaft nach drei Prinzipien auf der Basis

---

1092 Weidenfeld, Werner; Discussion Paper, „The Future of the enlarged European Union and its neighbourhood”; Center for Applied Policy Research; 01.03.2004.

1093 Weidenfeld, Werner; Discussion Paper, „The Future of the enlarged European Union and its neighbourhood”; Center for Applied Policy Research; 01.03.2004.

gesicherter Öleinnahmen: Sie investieren in petrochemische Anlagen um die höheren Wertschöpfungsketten selber zu nutzen. Sie beginnen mit dem Aufbau öl-alternativer Industrie-Strukturen. Sie investieren in moderne Infrastrukturen, Strom-/ Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Strassen, Schienen etc. Hier entstehen große Chancen für die deutsche Wirtschaft, nicht nur für Großunternehmen, sondern in ihrem Kielwasser auch für den Mittelstand. Mittlerweile gibt es Freihandelsabkommen der EU bereits mit allen Mittelmeeranrainerstaaten (Ausnahme: Syrien und Libyen), die Verhandlungen mit den Golfstaaten laufen. Zur noch besseren Betreuung der Wirtschaft werden wir Lücken im Netz der Auslandshandelskammern in der Region schließen, dabei denke ich an Länder wie Algerien, Libyen oder Pakistan. Auslandsengagement setzt auch gute Informationen über die Region voraus. Deshalb werden wir bestehende Informationsdefizite über den MENA-Raum (Middle East North Africa) abbauen, durch neue Korrespondentenstellen bei der Bundesagentur für Außenwirtschaft.“<sup>1094</sup>

Darüber hinaus fördert die deutsche Regierung expansionswillige deutsche Betriebe mit einer „Anlaufstelle zur politischen Flankierung von Auslandsgeschäften“, die im Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt ist und „politische Unterstützung“ für die deutsche Wirtschaftsexpansion verspricht.<sup>1095</sup>

Geradeso machen die EU und Deutschland mit der Ankündigung der politischen und wissenschaftlichen Flankierung ihrer wirtschaftlichen Expansion deutlich, dass ihre energiepolitischen Interessen, begleitet von politisch-strategischen Ambitionen, über den bisherigen Rahmen hinausgeht. Dieser Prozess ist daher nur im Rahmen der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2001 über den „Ausstieg aus der Kernenergie“ zu verstehen, die zu einer dramatischen Zunahme des Erdgaseinsatzes – insbesondere in dem stationären Bereich (Stromgewinnung) – auf das Drei- bis Sechsfache führen wird. Erdgas ist bereits mengenmäßig zum bedeutendsten Energieträger in der deutschen Industrie herangewachsen. Da Deutschland beim Erdgas von Importen abhängig ist, erarbeiteten der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) Strategien, um den Bedarf zu decken. Im Rahmen der Vereinbarungen forderte der BDI von der deutschen Politik, „die Chancengleichheit deutscher Unternehmen im EU-weiten und internationalen Kontext“ zu

---

1094 Statement des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung des Wirtschaftsberichtes 2002 am 16. Juli 2002 in Berlin; in: <http://www.bmwi.de/Navigation/Presse/reden-und-statements,did=5420.html>; 16.07.2002.

1095 Ebenda.

gewährleisten. Die Bundesregierung folgt der Forderung des BDI und hatte sich auf der EU-Ebene für die Liberalisierung des Energiesektors insbesondere des Erdgasverteilungsmarkts erfolgreich eingesetzt und zusätzlich versprochen: „Das Engagement deutscher Energieunternehmen im Ausland wird künftig verstärkt durch die Politik flankiert werden.“<sup>1096</sup>

Das große Engagement der Bundesregierung im Bezug auf den Energie-Charta-Vertrag (ECT), der am 16. April 1998 in Kraft trat und den bisher 32 Staaten, darunter alle acht Republiken der Kaspischen Region und Russland ratifiziert haben, kann als Teil der versprochenen Unterstützung der deutschen Energiekonzerne durch die Bundesregierung verstanden werden. Der US-Strategen und Ökonom Edward Luttwak spricht in diesem Fall vom Einsatz der raumpolitischen Expansion, Geopolitik wird im Dienste der expansiven Durchsetzung der ökonomischen Interessen betrieben, d.h. der „Geo-Ökonomie“.<sup>1097</sup>

Dieser Einfluss zielt mittelfristig auf die bilaterale sowie multilaterale Integration der energiereichen Kaspischen Region und in absehbarer Zeit auf die Einbindung der Länder der Kaspischen Region und Nahen Ostens in den europäischen Energiemarkt. Diesbezüglich soll der ECT „verlässliche und gleiche Bedingungen für Investitionen in Exploration, Upstream-Projekte und Pipelinenetze schaffen. Er hält Instrumente zur garantierten Vertragserfüllung bereit, sichert die freie Durchleitung von Öl und Gas und bietet im Falle von Streitigkeiten ein effektives Schlichtungsverfahren an.“ Nach Ansicht der Bundesregierung sollte Europa Anstrengungen unternehmen, die eigene Energiesicherung und alle Öl- und Gasgeschäfte in der Kaspischen Region auf dieser Rechtsgrundlage fest zu verankern. Dazu gehört auch ein Werben dafür, dass die Vereinigten Staaten und der Iran dem ECT beitreten.<sup>1098</sup>

Dank effektiver Unterstützung der Bundesregierung hatte sich inzwischen sogar das zu E.ON gehörende Ruhrgas – der größte deutsche Gaskonzern – den Zugang zu eigenen Förderquellen gesichert. Eine Produktionslizenz für das Elgin/Franklin-Feld in der britischen Nordsee stellte

---

1096 Die Prognosen des BMWi und das Energiepapier des BDI sehen die veränderte Ausgangslage ähnlich und arbeiten die besondere Bedeutung des Gasmarktes heraus. Durch den Ausstieg aus der Atomenergie sieht der BDI bis zu 50 % der Stromerzeugung zur Disposition gestellt. Das BMWi geht in seinen Prognosen von einer dramatischen Zunahme des Erdgaseinsatzes auf das drei- bzw. sechsfache aus; insbesondere in der Stromgewinnung. Erdgas – mengenmäßig schon zum bedeutendsten Energieträger in der deutschen Industrie herangewachsen – wird 2020 Basis für über die Hälfte der deutschen Energiegewinnung sein. Vgl. „Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung – Energiebericht“, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi); Oktober 2001 u. BDI-Positionen zur Energiepolitik; September 2001.

1097 Vgl. Luttwak, Edward; Weltwirtschaftskrieg; Export als Waffe – aus Partnern werden Gegner; Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Verlag); 1994; S. 36-48.

1098 Vgl. Erler, Gernot; Müller, Friedemann; Zukunftsregion kaspisches Meer; Bonn (SPD-Bundestagsfraktion); 1998; S. 15.

bislang die einzige deutsche Beteiligung an einer ausländischen Gasquelle dar. Anfang 2003 gab Ruhrgas den Erwerb einer 15-prozentigen Beteiligung am Njord-Feld in der norwegischen Nordsee bekannt. Die Investition sei ein „Einstieg in einem strategisch wichtigen Liefergebiet“, erklärte der Vorstandschef von Ruhrgas, Burkhard Bergmann. Damit macht sich Ruhrgas von seinen Lieferländern – vor allem Russland, Norwegen und Niederlande – unabhängiger. Nach dem Einstieg in Norwegen „besteht unverändert daneben das Interesse, uns auch in der Erdgasförderung in Russland zu engagieren“, betonte Bergmann. Nachdem die leicht zugänglichen Gasfelder erschlossen sind, kann es sich insbesondere Russland nicht leisten, die hohen Investitionen in die Erschließung neuer, tiefer liegender Gasvorkommen alleine zu tätigen.<sup>1099</sup> Ruhrgas hält derzeit rund 6,5 Prozent der Gazprom-Aktien; der Anteil soll auf acht bis zehn Prozent erhöht werden.<sup>1100</sup>

Außerdem plant Ruhrgas in Russland bereits vorhandene gemeinsame Förderungen mit dem größten Gaskonzern der Welt, Gazprom, rasant zu vermehren. Der Gazprom-Vorstandsvorsitzende Miller erklärte, Deutschland sei für ihn „der Partner Nummer eins“. Es gebe eine Vielzahl von geplanten Kooperationen, nicht nur mit Ruhrgas, sondern auch mit dem Siemens-Konzern. Ruhrgas und Gazprom bemühen sich bereits gemeinsam um die Übernahme von 35 Prozent der Anteile des staatlichen griechischen Gasunternehmens Depa. Ruhrgas bestätigte darüber hinaus Pläne, sich zu 35 Prozent an den Stadtwerken des italienischen Parma zu beteiligen.<sup>1101</sup>

In Folge dieser expansiven Firmenpolitik hatte Ruhrgas, gemeinsam mit einer Konzerngruppe, zu der neben Ruhrgas die französische Gaz de France und die russische Gazprom gehören, seine Investitionen im Ausland mit mehreren Milliarden Euro forciert. Mit Rekordinvestitionen von 2,7 Milliarden Euro und dem Erwerb von Anteilen an der slowakischen SPP baute Ruhrgas bereits im vergangenen Jahr seine internationale Position aus. Das Transitsystem der SPP, das zurzeit erweitert wird, umfasst 2.270 Kilometer Leitungen, durch die jährlich mehr als 70 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas nach West- und Südwesteuropa fließen. Diese Menge entspricht etwa dem Jahresbedarf Deutschlands oder einem Sechstel des europäischen Bedarfs. Die Beteiligung sei „ein

---

1099 Vgl. Autor unbekannt; Ruhrgas beteiligt sich an weiterem Nordsee-Gasfeld; in: Handelsblatt; 03.06.2003 u. Ruhrgas kauft sich eigene Gasquellen; in: Die Welt; 04.06.2003.

1100 Vgl. Autor unbekannt; Ruhrgas erfolgreich bei der Privatisierung der slowakischen Gaswirtschaft; www.ruhrgas.de; 14.03.2002; Konsortium aus Gaz de France, Gazprom und Ruhrgas erfolgreich bei der Privatisierung der slowakischen Gaswirtschaft; www.ruhrgas.de; 14.03.2002; Autor unbekannt; Ruhrgas investiert so viel wie noch nie; in: FAZ; 21.05.2003 u. Autor unbekannt; Ruhrgas weicht ins Ausland aus; in: Süddeutsche Zeitung; 21.05.2003.

1101 Vgl. Autor unbekannt; Gazprom und Ruhrgas rücken enger zusammen; in: Die Welt; 05.06.2003.

Markstein paneuropäischer Kooperation im Energiesektor“, erklärte Burckhard Bergmann. „Die Slowakei ist neben der Ukraine das wichtigste Transitland für Erdgas in Europa.“ Mit der slowakischen SPP habe das Konsortium um Ruhrgas nun eine „Hauptschlagader“ für russisches Erdgas auf dem Weg nach Europa erworben, die „für den Fortbestand der Versorgungssicherheit bei uns im Westen enorm wichtig ist“, sagte Bergmann. Künftig würden weitere Großprojekte in vergleichbaren Dimensionen anstehen. Die großen Felderschließungen und Pipelineprojekte könnten nicht mehr allein von den gasexportierenden Ländern, wie etwa Russland, allein finanziert werden. „Es ist dann – anders als früher – nötig, sich grenzüberschreitend an Leitungsprojekten zu beteiligen“, mahnte Bergmann: „Das ist für die langfristige Versorgung Westeuropas mit Erdgas von strategischer Bedeutung.“ Ruhrgas will deshalb weiter nach Osten expandieren.<sup>1102</sup>

Ähnlich zäh kämpft Ruhrgas um das staatliche Netz der Gasleitungen in der Ukraine, da die Ukraine wichtigste Drehscheibe für westliche Gasimporte aus Russland und der Kaspischen Region ist. Rund 11.000 Pipeline-Kilometer dienen dem für Kiew einträglichen Transit. Auch das Gros der 20 Milliarden Kubikmeter Gas, welche die deutsche Ruhrgas AG aus Russland bezieht, nimmt diesen Weg. Daher hatte das deutsche Ruhrgas entschieden, im Rahmen eines deutsch-russisch-ukrainischen Konsortiums, rund eine Milliarde Dollar für die Modernisierung des ukrainischen Piepleinenetzes zu investieren.<sup>1103</sup>

Außerdem bemühen sich Ruhrgas, Gaz de France und Gazprom (gemeinsam mit Wintershall) um die Übernahme der zum Verkauf stehenden Anteile an der VNG Verbundnetz Gas AG (Deutschlands zweitgrößtem Gasimporteure).<sup>1104</sup> Durch dieses Geschäft sollen die Verbindungen weiter gestärkt werden.

Wie strategisch diese weitreichende energiepolitische Verzahnungen sein kann, zeigt der jüngste Vertrag zwischen Gazprom und Turkmenistan, der am 11. April 2003, nach Verhandlungen zwischen dem turkmenischen Präsidenten Nijasow und dem russischen Präsidenten Putin, geschlossen wurde. Der Kontrakt sieht vor, dass Turkmenistan im Laufe der kommenden 25 Jahre zwei Trillionen Kubikmeter Erdgas an den russischen Konzern Gazprom liefert. Gazprom wird dafür in den ersten drei Jahren einen Preis von 44 Dollar je 1000 Kubikmeter bezahlen, verkauft dieses Gas allerdings für 90 bis 120 Dollar je 1000

---

1102 Vgl. Autor unbekannt; Ruhrgas erfolgreich bei der Privatisierung der slowakischen Gaswirtschaft; [www.ruhrgas.de](http://www.ruhrgas.de); 14.03.2002 u. Konsortium aus Gaz de France, Gazprom und Ruhrgas erfolgreich bei der Privatisierung der slowakischen Gaswirtschaft; [www.ruhrgas.de](http://www.ruhrgas.de); 14.03.2002.

1103 Autor unbekannt; Ukraine, Schlacht um die Pipelines; in: Der Spiegel; Nr. 8/2004; S. 94.

1104 Vgl. Autor unbekannt; Russische Gazprom ist am Gaskonzern VNG interessiert; in: Die Welt; 15.05.2003 u. Autor unbekannt; Gaz de France soll bei VNG einsteigen; in: Die Welt; 05.07.2002.

Kubikmeter weiter nach Europa.<sup>1105</sup> So wird die Übernahme von Anteilen Gazproms durch Ruhrgas direkte Anrechte an turkmenischen Energieressourcen für Ruhrgas bedeuten.

Aus diesem Grunde wird die Politik der konsequenten Expansion der deutschen Energie-Konzerne ebenfalls konsequent von der Bundesregierung unterstützt. Die Übernahme von Ruhrgas durch E.on, welche das Wirtschaftsministerium trotz ausdrücklicher Ablehnung des Bundeskartellamtes durch eine politische Sondergenehmigung „aus Gründen der Gesamtwirtschaft“ ermöglicht, ist ein unverkennbarer Fall der außergewöhnlichen Zusammenballung von Markt und Macht.

Der für die Sondergenehmigung verantwortliche Staatssekretär Tacke erklärt in seiner Begründungsrede, dass der Zusammenschluss im „nationalen Interesse“ liege. Deutschland dürfe bei der Sicherung des „Energiesandortes Deutschland“ nicht ausschließlich auf „fremde Quellen“ angewiesen sein, sondern müsse sich selbst, etwa an der russischen Gazprom, beteiligen. Diese Fusion<sup>1106</sup> soll eine Erhöhung des deutschen Anteils am weltgrößten Gasproduzenten, dem russischen Gazprom-Konzern, mittels aufgestockter Finanzkraft der beiden Konzerne ermöglichen. Staatssekretär Tacke erklärte, dass insbesondere in der russischen Erdgaswirtschaft, die in den nächsten Jahrzehnten einen Investitionsbedarf im dreistelligen Milliardenbereich habe und deshalb dringend auf ausländisches Kapital angewiesen sei, „große Beteiligungschancen“ bestünden. Vorgesehen ist bereits die Aufstockung des Ruhrgas-Anteils an der Gazprom auf 10 Prozent.<sup>1107</sup>

---

1105 Vgl. Wehner, Markus; Die Angst, in Turkmenistan bleiben zu müssen; in: FAZ; Nr. 104; 06.05.2003; S. 6.

1106 Vgl. Ministererlaubnis gemäß § 42 GWB für die Übernahme einer Mehrheit an der Ruhrgas AG, Essen, durch die E.ON AG, Düsseldorf (Gesch.-Z.: I B 1 - 22 08 40/129); in: www.bmwi.de; 04.07.2002; E.ON erwirbt von Exxon Mobil und Shell weitere 40 Prozent an Ruhrgas; in: www.eon.com; 02.07.2002; E.ON erhält Ministererlaubnis für Ruhrgas; in: www.eon.com; 04.07.2002; Autor unbekannt; Eon darf Ruhrgas übernehmen; in: Die Welt; 05.07.2002; Autor unbekannt; Mit der Ruhrgas-Übernahme bricht eine neue Ära an; in: Die Welt; 05.07.2002; Autor unbekannt; Gaz de France soll bei VNG einsteigen; in: Die Welt; 05.07.2002; Autor unbekannt; Der Sieg von Eon ist eine Herausforderung; in: FAZ; 05.07.2002; Autor unbekannt; Eon kann Gas geben; in: Frankfurter Rundschau; 06.07.2002; Autor unbekannt; Deutscher Einfluss bis nach Sibirien; tageszeitung; 06.07.2002 u. Autor unbekannt; Regierung will eine Fusion erzwingen; Welt am Sonntag; 14.07.2002.

1107 Vgl. Ministererlaubnis gemäß § 42 GWB für die Übernahme einer Mehrheit an der Ruhrgas AG, Essen, durch die E.ON AG, Düsseldorf (Gesch.-Z.: I B 1 - 22 08 40/129); in: www.bmwi.de; 04.07.2002; E.ON erwirbt von Exxon Mobil und Shell weitere 40 Prozent an Ruhrgas; in: www.eon.com; 02.07.2002; E.ON erhält Ministererlaubnis für Ruhrgas; in: www.eon.com; 04.07.2002; Autor unbekannt; Eon darf Ruhrgas übernehmen; in: Die Welt; 05.07.2002; Autor unbekannt; Mit der Ruhrgas-Übernahme bricht eine neue Ära an; in: Die Welt; 05.07.2002; Autor unbekannt; Gaz de France soll bei VNG einsteigen; in: Die Welt; 05.07.2002; Autor unbekannt; Der Sieg von Eon ist eine Herausforderung; in: FAZ; 05.07.2002; Autor unbekannt; Eon kann Gas geben; in: Frankfurter Rundschau; 06.07.2002; Autor unbekannt; Deutscher Einfluss bis nach Sibirien; tageszeitung; 06.07.2002 u. Autor unbekannt; Regierung will eine Fusion erzwingen; Welt am Sonntag; 14.07.2002.

Die Aufstockung des Ruhrgas-Anteils an der Gazprom, erfolgt vor allem vor dem Hintergrund der Erweiterung des strategischen Einflusses hinsichtlich der Gasvorkommen in Sibirien, im Nahen-Osten und am Kaspischen Meer. Dies sind die favorisierten Regionen, aus welchen die angloamerikanischen Konzerne BP und Exxon versuchen konkurrierende Pipeline-Projekte in Richtung Mittelmeer zu realisieren.

Daher endet das strategische Engagement der E.on-Tochter Ruhrgas auf dem russischen Gasmarkt nicht mit den Beteiligungen an Gazprom, sondern stellt den Ausgangspunkt für weiteres Engagement dar. So ist Ruhrgas bemüht, den kleineren Gazprom-Konkurrenten Northgas zu übernehmen. Northgas wurde 1993 gegründet und gehört mit einer Jahresproduktion von vier Mrd. Kubikmeter Gas im Jahre 2003 zu den unbedeutenderen Konzernen. Das Unternehmen besitzt jedoch eine lukrative Förderlizenz für den Nordwesten Sibiriens. „Die Gazprom ist unser langfristiger Partner, und es ist unsere Präferenz, mit der Gazprom Projekte zu entwickeln“, betonte der Vorstandschef von E.on Burkhard Bergmann in einem Gespräch mit dem Handelsblatt. Ergänzend betonte er: „Es gibt eine ganze Reihe unabhängiger Produzenten, mit denen wir Projekte ausloten, die zu uns passen würden.“<sup>1108</sup>

Diese Pläne tangieren jedoch nicht die strategische Bedeutung der Zusammenarbeit von Ruhrgas und Gazprom. Gazprom dominiert inzwischen den Gas-Export Turkmenistans und ist profund in die Entwicklung der iranischen Gasindustrie involviert. So ist geplant, bis 2006 über Armenien das Pipelinenetz von Gazprom mit dem iranischen zu verbinden, wodurch die Aufstockung der Beteiligung von Ruhrgas noch verheißungsvoller erscheint. Die amerikanische Energieexpertin Fiona Hill kommentiert dies, in der Tradition des deutschen Geopolitikers Carl Schmitt, mit folgenden Worten. „Russia’s giant gas company, Gazprom – a state-dominated “*behemoth*“ that single-handedly controls 25% of global gas reserves – also unveiled long-term plans to transport Russian gas south to Pakistan and India, as well as east to China and west to Europe“.<sup>1109</sup>

Grundsätzlich ist „Erdgas ein Energieträger, der im Verbrauch gegenüber dem Öl manche Vorteile aufweist, so ist er umweltfreundlicher, weil emissionsärmer. Auch liegt der globale

---

1108 Vgl. Autor unbekannt; Northgas im Visier von deutschen Firmen; Eon flirtet mit Gazprom-Konkurrenten; in: Handelsblatt-Online; <http://www.handelsblatt.com/pshb/fn/rehbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200012,200038,734427/SH/0/depot/0/>; 03.05.2004.

1109 Vgl. Hill, Fiona; The Great Game: The 2020 Edition; in: The Globalist; <http://www.brookings.org/views/articles/hill/20020712.htm>; 12.07.2002; Blagov, Sergei; Russia acts aggressively to enhance energy position in Turkmenistan; in: Eurasianet; <http://www.eurasianet.org>; 26.02.2004 u. Russian News; [www.russiannews.rupers2/iran\\_news.php?act\\_by\\_id&news\\_id\\_5802](http://www.russiannews.rupers2/iran_news.php?act_by_id&news_id_5802); 09.03.2004.

R/P-Faktor, also die gesicherten Reserven geteilt durch die derzeitige jährliche Produktion, mit 62 Jahren wesentlich über dem bei Öl (38 Jahre). Deshalb weist Erdgas weltweit ein höheres Nachfragewachstum auf als Öl. Doch lässt sich Öl nur beschränkt durch Erdgas substituieren. Neben den unterschiedlichen Verbrauchseigenschaften unterscheiden sich die beiden Energieträger sehr bei der erforderlichen Verteilungsstruktur. Während Öl über längere Strecken ganz überwiegend mit Tankern transportiert wird und neben dem Transport durch Pipelines auch Eisenbahn- und Lastkraftwagen-Transporte möglich sind, beschränken sich die Transportmöglichkeiten bei Erdgas in der Regel auf Pipelines, die vom Produzenten bis zum Endverbraucher vernetzt sind. Dadurch ist eine aufwendigere und zugleich weniger flexible Transportinfrastruktur erforderlich. Da Pipeline-Transporte wiederum nur über eine Strecke von maximal 6.000 km rentabel sind, gibt es nicht wie bei Öl einen Weltmarkt, sondern nur globale Teilmärkte, und wegen der investitionsintensiven Infrastruktur begrenzt sich der Verbrauch weitgehend auf Industriestaaten.“<sup>1110</sup>

Angesichts seiner umfangreichen Energievorräte, der geographischen Nähe, der finanziellen Fähigkeit zu voluminösen Investitionen und der militärischen Fähigkeit die Sicherheit der Transporte zu garantieren, ist Russland zum „natürlichen“ Energielieferanten Europas herangereift. Im Unterschied zum politisch instabilen Nahen Osten, wo der Großteil der Energiereserven konzentriert liegen, ist Russland ein stabiler und verlässlicher Handelspartner.

Nach Angaben der russischen Regierung wird im Zeitraum von 2000 bis 2020 russisches Erdöl einen leicht rückläufigen Anteil von 30 % auf 27 % an den Importen Gesamteuropas (d.h. der auf rund 30 Staaten erweiterten EU) versehen. Bei Erdgas dagegen ist es prognostizierbar, dass Russlands Anteil an den gesamteuropäischen Importen von gegenwärtig ca. 70 % auf rund 30 % bis 2020 absinken wird. Auf Grund dessen wird Europa in Zukunft vermehrt auf Erdgas aus Afrika sowie dem Nahen Osten und dem kaspischen Raum angewiesen sein. Dabei wird Russland auf absehbare Zeit der größte einzelne Lieferant von Erdöl und -gas nach Europa bleiben.<sup>1111</sup>

Diesen pessimistischen Einschätzungen zum Trotz bemüht sich Russland, seine strategische Rolle auf dem europäischen Gasmarkt dadurch aufrechtzuerhalten, dass es die

---

1110 Müller, Friedemann; Energiepolitische Interessen in Zentralasien; in: Aus Politik und Zeitgeschichte; Nr. 08; <http://www.das-parlament.de/2002/08/beilage/003.html#top>; 22.02.2002.

1111 Vgl. Götz Roland; Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas; SWP-Studie; in: [http://www.swp-berlin.org/produkte/swp\\_studie.php?id=3031&PHPSESSID=49636a4565464ce30076a627088f1e9b](http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=3031&PHPSESSID=49636a4565464ce30076a627088f1e9b); 06.03.2004.

postsowjetischen Nachbarstaaten, insbesondere Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan dazu drängt, Erdgas an Russland zu verkaufen, um die wachsende Lücke zwischen europäischem Importbedarf und russischer Exportfähigkeit zu schließen.

Laut Friedemann Müller hätten die EU-Länder aus machtpolitischer Sicht allen Grund, unmittelbar mit Turkmenistan ein Abkommen über Erdgaslieferungen zu schließen. So wäre „Russland als Transitland aufgefordert, ein für alle Seiten befriedigendes Preisangebot für den Transport turkmenischen Erdgases vorzulegen. Oder, falls Russland bei dem Geschäft nicht mitmacht, könnte Europa sein Projekt auf den Weg bringen, kaspisches Erdgas via Iran und Türkei nach Europa zu transportieren.“ Ein weiteres Projekt wäre „eine leistungsfähige Leitung aus Iran über die Türkei mit Zuleitungen aus Turkmenistan und Aserbaidschan.“<sup>1112</sup>

Mit einer solchen Pipeline könnten Turkmenistan, Iran und Aserbaidschan die Lücke schließen, die Russland hinterlässt. Die Südkaspische Region bildet zusammen mit der Golfregion und insbesondere dem Bindeglied Iran, die Region mit den größten Reserven der Welt (41,4 Prozent der Weltreserven gegenüber Russland mit 26,7 Prozent).<sup>1113</sup>

Da der europäische Erdgasverbrauch in der Zukunft signifikant ansteigen wird, erfährt die Erschließung der Gasfelder des Nahen Osten und die Kaspische Region für die Sicherung des zukünftigen Gasbedarfs der EU einen neuen Auftrieb. Daher plant der österreichische Energiegigant OMV Erdgas GmbH die Errichtung einer Verbindungsleitung zwischen Europa und Zentralasien sowie dem Nahen Osten. In Kooperation mit dem türkischen Gasverteiler Botas, der bulgarischen Bulgargaz, der rumänischen Transgaz und der ungarischen Mol wurde der Pipelineverlauf konzipiert und eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Die Studie über das Projekt „Nabucco“ umfasst neben technischen, ökonomischen und ökologischen Aspekten auch die zukünftige Organisationsstruktur. Eine Förderung der Machbarkeitsstudie von Seiten der Europäischen Kommission wird erwartet. Aufgrund dieser Studie wird spätestens Anfang 2005 entschieden werden, ob und wie viel Erdgas ab 2010 von dieser Region nach Europa fließen wird.<sup>1114</sup>

Im Zuge eines Staatsbesuchs des ehemaligen österreichischen Bundespräsident Thomas Klestil im Iran am 24. Januar 2004, an dem auch Helmut Langanger, OMV Vorstand für Exploration und Produktion, und Otto Musilek, Geschäftsführer OMV Erdgas GmbH,

---

1112 Müller, Friedemann; Ein Rohr ist nicht genug; in: Die Zeit Online; Nr. 15/2004; [http://www.zeit.de/2004/15/Tr\\_M\\_9filler](http://www.zeit.de/2004/15/Tr_M_9filler).

1113 Vgl. Müller, Friedemann; Ein Rohr ist nicht genug; in: Die Zeit Online; Nr. 15/2004; [http://www.zeit.de/2004/15/Tr\\_M\\_9filler](http://www.zeit.de/2004/15/Tr_M_9filler). u. BP Statistical Review of World Energy; 2004; S. 20.

1114 Vgl. Autor unbekannt; Die Türkische Verbindungen; in: Gasklar; NR. 3/2003; S. 7.

teilnahmen, wurde eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) mit der NIGEC (National Iranian Gas Export Company) unterzeichnet. NIGEC, OMV und EconGas kommen darin überein, Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit hinsichtlich einer Beteiligung der iranischen Gasindustrie am Bau der geplanten Nabucco-Pipeline sowie bei E&P-Projekten zu prüfen.<sup>1115</sup>

Durch ihre Tochterunternehmen NIGEC beabsichtigt NIOC (National Iranian Oil Company) das im Iran produzierte Erdgas nach Mitteleuropa zu exportieren, wofür die geplante Nabucco-Pipeline ideal wäre. OMV Erdgas hat sich bereit erklärt, NIGEC in ihrem Bestreben, sich an dem Nabucco-Projekt zu beteiligen, zu unterstützen. Darüber hinaus ist EconGas, welche am OMV Konzern mit 50% beteiligt sind, daran interessiert, langfristig iranisches Erdgas zu kaufen.<sup>1116</sup>

Die OMV versucht überdies ihr Engagement in der iranischen Öl- und Gassuche auszuweiten. In diesem Zusammenhang ist das Unternehmen an der Etablierung langfristiger Geschäftsbeziehungen mit der NIOC, sowie am Ausbau ihrer Upstream-Aktivitäten in attraktiven Projekten interessiert. Die OMV ist seit 2001 mit ihrer 100%-Tochter OMV Iran Exploration GmbH im Iran tätig. Im April 2001 unterzeichnete die OMV ein Abkommen mit der NIOC über vier Jahre Explorationstätigkeit (Öl- und Gassuche) in der Region Zagros, einem der weltweit vielversprechendsten Gebiete für Öl- und Gasvorkommen. Die Arbeiten konzentrieren sich auf ein 2.500 qkm großes Gebiet, den so genannten „Mehr Block“. Der OMV Konzern operiert dabei als Leiter eines Konsortiums, in dem Repsol YPF (Spanien) und Siperol (Chile) zu je 33% beteiligt sind. Die OMV hält 34%. Der Aktienanteile.<sup>1117</sup>

Diese Pipeline wird „die Bedeutung der beteiligten Länder für den Gastransit nach Mittel- und Westeuropa erhöhen und die Drehscheiben-Funktion des österreichischen Gasnetzes stärken“, meint Otto Musilek Geschäftsführer von OMV.<sup>1118</sup>

Selbstverständlich sind auch die deutschen Firmen ebenfalls an diesem Projekt interessiert. Die BASF Tochtergesellschaft Wintershall AG, welche im siebenbürgischen Sighisoara Erdgas für den rumänischen Binnenmarkt fördert, begründet ihr Interesse für den Erdgasmarkt in Rumänien u.a. damit, dass hier ein großes Potenzial vorhanden sei. „Das Land

---

1115 Vgl. Autor unbekannt; OMV im Iran: Memorandum of Understanding für verstärkte Zusammenarbeit; in: Wirtschaftsmagazin Aktienaktien-porta Online; <http://aktien-portal.at/index1.htm?http://aktien-portal.at/artikel.php?id=6145>; 06.05.2004.

1116 Ebenda.

1117 Ebenda.

1118 Ebenda.

liegt nämlich auf der Route der geplanten Nabucco-Pipeline, die Gas aus Iran und dem kaspischen Raum nach Europa bringen soll. ... Praktisch alle europäischen Länder seien bisher noch von Russland als einzigem Erdgaslieferanten abhängig. Wer die neue Erdgasleitung baut, ist noch nicht entschieden.<sup>1119</sup>

Obwohl die Reserven der Kaspischen Region für die Deckung des Weltmarktes nur eine marginale Rolle spielen, sind sie aus europäischer Sicht ergiebig genug, um Teile des Energiebedarfs der EU zu decken. Daher sind die europäischen Energiekonzerne und Finanzkreise bemüht diesen geographischen Raum zu erschließen, aber soweit wie möglich unabhängig von russischen und amerikanischen Konzernen. Das Nabucco-Projekt ist der vorsichtige Ausdruck dieser Interessen.

#### **4.7. Russlands Versuch einer strategischen Rückeroberung des verlorenen Terrains in der Kaspischen Region**

Trotz dieser potenziellen zukünftigen Konkurrenz hat Russland die Gewissheit, dass der ungeheure Energiehunger des europäischen Energiemarktes nicht dazu führt, dass sich Russland aus dem Energiemarkt zurückzieht, sondern mit einer Strategie der Konzentration und Expansion versucht, sich für die Zukunft des Marktes zu wappnen.

Seit Oktober 2000 verhandeln die EU und Russland über ein Abkommen für eine strategische Energiepartnerschaft, welches die Versorgung der EU durch Russland auf lange Sicht sicherstellen soll. Das Abkommen soll u.a. die garantierten Lieferungen von Gas und Erdöl aus Russland zu kalkulierbaren Preisen über 20 Jahre (oder länger) beinhalten. Vorgesehene europäische Gegenleistungen für russische Langzeitlieferungen bestehen in Investitionen in die Energiewirtschaft Russlands und das Pipelinenetz, über das Europa aus den Tausende von Kilometern entfernten Vorkommen in Sibirien versorgt wird.<sup>1120</sup>

Im Rahmen dieser Verhandlungen verknüpfte Russland seine Forderungen mit einer Reihe geostrategischer Interessen. Russland verlangte u.a., dass sich das Abkommen nicht nur auf die Rohprodukte beschränkt, sondern auch die Strom- und Erdölprodukte einschließt. Außerdem verlangte Russland, dass die EU ihre Handelshemmnisse für russische

---

1119 Vgl. Fulton, Jeni; Deutsche Firmen wollen in rumänischen Energiesektor investieren; in: Verivox Online; <http://www.verivox.de/News/ArticleDetails.asp?aid=6701>; 03.05.2004.

1120 Vgl. Schroedter, Elisabeth; Prodi-Plan für Russland - Energiequelle ohne Preisdiktat und Atomklo; in: Homepage des Abgeordneten des Europaparlaments/Fraktion Die Grünen/EFA, Elisabeth Schroedter; <http://www.elisabeth-schroedter.de/downloads/in-01-03-01.pdf>; 01.03.2001 u. Autor unbekannt; Energiepolitik; Russland als strategischer Partner; in: Deutscher Bundestag und Bundeszentrale für politische Bildung; Ausdruck aus dem Internet-Angebot der Zeitschrift „Das Parlament“ mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“; <http://www.bundestag.de/cgi-bin/druck.pl?N=parlament>; 01.08.2003.

Energieprodukte beseitigt. Hinzukommend soll die EU eine neue Transitstrecke bauen, welche vom Kaspischen Meer und Russland Erdgas und Erdöl nach Europa befördern soll, ohne die Ukraine zu durchqueren. Zudem soll gleichzeitig das Projekt Baku-Ceylan (Türkei) unter Umgehung von Russland nicht weiter unterstützt werden.<sup>1121</sup>

Das Europäische Parlament unterstützte die Aufnahme des Dialogs über Energie auf dieser Basis und hoffte, dass dieser Dialog zum Eckpfeiler einer gemeinsamen Strategie für nachhaltige Entwicklung wird. Damit erkennt die EU ferner Russlands Rolle als herausragender Partner in diesem Sektor, als „nahe, verlässliche und wichtige Energiequelle und als immer bedeutenderer Lieferant von Energieerzeugnissen in die Europäische Union an.“<sup>1122</sup>

Um das Vertrauen der europäischen Partner in Russlands Verlässlichkeit als wichtige Energiequelle auf lange Sicht zu erhalten, räumt Russland, neben der Kohleförderung in der russischen Energiestrategie, dem Ausbau der Kernenergiewirtschaft eine hohe Priorität ein. So soll Russland im Falle der Verminderung seiner Gaskapazitäten die EU weiterhin mit Strom versorgen können.<sup>1123</sup>

Russland hofft sogar, dass mit dem Anstieg der Preise für Gas im Westen Atomkraftwerke wieder „populär“ werden. Der Chef der russischen Aufsichtsbehörde, Andrej Malyschew, stellte seinerseits dazu fest, „dass die USA, Russland, Kanada und Frankreich die Entwicklung der Nuklearenergie nicht von der Tagesordnung gestrichen haben. Außerdem errichten Experten dieser Länder Kernenergieanlagen in den Staaten der ‚Dritten Welt‘. Italien, England und Deutschland verzichteten unterdessen auf die Nutzung von Atomkraftwerken,“ erklärte Malyschew. „Warten wir es ab, vielleicht vergeht noch etwas Zeit, und in den anderen Ländern der G8 wird man sich für die Entwicklung der Nuklearenergie entscheiden.“<sup>1124</sup>

---

1121 Schroedter, Elisabeth; Prodi-Plan für Russland - Energiequelle ohne Preisdiktat und Atomklo; in: Homepage der Abgeordneten des Europaparlaments/Fraktion Die Grünen/EFA, Elisabeth Schroedter: <http://www.elisabeth-schroedter.de/downloads/in-01-03-01.pdf>; 01.03.2001.

1122 Entschließung des Europäischen Parlaments zum bevorstehenden Gipfeltreffen EU-Russland vom 28. Mai 2002, verabschiedet am 15. Mai 2002 in Brüssel; in: Europäisches Parlament, 05.05.2002, P5\_TA(2002)0239; [http://www.europarl.eu.int/home/default\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/home/default_de.htm); 05.05.2002.

1123 Vgl. Götz Roland; Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas; SWP-Studie; in: [http://www.swp-berlin.org/produkte/swp\\_studie.php?id=3031&PHPSESSID=49636a4565464ce30076a627088f1e9b](http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=3031&PHPSESSID=49636a4565464ce30076a627088f1e9b); 06.03.2004.

1124 Autor unbekannt; Der Preisanstieg bei Gas steigert das Interesse der Energiewirtschaft an Atomkraftwerken; in: RIA Nowosti; <http://wirtschaft.russlandonline.ru/atomkraft/morenews.php?iditem=20>; 05.07.2004.

Werden die russischen Pläne Wirklichkeit, könnte Russland große Mengen Strom in den Westen exportieren. Eine ‚Energiewende‘ hin zu erneuerbaren Energien, wie sie in Europa diskutiert wird, sieht die russische Energiestrategie nicht vor.<sup>1125</sup>

Es scheint, dass dieser Gesichtspunkt auf Basis der wirtschaftlichen Überlegungen auch von europäischen Wissenschaftlern bestätigt wird. Der wissenschaftliche Beirat Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement (SPD) kommt nach neuesten Untersuchungen zum Ergebnis: Die Förderung erneuerbarer Energien wie Windkraft und Solarstrom wird zu einem „ökologisch nutzlosen“, aber volkswirtschaftlich teuren Instrument und müsse konsequenterweise abgeschafft werden. Grund dafür sei der geplante Lizenzhandel mit CO<sub>2</sub>-Emissionen. Aufgrund des Handels mit CO<sub>2</sub>-Emissionen entfalle die Wirkung der Ökostrom-Subventionen. Deren „Gesamteffekt“ auf die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Abgase werde dann „gleich null sein“. Der Grund sei die Wechselwirkung zwischen dem künftigen Lizenzmarkt und dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz: Es verpflichtet die Stromwirtschaft, stufenweise mehr Öko-Strom zu produzieren. Dadurch verfügt diese künftig über ungenutzte CO<sub>2</sub>-Lizenzen, die sie in großer Zahl auf den Markt bringen kann. Dies drückt den Preis für die Emissionsrechte, mit welchen sich die Industrie dann günstig eindecken kann. Der Zwang, Abgase einzusparen sinkt somit. Die CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch Öko-Strom würden damit kompensiert. Besonders problematisch sei zudem die Förderung der Windenergie, weil dabei Wetterschwankungen dauerhaft durch konventionelle Kraftwerke ausgeglichen werden müssen. CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch Windkraft seien deshalb unverhältnismäßig teuer. Man könnte durch Modernisierung eines Kohlekraftwerks denselben Einspareffekt zu vier bis acht Prozent der Kosten erzielen.<sup>1126</sup>

Abgesehen davon, machen die erneuerbaren Energien – Wind, Sonne, Biomasse und andere alternative Energieträger, die großen Wasserkraftwerke ausgeklammert –, heute etwa ein Prozent der Primärenergieversorgung aus und alles in allem zwei Prozent der weltweiten Stromerzeugungskapazitäten. Obwohl der Wasserstoff ebenfalls in vielen wissenschaftlichen Schriften als alternative Energiereserve betrachtet wird, ist er keine Energiequelle, sondern ein Energiespeicher also eine Batterie, in die mehr Energie investiert werden muss, als genutzt

---

1125 Vgl. Götz Roland; Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas; SWP-Studie; in: [http://www.swp-berlin.org/produkte/swp\\_studie.php?id=3031&PHPSESSID=49636a4565464ce30076a627088f1e9b](http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_studie.php?id=3031&PHPSESSID=49636a4565464ce30076a627088f1e9b); 06.03.2004.

1126 Vgl. Autor unbekannt; Subventionen, ökologisch nutzlos; in der Spiegel; Nr. 10/ 2004; S. 80.

werden kann. Wasserstoff in großem Stil zu verwenden, bedeutet also noch für einige Zeit, den Bedarf an fossiler Energie zu erhöhen, nicht ihn zu senken.<sup>1127</sup>

Entsprechend überraschten die russische Wissenschaftler in der von Präsident Wladimir Putin bei der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN) in Auftrag gegebenen Expertise damit, dass dem Kioto-Protokoll die wissenschaftliche Basis fehlt und die Klimaerwärmung Vorteile für ihr Land bringen wird.<sup>1128</sup>

Da es klar war, dass Russlands Parlament das Kioto-Protokoll Ende Oktober 2004 ratifizierte, stimmte damals nicht grundsätzlich gegen eine Ratifikation des Protokolls. Unerlässliche Bedingung dafür war aber, dass dies keinerlei negative Auswirkungen für Russlands Wirtschaft haben dürfe.<sup>1129</sup>

Russland begründete seine Weigerungshaltung gegenüber dem Kioto-Protokoll mit den Auswirkungen der Folgen auf das eigene Bruttosozialprodukt, da Russland zu den Öl und Gas exportierenden Ländern gehört und daran interessiert ist, dass der Verbrauch der Energieressourcen weltweit stabil bleibt. Eine generelle globale Reduzierung der Emissionsgrenze wird langfristige Folgen für Russlands Wirtschaft haben. Die russische Regierung nimmt an, dass der zukünftige Energiemarkt ohne Kioto-Protokoll noch mehr fossile Energieressourcen brauchen wird.

Dies ist im Übrigen die Grundlage der aggressiven Energiepolitik Russlands hinsichtlich der Kontrolle über den erreichbaren fossilen Energiemarkt, die mit der Verhaftung des Hauptaktionärs von Yukos, Michail Chodorkowski, begonnen hat; mit dem Versuch der Kontrolle des Energiesektors im so genannten „Nahen Ausland“ weiter geführt wird und bis nach Saudi-Arabien und den Irak erweitert wird. Als die russische Justiz Chodorkowski Ende 2003 verhaftete, behaupteten viele Kommentatoren, dass seine Verhaftung politisch motiviert war, da er die Teilnahme als Kandidat an der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2008 proklamiert hatte.

Nach Alexander Rahr – dem Koordinator des EU/Russland-Forums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik – bestand aber der Hauptgrund in den unternehmerischen Plänen Chodorkowskis bezüglich des Ölkonzerns Yukos: Chodorkowski stand kurz davor,

---

1127 Vgl. Knödel, Peter; Faszination Wissenschaft. Geopolitik und Energieversorgung; in: <http://www1.kas.de/aktionsthemen/innovationen/knoedel.html>; 10.04.2001.

1128 Vgl. Steiner, Eduard; „Klimaerwärmung nutzt Russland“; in: Der Standard; <http://derstandard.at/?id=1669000>; 19.05.2004.

1129 Vgl. Autor unbekannt; Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft: Die EU bietet Hand zu Russlands WTO-Beitritt; in: NZZ Online: <http://www.nzz.ch/2004/05/22/al/page-article9M6QB.html>; 21.05.2004.

Yukos an das US-amerikanische Großunternehmen ExxonMobil zu verkaufen. Der Sitz der Firma wäre dann nach Texas umgezogen und der Oligarch hätte sich aus dem Geschäftsleben zurückgezogen. Mit dieser Internationalisierung des Yukos-Konzerns, der zuvor mit Sibneft fusionierte, hätte der russische Staat die Kontrolle über 40 bis 50 Prozent des sibirischen Ölvorkommens verloren.<sup>1130</sup>

Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Staat sich bemüht Yukos zu übernehmen und an Gazprom zu verkaufen. Es wird sogar vermutet, dass dieser Verkauf nicht gegen Geld, sondern gegen eine Aufstockung des Staatsanteils am Konzern erfolgen könne. Derzeit besitzt der Staat 38,37 Prozent der Gazprom-Aktien. Um das Kontrollpaket wieder zu erlangen, müsste Russland fünf Mrd. US-Dollar investieren, teilte Gazprom-Vorstandsmitglied Olga Pawlowa mit. Das Geld habe der Staat nicht im Budget, also müssten andere Methoden gefunden werden.<sup>1131</sup>

Die neue Strategie ist die Gründung einer Tochtergesellschaft, die neben Erdgas auch Erdöl fördert. Die Gründung der Tochtergesellschaft rechtfertigt der Vizevorsitzende des Gazprom-Vorstands, Alexander Rjasanow wie folgt: „In der jetzigen Infrastruktur werden wir eine neue Gesellschaft gründen, die sich gerade mit der Förderung von Erdöl befassen wird, dessen Lagerstätten sich am Rande von Gasvorkommen liegen“. Laut Experten könnte die zukünftige Gesellschaft 30 bis 40 Millionen Tonnen Öl und Gaskondensat im Jahr fördern. Gegenwärtig fördert Gazprom rund zehn Millionen Tonnen Gaskondensat und Öl.<sup>1132</sup> Mit einer Übernahme der Yukos könnte die Öl-Sparte des Gaskonzerns, Gazpromneft, ihre Förderkapazitäten auf bis zu 90 Millionen Tonnen Öl am Tag mehr als verdoppeln. Am 19. Dezember soll Gazpromneft die Tochtergesellschaft von Yukos, Yuganskneftegaz, für ein Mindestgebot von 6,5 Milliarden Euro übernehmen. An Gazprom ist der deutsche E.ON-Konzern mit etwa 6,5 Prozent beteiligt.<sup>1133</sup>

Obwohl Russland den Verkauf des fusionierten Ölkonzerns Yukos-Sibneft an amerikanische Ölfirmen nicht billigte, scheint es, dass die Regierung nicht abgeneigt ist, dass europäische Ölkonzerne in ihren strategisch wichtigen Energiesektor investieren. Ende April 2004 hatte

---

1130 Wagner Hartmut; Interview mit Alexander Rahr: Russland und Europa: „Russlands Orientierung zur EU ist alternativlos“; in: Eurasisches Magazin; Nr. 11-03; [www.eurasischesmagazin.de](http://www.eurasischesmagazin.de); 24.11.2003.

1131 Vgl. Miller, Alexej; Gasprom an Yukos interessiert; in: Russland-aktuell; <http://www.aktuell.ru/ruwir0010/morenews.php?iditem=883>; 06.02.2004.

1132 Vgl. Rjasanow, Alexander; Gasprom will Ölgesellschaft gründen; RIA Nowosti; [http://wirtschaft.russlandonline.ru/gazprom/archiv.php?ar\\_date=2004](http://wirtschaft.russlandonline.ru/gazprom/archiv.php?ar_date=2004); 05.07.2004.

1133 Russland: Gazprom will Yukos-Kerngeschäft übernehmen; in; FAZ Online; <http://www.faz.net/s/RubC8BA5576CDEE4A05AF8DFEC92E288D64/Doc~EA250D897A9E64E0BACD020A2C23C2810~ATpl~Ecommon~Scontent.html>; 08.12.2004.

der französische Ölkonzern Total mitgeteilt, drei bis vier Mrd. Dollar in Sibneft investieren zu wollen. Eine Beteiligung an Sibneft von 25 Prozent hat einen Wert von vier Mrd. Dollar, sagte ein Bankier. An einer Kontrollmehrheit an Sibneft sei Total nicht interessiert. Mit einem Anteil von 25 Prozent erhält Total jedoch Vetorechte. Der Kreml soll Sibneft-Chef Roman Abramowitsch schon seine Zustimmung erteilt haben. Die US-Regierung reagierte verärgert über den möglichen Milliarden-Deal.<sup>1134</sup>

„If Russia keeps its share, Total will effectively nudge ChevronTexaco and ExxonMobil from key reserves, the Financial Times and Les Echos report. Washington has reacted angrily to the deal, according to the FT. President George W Bush is keen to secure Russian oil in his search to find alternative energy sources to the Middle East,“<sup>1135</sup> schrieb BBC News. Inklusive diesem positiven Signal in Richtung der EU versucht Moskau unbeirrt seine Rolle als zukünftiger Energiepartner der EU mit der Erweiterung seinen Ressourcen und der Kontrolle über die Ressourcen der Nachbarländer zu garantieren. Dies geschieht indem die staatlich regulierte und mit allen Mitteln forcierte Expansion gleichzeitig auf dem Gas-, Öl- und Strommarkt in Mittelasien und Kaukasus forciert wird.

Beispielsweise hatte der größte russische Ölkonzern LUKoil mit dem usbekischen Unternehmen Usbekneftgas ein „Production-Sharing“ Abkommen über die Verwirklichung des Projekts Kandym-Chausak-Schady unterzeichnet. Das Vorhaben hat zum Ziel, Erdgas in den Gebieten Buchara und Chiwa im Südwesten Usbekistans zu fördern. Das Investitionsvolumen beträgt nach Expertenschätzung knapp eine Milliarde US-Dollar. Gewonnen werden sollen bis zu 8,8 Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr. In der ersten Etappe solle die Gasgewinnung bei 2,8 Milliarden Kubikmeter im Jahr liegen. Das Abkommen habe eine Laufzeit von 35 Jahren, teilte LUKoil-Präsident Wagit Alekperow nach der Unterzeichnung mit. Mit der industriemäßigen Förderung solle nach seinen Angaben 2007 begonnen werden. „Die Umsetzung dieses Projekts in Usbekistan entspricht voll und ganz der Strategie von LUKoil, die eine beschleunigte Entwicklung des Gassektors und die Transformation des Unternehmens in eine multifunktionale Öl- und Gasgesellschaft zum Inhalt hat“, sagte Alekperow. Das Projekt wird zu 90 Prozent von LUKoil und zu zehn

---

1134 Vgl. Ostrovsky Arkady Ölkonzern Total erhält Zuschlag bei Sibneft; in: FTD; <http://www.ftd.de/ub/in/1082789291644.html?nv=cpm>; 26.04.2004 u. Autor unbekannt; Kremlin 'backs Total Sibneft bid'; Total has the Kremlin's backing to acquire a 25% stake in the Sibneft oil group of Chelsea football club owner Roman Abramovich, say reports. In: BBC News; <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/business/3660845.stm>; 26.04.2004.

1135 Vgl. Autor unbekannt; Kremlin 'backs Total Sibneft bid'; Total has the Kremlin's backing to acquire a 25% stake in the Sibneft oil group of Chelsea football club owner Roman Abramovich, say reports. In: BBC News; <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/business/3660845.stm>; 26.04.2004.

Prozent von Usbekneftegas finanziert. In den unter das Abkommen fallenden Feldern lagern nach geologischen Erkenntnissen 283 Milliarden Kubikmeter Gas. Allein im größten Vorkommen – Kandym – wurden mehr als 150 Milliarden Kubikmeter nachgewiesen. Die Partner planen, in 35 Jahren 207 Milliarden Kubikmeter Gas zu gewinnen. Das Projekt sieht auch den Bau eines Gas-Chemie-Komplexes mit einer Leistung von sechs Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr vor. Der erste Abschnitt der Produktion soll zum Jahr 2010 seiner Bestimmung übergeben werden. Zudem sollen 240 Förderbohrungen niedergebracht, mehr als 1500 Kilometer Pipelines verlegt, zwei Verdichterstationen, Erdgasspeicher, Arbeitersiedlungen und Hochspannungsleitungen, eine 40 Kilometer lange Eisenbahn sowie Verkehrs- und Zufahrtstraßen gebaut werden.<sup>1136</sup>

Neben Usbekistan hat Russland auch weitreichende Pläne in Kasachstan. Russlands Gasunternehmen Gazprom will Aktien des Gastransportsystems Kasachstans erwerben, sollte dieses verkauft werden. Das teilte, Vizevorsitzender des Gazprom-Vorstands Alexander Rjasanow in einem Interview der russischen Nachrichten Agentur Nowosti mit. „Dies wäre sowohl für Kasachstan, als auch für Russland und ganz sicher für Gazprom vom Vorteil“, betonte er. „Kasachstan ist für uns in erster Linie als ein Transitstaat wichtig, deshalb beobachten wir aufmerksam die Entwicklung des Gastransportsystems dieses Landes“, so Rjasanow. „Gegenwärtig entsprechen die Kapazitäten des Gastransportsystems Kasachstans nicht unseren Bedürfnissen“, meinte er. „Russland hat große Verträge mit Usbekistan und Turkemenien, wir werden große Kapazitäten für den Transit vom usbekischen und turkmenischen Gas über Kasachstan und Russland brauchen“, stellte er fest. Ab 2007 wird es um 70 bis 80 Milliarden Kubikmeter im Jahr gehen. Gazprom-Mitarbeiter in Kasachstan teilten mit, sie wären bereit, die Kapazitäten des Gastransportsystems von Kasachstan sogar ohne direkte und unmittelbare Beteiligung von Gazprom im Falle der Schließung langfristiger Verträge auf eigene Kosten zu vergrößern. „Ein solches Herangehen können wir im Prinzip begrüßen“, sagte der Gazprom-Vizechef. Zugleich könnte Gazprom „ein Joint Venture zur Erweiterung und Modernisierung des Gastransportsystems Kasachstans gründen und sich daran mit eigenen Aktiva und Geld beteiligen sowie das arbeitende System selbstverständlich auslasten“. „Jedenfalls bin ich der Auffassung, dass sowohl das eine, als auch das andere bei gegenseitigem Einvernehmen in die Tat umgesetzt werden könnte“, betonte er. Das Hauptnetz des Gastransportsystems Kasachstans, das 10.000 Kilometer Pipeline mit einer Jahresleistung

---

1136 Vgl. Russischer Ölkonzern LUKoil und usbekisches Unternehmen Usbekneftegas unterzeichneten Kooperationsabkommen; in: RIA Novosti; <http://russlandonline.ru/mainmore.php?tpl=Wirtschaft&iditem=773>; 17.06.2004.

bis zu 190 Milliarden Kubikmeter umfasst, wird vom staatlichen Unternehmen KasTransGas kontrolliert.<sup>1137</sup> Nach Angaben von „Russian News“ erwarb Ende Februar 2004 Gazprom ebenfalls 85,16 % der kirgisischen Ölgesellschaft Kirgisnefet.<sup>1138</sup>

Damit die Interessen Russlands an der Produktion und dem Transport berücksichtigt werden, plädiert der Gazprommanager Alexander Rjasanow sogar für eine koordinierte Gaspolitik im Einheitlichen Wirtschaftsraum der GUS. „Ich denke, es liegt im Interesse unserer Länder, vor allem Russlands und Kasachstans, dass wir Gas zu einem möglichst hohen Preis verkaufen. Deshalb müssen wir einheitlich handeln und brauchen eine abgestimmte Politik“, stellte Alexander Rjasanow fest. Rjasanow zufolge „gibt es bestimmte Absprachen bezüglich der Herstellung eines Gleichgewichts unter Mitgliedsländern bei Gas“. „Es muss genügend Gas auf den Binnenmärkten zur Verfügung stehen, und es müssen hinreichende Mengen für den Export vorhanden sein, aber nicht zuviel. Anderenfalls können wir den Markt an den Rand des Zusammenbruchs bringen“, erläuterte er. Er vertritt außerdem die Auffassung, dass „Europa unter dem Vorwand des freien Wettbewerbs für ein isoliertes Handeln beim Vertrieb von Gas plädiert, damit jeder unabhängig vom anderen seine Preispolitik durchsetzt“. Das aber bringt den Gaslieferanten schlicht Einbußen. „Solange der Verbraucher die Wahl hat, bei wem er einkauft, kann er jederzeit den Preis drücken“, stellte Rjasanow fest. In diesem Zusammenhang betont er: „Wir brauchen eine abgestimmte Politik, und davon werden wir nur profitieren.“<sup>1139</sup>

Laut Rjasanow sind Russland und Kasachstan keine „hyperreichen“ Länder. Sie müssen daran interessiert sein, soviel Erlöse wie möglich von jedem Kubikmeter verkauften Gases zu erzielen. „Wenn wir einen einheitlichen Zollraum errichten, wird das für den Verkauf nur vorteilhaft sein. Wir können uns weiter entwickeln, vorankommen nicht in der Isolierung als einzelnes Land, sondern gemeinsam auf andere Märkte vordringen“, so Rjasanow. Rjasanow stellte zugleich fest, dass Kasachstan über bedeutende Gasvorräte verfügt, der Binnenbedarf jedoch gering ist. „Insgesamt sehen wir hervorragende Perspektiven für die Gasförderung in Kasachstan“, sagte er, dabei erläuternd, dass die Förderung bis zu den Jahren 2010/2012 bis

---

1137 Vgl. Rjasanow Alexander Weitreichende Pläne russischen Gaskonzerns Gasprom in Kasachstan; in: RIA Nowosti; [http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd\\_id=567&msg\\_id=4547959&startrow=11&date=2004-07-05&do\\_alert=0](http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd_id=567&msg_id=4547959&startrow=11&date=2004-07-05&do_alert=0); 05.07.2004.

1138 Vgl. Russian News: [www.russiannews.ru/per2/iran\\_news.php?act-news\\_by\\_id&news\\_id-5615](http://www.russiannews.ru/per2/iran_news.php?act-news_by_id&news_id-5615); 05.03.2004.

1139 Vgl. Rjasanow, Alexander; Bei Gasprom plädiert man für eine abgestimmte Gaspolitik im Einheitlichen Wirtschaftsraum der Vier; in: RIA Nowosti; [http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd\\_id=567&msg\\_id=4548007&startrow=11&date=2004-07-05&do\\_alert=0](http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd_id=567&msg_id=4548007&startrow=11&date=2004-07-05&do_alert=0); 05.07.2004.

auf 25 Milliarden Kubikmeter ansteigen könnte. „Der Umfang (der Förderung), den Kasachstan ins Auge fasst, sprengt jede Vorstellungskraft“, stellte Rjasanow fest. „Wenn die Zahlen eine Bestätigung erfahren, dann wird Kasachstan einer der Giganten unter den Gaslieferanten.“<sup>1140</sup>

Nebenbei versucht Russland auch den Strommarkt von Turkmenistan zu beherrschen, damit später die Stromüberschussproduktion Turkmenistans über das russische Netz an europäische Verbraucher verkauft werden kann.<sup>1141</sup> Ebenso versucht der russische Stromgigant „United Energy Systems of Russia“ 40 Prozent des staatlichen Stromproduzenten in Tadschikistan zu übernehmen.<sup>1142</sup> Dazukommend hatte Russland neben der Übernahme des gesamten Stromversorgungssystems Armeniens per staatlich garantierten Vertrag, Anfang März 2003, die Modernisierung des Wasserkraftwerks am Inguri-Fluß in Georgien finanziert und das Energieversorgungssystem Georgiens aufgekauft.<sup>1143</sup>

Nach Angaben des armenischen Staatspräsidenten sind die russischen Unternehmen sehr stark in der Energiewirtschaft Armeniens engagiert. 55 Prozent der Aktien des Energieversorgers ArmRosGazprom entfallen auf die russischen Gesellschaften Gazprom und Itera, während der russische Stromgigant RAO EES über etwa 40 Prozent der Produktionskapazitäten verfügt.<sup>1144</sup> Auf Grund dieses Engagements wird Russland ebenfalls an den Gewinnen jeglicher energiepolitischer Zusammenarbeit Armeniens mit seinem Nachbarn Iran partizipieren. Daher genießt die im Bau befindliche Erdgasleitung zwischen Iran und Armenien die wohlwollende Unterstützung Moskaus.<sup>1145</sup>

Diese aggressive Expansion des russischen Einflusses auf die Entwicklung der regionalen Energieindustrie zeigt die Entschlossenheit Russlands, dem Vorschlag von Rogow zu Folge, sich als Dreh- und Angelpunkt der eurasischen Zusammenarbeit zu entwickeln. Um seine finanzpolitischen Vorteile und energiepolitische Bedeutung zu kompensieren, hatte Russland

---

1140 Ebenda.

1141 Vgl. Blagov, Sergei; Russia acts aggressively to enhance energy position in Turkmenistan; in: Eurasianet; <http://www.eurasianet.org>; 26.02.2004.

1142 Vgl. Russian News; ESS kauft sich in Tadjikestan ein; [www.russiannews.ru/per2/iran\\_news.php?act-news\\_by\\_id&news\\_id=5274&P...](http://www.russiannews.ru/per2/iran_news.php?act-news_by_id&news_id=5274&P...); 14.03.2004.

1143 Vgl. Damoiseil, Mathilde/Gente, Regis; Zwischen Hammer und Amboss. Georgien, Abchasien und die Russische Föderation; in: *Le Monde diplomatique*; Oktober 2003; S. 4.

1144 Vgl. Autor unbekannt; Armeniens Präsident: Die Gaspipeline zwischen Iran und Armenien bringt auch Russland Vorteile; in: Ria-Novosti Online; [http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd\\_id=567&msg\\_id=4346190&startrow=41&date=2004-05-21&do\\_alert=0](http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd_id=567&msg_id=4346190&startrow=41&date=2004-05-21&do_alert=0); 21.05.2004.

1145 Vgl. Autor unbekannt; Armeniens Präsident: Die Gaspipeline zwischen Iran und Armenien bringt auch Russland Vorteile; in: Ria-Novosti Online; [http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd\\_id=567&msg\\_id=4346190&startrow=41&date=2004-05-21&do\\_alert=0](http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd_id=567&msg_id=4346190&startrow=41&date=2004-05-21&do_alert=0); 21.05.2004.

in seinem Energieexpansionskurs nicht an den traditionellen Einflusszonen im kaspischen Raum halt gemacht, sondern die Reichweite der energiepolitischen Interessen bis nach Saudi-Arabien erweitert.

Saudi-Arabien war ökonomisch und politisch stets an den USA orientiert. Aber nach den Terrorakten vom 11. September, als Washington im Grunde genommen Riad die Unterstützung der Terroristen zur Last legte, wurden die Beziehungen zwischen beiden Seiten kühler. Danach war Saudi-Arabien bemüht, seine internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen zu diversifizieren. Russland hatte sich dabei als ein natürlicher Partner dargeboten.

Das Königreich Saudi-Arabien und die Russische Föderation nehmen den ersten sowie den zweiten Platz unter den Erdölexporteurs ein. Von der Koordinierung ihrer Handlungen hängt im Wesentlichen die Preisstabilität auf dem Welterdölmarkt ab. Saudi-Arabien ist an der Fortsetzung eines aktiven Dialogs zwischen Russland und der OPEC interessiert und möchte, dass Russland den Status eines Beobachters in dieser Organisation bekommt.

Auch die bilaterale Zusammenarbeit im Erdöl- und Erdgasbereich entwickelt sich. Erst kürzlich hatte Saudi-Arabien zwei milliardenschwere Aufträge zur Erdgasförderung an russische und chinesische Unternehmen vergeben und dem US-Konzern Chevron Texaco eine Abfuhr erteilt. Man geht davon aus, dass der Einstieg Russlands in den saudi-arabischen Gasmarkt künftig eine größere Kompromissbereitschaft Moskaus bei Verhandlungen über den Weltölpreis zur Folge hat.<sup>1146</sup>

Die russische Nachrichtenagentur Novosti schreibt dazu folgendes: „In compliance with the tender-based commitments of Russia’s Lukoil oil giant to implement the project of Gas Block A geological prospecting (Saudi Arabia), Lukoil Overseas, which operates Lukoil’s international upstream projects (oil prospecting and production), and Saudi Aramco signed a shareholders’ agreement on the operation of the joint venture Lukoil – Saudi Arabia Energy Ltd. (LUKSAR). The press-service of Lukoil Overseas Holding Ltd. says that LUKSAR was registered on February 18, 2004, three weeks after Lukoil won the tender held by the Saudi Arabian Ministry of Petroleum and Mineral Resources. Lukoil Overseas holds an 80% stake in the joint venture through its Lukoil Overseas Riyadh subsidiary and Saudi Aramco directly owns 20% of the shares of the new enterprise. The board of directors of the new joint venture,

---

1146 Vgl. Bickel, Marcus; Saudi-Arabien öffnet Gasmarkt; in: Neues Deutschland; <http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=50254&IDC=3>; 16.03.2004.

expected to be formed until the end of March, will include 11 persons: eight representatives of Lukoil, two representatives of Saudi Aramco and one representative of the Ministry of Petroleum and Mineral Resources. LUKSAR's general director will be appointed by the board of directors from among Lukoil managers. The enterprise's principal office will be in the eastern province, which is one of the centers of the Saudi Arabian oil and gas industry. A \$215 million L/C opened by Saudi Holland Bank (ABN Amro group) at the time of signing the shareholders' agreement will enable Lukoil to finance in full its five-year geological prospecting program under the LUKSAR project. Block A on an area of 29,900 square meters is located in the center of Saudi Arabia, in the northern part of the Rub Al-Khali desert. The probability of hydrocarbon discovery for commercial use is over 80%. The Contract on the prospecting and development of Block A gas and gas condensate deposits, which is the project's fundamental document, will be signed for a term of 40 years on March 7, 2004 in Er-Riyadh, the capital of Saudi Arabia."<sup>1147</sup>

Dieses strategisch wichtige Engagement der russischen LUKoil in Saudi-Arabien wird, mit hartnäckiger Unterstützung der russischen Regierung, mit Aussicht auf Erfolg im Irak vortgesetzt: „The Russian oil company LUKoil and the Iraqi oil ministry have signed a memorandum on understanding and cooperation, LUKoil head Vaghit Alekperov declared today at a news conference in Baghdad, Iraq. This document was signed after negotiations of Alekperov and the Iraqi oil minister. ‘The talks testify to the strengthening of the company's positions in Iraq and another important stage in the system of complex measures aimed at reestablishing LUKoil activities in the country,’ Alekperov noted, Rossiya (Russia) television reported.“<sup>1148</sup>

In der Folge dieses aggressiven Expansionskurses der russischen Energiekonzerne, der mit politischer Unterstützung der Regierung geschieht, sind die USA beunruhigt. Der ehemalige CIA-Direktor George Tenet stellte in seiner jüngsten Rede vor dem US-Senat, die energiepolitische Expansion Moskaus als Gefahr für strategische Interessen USA dar.<sup>1149</sup>

Anatolij Tschubais, Direktor des Stromgiganten EES Rossii (Einheitliches Verbundsystem Russlands), bezeichnete Mitte Mai 2004 diese Politik auf der Internationalen Konferenz zum

---

1147 Autor unbekannt; Lukoil overseas and Arabian Saudi Aramco sign shareholders' agreement on joint venture; in: Russian News Online;

[http://www.russiannews.ru/eng/iran\\_news.php?act=news\\_by\\_id&news\\_id=1402](http://www.russiannews.ru/eng/iran_news.php?act=news_by_id&news_id=1402); 04.03.04.

1148 Vgl. Autor unbekannt; LUKoil and Iraq agree on cooperation; in: Russia News Online; [http://www.russiannews.ru/eng/iran\\_news.php?act=news\\_by\\_id&news\\_id=1561](http://www.russiannews.ru/eng/iran_news.php?act=news_by_id&news_id=1561); 11.03.04.

1149 Vgl. Autor unbekannt; Kremel beunruhigt Washington; in: Russia News Online; [http://www.russiannews.ru/eng/iran\\_news.php?act=news\\_by\\_id&news\\_id=5879](http://www.russiannews.ru/eng/iran_news.php?act=news_by_id&news_id=5879); 12.03.04.

Thema Korporatives Management in Russland, als die einer „liberalen Imperiums.“ „Ich glaube, ein derartiges Imperium ist durchaus möglich. Mehr noch, ich versuche es aufzubauen“. Der Kreml nahe Top-Manager sprach auch darüber, dass im GUS-Rahmen die Integrationsprozesse fortgehen wird: „Mit Georgien wie mit Armenien ist die Frage erledigt. Man kann das Einheitlicher Wirtschaftsraum nennen oder aber, wie ich es vorgeschlagen habe, als liberales Imperium, bezeichnen.“<sup>1150</sup>

So werden die Beteiligungen der europäischen Energiekonzerne an russischen Energiefirmen wie z.B. die Beteiligung von Ruhrgas an Gazprom dazu führen, dass diese Firmen in den Besitz der Gazprom-eigenen Minen in Sibirien kommen und zudem indirekt zu Beteiligungen an turkmenischen Minen und weiteren Bereichen, an welchen Gazprom und ähnliche Firmen aktiv beteiligt sind.

Grund für diese strategische Zusammenarbeit des europäischen Energiegiganten mit russischen Gaskonzernen ist die Befürchtung der deutschen Energiewirtschaft, dass Deutschland und Europa bei der gegenwärtigen Umstrukturierung des internationalen Energiemarktes nicht mithalten können. Deutsche Energiekonzerne müssten, da sie schon im weltweiten Erdölgeschäft keine bedeutende Rolle spielten, „zu globalen Strom- und Gas-Playern werden.“<sup>1151</sup>

#### **4.8. Fazit**

Der Autor des Buches „Blut für Öl“ und Europaparlamentarier Hans Kronenberg schreibt: „Tatsächlich ist der moderne ‚Energie-Imperialismus‘ die intensivste Form der existentiellen Abhängigkeit großer Teile der Staatenwelt und der gesamten Weltwirtschaft von einer relativ kleinen Zahl wirtschaftlicher und politischer ‚Kontrolleure‘, die das atomare/fossile Energiesystem beherrschen. Das Teuflische daran ist, dass dieser der effektivste aller bisherigen Imperialismen ist, weil er der subtilste und am schwersten zu enttarnende ist.“<sup>1152</sup>

Deutlich dokumentiert ist diese Subtilität in der medialen Nutzung der unterschiedlichen Geopolitiken in der Kaspischen Region. Vor allem war das lagedeterministische Schlagwort vom „Great Game“ seit Anfang der 90er Jahre, in Anspielung der geopolitischen Rivalitäten

---

1150 Vgl. Autor unbekannt; Tschubais nennt Bedingungen für strukturelle Reformierung der RAO EES Rossii; in: RIA Nowosti Online;

[http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd\\_id=567&msg\\_id=4413627&startrow=1&date=2004-06-04&do\\_alert=0](http://de.rian.ru/rian/index.cfm?prd_id=567&msg_id=4413627&startrow=1&date=2004-06-04&do_alert=0); 04.06.2004.

1151 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Energiebericht: „Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung“; Oktober 2001 u. BDI-Positionen zur Energiepolitik, September 2001.

1152 Vgl. Kronberger, Hans; Blut für Öl; Der Kampf um die Ressourcen; Wien (Uranus Verlag); 1988; S. 21.

der ehemaligen Weltmächte England und Russland in der Kaspischen Region Ende des neunzehnten und Anfang des zwanzigsten Jahrhundert, also der erneute scheinbar unüberwindliche Interessenkonflikt der Großmächte, wieder zu vernehmen. Darauf basierend wurden beispielsweise hohe Erwartungen an das Erdöl und Erdgas-Potenzial der Region geweckt. Und es begann ein Wettlauf der USA, EU und Russland um den Zugriff auf die Ressourcen am Kaspischen Meer.

Während sich die USA weniger aus energiepolitischen Motiven, sondern mehr aus finanzpolitischer und machtpolitischer Sicht für die Region interessieren, betrachten die europäischen Länder diese Region als natürliche Reserve, die auf Grund der geographischen Nähe eine Diversifizierung der Lieferanten für die EU ermöglicht und das zur Neige gehende Nordseeöl ersetzen kann, während, sich die Russen um die Rückeroberung der Region bemühen. Dies geschieht, um über die Kontrolle des Energiesektors der Region einerseits ihre Rolle als Energielieferant für die EU zu übernehmen und die Volatilität der Produktion in den eigenen Produktionsstätten auszugleichen. Andererseits versucht Russland durch die Kontrolle des Energiesektors die Rolle der USA als Wirtschaftsmacht in der Region einzudämmen.

In diesem Licht betrachtet, warnt der ehemalige Vorstandschef der BP in Deutschland Peter Knödel, vor einer Wiederholung der Geopolitik alter Art. Er sieht, dass sich aus Diskrepanzen zwischen Firmen wie Gazprom und Ruhrgas, die den Gassektor als Pufferzone des Marktes für ihre Expansionspolitik betrachten sowie die Unterstützung ihrer Regierungen genießen und den internationalen Öl- und Gaskonzernen, die ebenfalls eine Monopolstellung beanspruchen, und sich auf die US-Regierung verlassen können, ein internationaler geopolitischer Konflikt alter Art entwickeln kann. Er meint, dass geopolitisch ambitionierte Mächte früher darauf abzielten, so viel Ressourcen wie möglich zu besitzen. Dies führte zu den blutigen Allokationskriegen. Knödel zu Folge deutet diese Politik auf eine Wiederholung der Geschichte hin, die in dieser Form nicht zu verantworten sei.

„Geopolitik ist nicht mehr die Frage von Macht, Vorherrschaft und Einfluss. Geopolitik ist heute die Förderung und das Management wechselseitigen Zuganges. Geopolitik ist Vernetzungspolitik. Geopolitik ist Globalisierungspolitik. ... Überhaupt ticken Zeitbomben, wenn wir in Geopolitik alter Art verhaftet bleiben. Damit kommen wir nicht weit. Wir müssen einseitige Abhängigkeiten grundsätzlich dadurch entschärfen, dass Lieferantenländer und Verbraucherländer so intensiv miteinander verflochten sind, dass keiner mehr am Wohlergehen des anderen vorbeisehen kann. ... Dazu gehört aber auch Diversifikation. ... Je

mehr Abnehmer ein Lieferant hat, und je mehr Lieferanten ein Abnehmer hat, umso stabiler ist das Gesamtsystem. ... Beispiele sind da – etwa Pipelineprojekte im kaspischen Raum, die zusätzlich die gewaltigen Umweltrisiken z.B. für den Bosphorus und die Dardanellen vermindern oder das gewaltigste afrikanische Infrastrukturprojekt überhaupt, die Pipeline vom Tschad durch Kamerun zum Atlantik. Internationale Pipelineprojekte sind angewandte Geopolitik. Moderne Geopolitiker geben ihnen jede Unterstützung.“<sup>1153</sup>

Bei der Reflektion dieser geopolitischen Rhetorik lässt sich ableiten, dass 1990, in der Folge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Sowjetunion, welcher die unterjochten Völker der Kaspischen Region 70 Jahre nach der Gründung des sowjetischen Imperiums zwar in ihre Unabhängigkeit entließ, jedoch nicht das Ende der Abhängigkeit und den Anfang einer neuen Ära für diese Länder darstellte. Durch Umwälzungen verschiedener Couleur, sollte schließlich eine politische Neuorientierung der Region folgen. Diese ehemals peripheren Staaten der Wirtschaftsmetropole Russland wurden mit neuen politischen und ökonomischen Herausforderungen konfrontiert, die eine neue Abhängigkeit zu Folge hatte.

Die Geschichte hat uns gelehrt: Ob diese Länder offenes Spielfeld der brachialen Ausübung der geopolitischen Interessen der interessierten Mächte werden oder in einen sich diversifizierenden Ölmarkt als Teil eines Systems wechselnder Beziehungen integriert werden, ist von der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Großmächten abhängig.

Die bisherige Interessenpolitik der Großmächte führte nach einer turbulenten Dekade, die von ethno-politischen Konflikten geprägt war, zu einer Periode, in welcher diese Konflikte in der Region eingefroren wurden. Aber die vermehrte Auseinandersetzung zwischen den Großmächten zeigt ihre Wirkung, die sich allen voran in den Differenzen in Georgien und Tschetschenien ablesen lässt, die stellvertretend versuchen, Akteure wie die USA und Russland in ihre Konflikte einzubinden.

Das ist ein Zeichen dafür, dass die Regulierung der geopolitischen Interessen der Großmächte, wie Peter Knödel es sich vorstellt, nicht eingetroffen ist. Die Zukunft der Region wird als Teil von der Regelung der internationalen Fragen abhängen, die unser werdendes Weltsystem bestimmen. Dieser Weg ist voller Krisen und Gefahren.

---

1153 Vgl. Knödel, Peter; Geopolitik und Energieversorgung; Internetdokument der Konrad Adenauer Stiftung; in: <http://www1.kas.de/aktionsthemen/innovationen/knoedel.html>; 10.04.2001.